



90. Sitzung

Mittwoch, 2. Juli 2014

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg und Vizepräsidentin Kersten Artus

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin

Abwicklung, Änderung und Ergänzung der **Tagesordnung**

6735

Aktuelle Stunde

6735

GRÜNE Fraktion:

Die SPD und der Umweltschutz: Verpasste Chancen und falsche Sparmaßnahmen

Martin Bill GRÜNE 6735
Dr. Monika Schaal SPD 6736, 6743
Birgit Stöver CDU 6737
Dr. Kurt Duwe FDP 6738
Dora Heyenn DIE LINKE 6739, 6744
Jutta Blankau, Senatorin 6740
Jens Kerstan GRÜNE 6742

FDP-Fraktion:

Schuldenstopp jetzt! SPD-Senat muss endlich seriöse Sparpolitik starten.

Robert Bläsing FDP 6745, 6751
Jan Quast SPD 6746, 6752
Dr. Roland Heintze CDU 6747, 6752
Jens Kerstan GRÜNE 6748, 6754
Norbert Hackbusch DIE LINKE 6749, 6753
Dr. Peter Tschentscher, Senator 6750

Fraktion DIE LINKE:

Türkischlehrkräfte sind an Schulen unverzichtbar

(Fortführung am 03.07.2014)

SPD-Fraktion:

Bildung und Betreuung – Wohnen und Sanierung sind Schwerpunkte des Doppelhaushalts: SPD-Senat bleibt auf Kurs in der Haushaltspolitik

(Fortführung am 03.07.2014)

CDU-Fraktion:

Neue SPD-Hochschulpolitik? Im Schnellschuss ohne Geld zu mehr Exzellenz – so geht's nicht!

(Fortführung am 03.07.2014)

Antrag der CDU-Fraktion:

Forderungen der Schulkonferenzen ernst nehmen – G8 jetzt besser machen

– Drs 20/12017 –

6755

dazu

Antrag der SPD-Fraktion:

Stellungnahmen der gymnasialen Schulkonferenzen ernst nehmen

– Drs 20/12326 – 6755

mit

Antrag der CDU-Fraktion

Eltern bei der Schulwahl stärker unterstützen

– Drs 20/11991 – 6755

Karin Prien CDU 6755, 6762

Lars Holster SPD 6756

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE 6757

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP 6758

Dora Heyenn DIE LINKE 6759

Dr. Walter Scheuerl fraktionslos 6761, 6762

Ties Rabe, Senator 6762

Beschlüsse 6763

Antrag der GRÜNEN Fraktion:

CSD 2014 – Hamburgs Polizei zeigt Flagge

– Drs 20/12189 – 6764

dazu

Antrag der FDP-Fraktion:

Erfassung von Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung in der polizeilichen Kriminalstatistik

– Drs 20/12307 – 6764

mit

Antrag der GRÜNEN Fraktion:

Auch Hamburg braucht einen Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie

– Drs 20/12191 – 6764

Farid Müller GRÜNE 6764, 6769

Philipp-Sebastian Kühn SPD 6765

Dr. Roland Heintze CDU 6766

Katja Suding FDP 6767

Kersten Artus DIE LINKE 6768

Michael Neumann, Senator 6770

Beschlüsse 6770

Antrag der FDP-Fraktion:

Allgemeine Verwaltungsvorschriften zur Anwendung des § 25a Aufenthaltsgesetz erlassen – Schüler mit Behinderung berücksichtigen

– Drs 20/12199 – 6770

Finn-Ole Ritter FDP 6770, 6774

Dr. Martin Schäfer SPD 6771

Kai Voet van Vormizeele CDU 6772

Antje Möller GRÜNE 6772

Christiane Schneider DIE LINKE 6773

Beschluss 6774

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Sofortmaßnahmen zur Stabilisierung der Arbeit im ASD

– Drs 20/12173 – 6774

dazu

Antrag der GRÜNEN Fraktion:

Sofortmaßnahmen zur Stabilisierung der Arbeit im ASD

– Drs 20/12306 – 6774

sowie

Antrag der SPD-Fraktion:

Allgemeine Soziale Dienste (ASD) und Kinderschutz weiter stärken!

– Drs 20/12323 – 6775

Christiane Schneider DIE LINKE 6775

Frank Schmitt SPD 6776

Christoph de Vries CDU 6778

Christiane Blömeke GRÜNE 6780, 6785

Finn-Ole Ritter FDP 6781

Detlef Scheele, Senator 6782

Beschlüsse 6785

Antrag der SPD-Fraktion:

Klares Signal gegen Spekulanten: Schutz von gewachsenen Nachbarschaften durch Ergänzungen sozialer Erhaltungsverordnungen

– Drs 20/12186 – 6786

Dr. Loretana de Libero SPD 6786

Hans-Detlef Roock CDU 6787

Olaf Duge GRÜNE	6788	Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Hamburgischen Personalvertretungsrechts	
Dr. Kurt Duwe FDP	6789		
Heike Sudmann DIE LINKE	6789		
Beschlüsse	6790	– Drs 20/12325 –	6798
Antrag der CDU-Fraktion:		Wolfgang Rose SPD	6799
		Ralf Niedmers CDU	6800
		Martin Bill GRÜNE	6801
		Robert Bläsing FDP	6802
		Kersten Artus DIE LINKE	6803
Gewerbsmäßige Bettelei in Hamburgs Innenstadt endlich unterbinden		Beschlüsse	6804
– Drs 20/12177 –	6790		
Christoph de Vries CDU	6790, 6797	Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/11719:	
Jan-Hinrich Fock SPD	6792		
Antje Möller GRÜNE	6793, 6798	Inhaltliche und finanzielle Rah- menbedingungen eines Maß- nahmenkonzeptes zur Optimie- rung der Ausstattung und Stär- kung des Polizeivollzugsdiens- tes (Senatsantrag)	
Carl-Edgar Jarchow FDP	6794		
Cansu Özdemir DIE LINKE	6795		
Beschluss	6798	– Drs 20/12070 –	6805
Senatsmitteilung:		Beschlüsse	6805
Konzepte für die musikalische Bildung an Hamburger Schulen und Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürger- schaft vom 13. Dezember 2012 "Hamburg 2020: Musikförde- rung als Schlüssel zum Bil- dungserfolg" (Drucksache 20/6159)			
– Drs 20/12058 –	6798		
Beschlüsse	6798		
Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/10838:			
Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Hamburgischen Personalvertretungs- rechts (Senatsantrag)			
– Drs 20/12131 –	6798		
dazu			
Antrag der CDU-Fraktion:			
Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Hamburgischen Personalvertretungs- rechts			
– Drs 20/12321 –	6798		
sowie			
Antrag der SPD-Fraktion:			

Beginn: 15.01 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung.

Bevor wir gleich zur Aktuellen Stunde kommen, teile ich Ihnen mit, dass abweichend von der Empfehlung des Ältestenrates die Fraktionen übereingekommen sind, die Tagesordnung um vier weitere Punkte zu ergänzen. Es ist zum einen ein Bericht des Eingabenausschusses, dann zwei Berichte des Stadtentwicklungsausschusses und ein Bericht des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses. Sie finden diese Drucksachen als nachträglich aufgenommene Tagesordnungspunkte 2, 31a und b sowie 47a. Darüber hinaus hat die GRÜNE Fraktion mitgeteilt, dass sie ihren Antrag aus Drucksache 20/12190, das ist TOP 67, zurückgenommen hat.

Wir kommen dann zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind wie immer fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der GRÜNEN Fraktion

Die SPD und der Umweltschutz: Verpasste Chancen und falsche Sparmaßnahmen

von der FDP-Fraktion

Schuldenstopp jetzt! SPD-Senat muss endlich seriöse Sparpolitik starten

von der Fraktion DIE LINKE

Türkischlehrkräfte sind an Schulen unverzichtbar

von der SPD-Fraktion

Bildung und Betreuung – Wohnen und Sanierung sind Schwerpunkte des Doppelhaushalts: SPD-Senat bleibt auf Kurs in der Haushaltspolitik

und von der CDU-Fraktion

Neue SPD-Hochschulpolitik? Im Schnellschuss ohne Geld zu mehr Exzellenz – so geht's nicht!

Ich rufe nun zunächst das erste Thema auf. Wird das Wort gewünscht? – Herr Bill.

Martin Bill GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erinnern wir uns einmal kurz zurück an den letzten Wahlkampf 2011. Da hatte die SPD im Bereich der Umweltpolitik eine auffällig interessante Lücke gelassen.

(*Hansjörg Schmidt SPD: Was? – Dirk Kienscherf SPD: Und Sie sind da hineingestoßen!*)

Doch die absolute Mehrheit führte dann dazu, dass sie diese Lücke am Ende auch selbst schließen musste, und so wurde dann personell wie auch inhaltlich schnell geflickt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Da haben wir euch Platz frei gelassen!*)

Aber Flickschusterei, Herr Dressel, hält doch meistens nicht so gut, und so ist es die Umweltpolitik der SPD, die seit Amtsübernahme eine schlechte Figur macht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bezeichnend war schon der Beginn. Mit der Umwelthauptstadt Europas 2011 übernahm der Senat einen Titel, der ein enormes Potenzial für diese Stadt gehabt hätte.

(*Dirk Kienscherf SPD: Das war doch nur ein PR-Gag von euch!*)

Doch Sie spulten das fertig vorliegende Programm einfach lieblos und mit Minimalaufwand ab. Keiner der Impulse aus diesem Jahr wurde seither wieder aufgegriffen. Das ist eine immens vertane Chance für Hamburg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch im Klimaschutz verabschiedet sich der Senat von den allgemein anerkannten Klimaschutzziele. Statt sich zu den klaren Reduktionszielen von 40 und 80 Prozent zu bekennen, will der Senat nur noch einen wesentlichen Beitrag leisten. Das ist aber nur die Beschreibung für "Wir haben uns stets bemüht", und das ist schlicht zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hamburg hat als Großstadt und Hafenstadt eine besondere Verantwortung, etwas gegen die Klimaerwärmung zu tun und sich auf den Klimawandel vorzubereiten. Stattdessen aber kürzt der Senat Geld und Personal. Im Masterplan Klimaschutz stehen statt der ursprünglichen 24 Millionen Euro jährlich nur noch 13,4 Millionen Euro zur Verfügung. Und im Personalbereich musste insbesondere die Energieabteilung der Umweltbehörde leiden. Nach dem Volksentscheid wäre aber gerade dort eine personell stark aufgestellte Behörde wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Als Zwischenfazit kann man festhalten: Der Etat der Umweltbehörde wurde zum Sparbuch des Senats, und wenn Peter Tschentscher mit der Sparquote winkt, dann war Jutta Blankau schon zur Stelle.

(*Zurufe von der SPD: Oh, oh! – Dr. Andreas Dressel SPD: So loyal ist sie!*)

Im Recycling ist Hamburg nach wie vor deutschlandweit Recycling-Muffel. Der meiste Müll wird leider nach wie vor verbrannt, und auch die auslaufenden Verträge der Müllverbrennungsanlagen hat

(Martin Bill)

der Senat bedauerlicherweise komplett verschlafen. Wir GRÜNE waren es, die Anfang dieses Jahres das Thema auf die Agenda setzten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch im Bereich der Luftreinhaltung riskiert der Senat lieber Strafzahlungen aus Brüssel, statt das Geld sinnvoll in Maßnahmen zu investieren. Das Gleiche gilt für den Lärmbereich, die Probleme sind bekannt, doch der Senat traut sich nicht. Tempo 30 wäre beispielsweise hier eine Möglichkeit; sie kostet wenig Geld und ist sofort umsetzbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Klimakommunikation wehrt sich der Senat zurzeit vehement dagegen, die Klimawoche auf dem Rathausmarkt stattfinden zu lassen. Das ist ein politisches Signal, das ich überhaupt nicht verstehen kann, denn Klimaschutz muss auch öffentlich und an zentralen Orten diskutiert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Bereich der Stadtentwicklung liegt letztlich nach wie vor eines der größten Energiesparpotenziale im Gebäudebestand. Quartiersbezogene Sanierungskonzepte sind hier das Gebot der Stunde. Doch auch in diesem Bereich tut sich kaum etwas. Einzig die IBA wird immer als Aushängeschild vorgehalten.

Jutta Blankau versteht sich vornehmlich als Senatorin für die Verkündung von Baugenehmigungszahlen. Man hat bisweilen den Eindruck, die Visitenkarten mit der Bezeichnung Umweltsenatorin sind in der Schublade so weit nach hinten gerutscht, dass sie gar nicht mehr drankommt.

(Dirk Kienscherf SPD: Lächerlich, das alles!)

Wohnungsbau und Umweltschutz widersprechen sich aber nicht, und auch Bausenatorin und Umweltsenatorin würde auf eine Visitenkarte passen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Nun bekommt das Wort Frau Schaal von der SPD-Fraktion.

Dr. Monika Schaal SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! SPD-Fraktion und Senat können auf eine solide Umweltbilanz verweisen.

(Beifall bei der SPD)

Wir reden nicht, wir handeln.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Genau!)

Wir stellen uns den Herausforderungen der Zukunft, auch in Zeiten knapper Kassen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Sie handeln nicht, Sie kürzen!)

Wir haben den Klimaschutz neu organisiert, die CO₂-Minderungsziele gelten fort, der Klimaschutz ist bei uns kein gesondertes Programm mehr von Hunderten von Einzelprojekten, sondern er ist Mainstream.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, Hamburger Behörden, öffentliche Unternehmen und Landesbetriebe betreiben Klimaschutz als Alltagsgeschäft. Sie sollten einmal genauer hinsehen, Herr Bill. Bei uns fängt es nämlich bei der Beschaffung an und hört beim Wohnungsbau nicht auf.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben die Beschaffungsregeln geändert. Der Grundsatz, Hauptsache billig, war gestern, heute geht Wirtschaftlichkeit Hand in Hand mit Effizienz, Lebenszeitbetrachtung und Umweltschutz. Das gilt vom Computer bis zum Behördenfahrzeug. Die Deutsche Umwelthilfe bescheinigt, dass unser Senat inzwischen den umweltfreundlichsten Fuhrpark hat.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Hört, hört!)

Die Stinker fahren in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Am Containerterminal Altenwerder lässt die HHLA die meisten Großgeräte mit Ökostrom fahren statt mit Diesel. Beim Umschlag eines Containers werden heute 25 Prozent weniger CO₂ emittiert, als es noch 2008 war. Das ist eine großartige Leistung in einer Hafenstadt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Als größter Energieverbraucher der Stadt wird der Hafen immer grüner.

(Finn-Ole Ritter FDP: Das Wasser wird immer grüner!)

Hier liegt die größte PV-Anlage der Stadt auf einem der 50er Schuppen, hier entstehen neue Windenergieanlagen. Die Hafenernehmen sparen durch Eigenstromerzeugung, durch Abwärmennutzung und durch Wärmepumpen und vor allen Dingen durch mehr Effizienz im Betrieb und in den Abläufen. Dadurch verdienen die Hafentlöwen viel Geld und schonen gleichzeitig das Klima.

(Beifall bei der SPD)

Der Treiber der erneuerbaren Energien in unserer Stadt und auch derjenige, der steuert und innovative Modelle entwickelt, ist übrigens unser städtischer Ökostromversorger HAMBURG ENERGIE. Die Hochbahn baut den ÖPNV aus und verbessert das Angebot. Schon heute werden nur emissionsarme Fahrzeuge angeschafft, und ab 2020 gilt dann die Null-Emission.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Monika Schaal)

Die Wirtschaftsbehörde fördert den Ausbau der Elektromobilität und sorgt für die erforderliche Infrastruktur. Landstrom der Kreuzfahrtschiffe ist beschlossene Sache und wird von der HPA umgesetzt. Das alles nützt dem Klima und verbessert auch die Luftqualität.

Dank "Bündnis für Wohnen" wird energieeffizient gebaut und weiter saniert, auch im sozialen Wohnungsbau. Die SAGA hat beispielsweise gegenüber 1990 54 Prozent CO₂ eingespart, vor allen Dingen durch die Sanierung ihrer Bestände.

(Beifall bei der SPD)

Die BSU beziehungsweise unsere Investitions- und Förderbank finanziert weiterhin nachhaltige Projekte mit hohem CO₂-Minderungs- und Markteinführungspotenzial. Geld verschleudern ist out.

(Beifall bei der SPD)

Aber weil der Klimaschutz zur Selbstverständlichkeit werden soll und keinen Pilotcharakter mehr hat, braucht die BSU dafür auch weniger Geld. Der Klimaschutz ist überall eingepreist. Das ist keine falsche, sondern eine intelligente Sparmaßnahme.

(Beifall bei der SPD)

Wir setzen den Volksentscheid um, das Stromnetz gehört der Stadt. Alle weiteren Mitbewerber sind abgesprungen. Smart Grid und weiteren Energiedienstleistungen im Netz zum Nutzen der Kunden und des Klimas steht nichts mehr im Wege. Wir wollen darüber hinaus die Fernwärme klimafreundlicher machen und auf Kohlefeuerung verzichten. Wir suchen dafür einen gemeinsamen Königsweg im Dialog, und das kommt auch an.

Hamburg ist mit seinem umfangreichen Luftreinhalteplan allerdings leider durchgefallen wie viele andere Städte übrigens auch. Strenge Emissionsgrenzen für Kfz könnten da helfen. Die hat aber die EU-Kommission auf Druck verschiedener Länder aufgeschoben. Dass uns nun dieselbe Kommission für die Luftverschmutzung abstruft, ist schon bizarr.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Frau Dr. Schaal, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Monika Schaal SPD (fortfahrend): Auch wenn nicht alles perfekt ist, unsere Umweltbilanz ist besser als die des Vorgängersensats. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Frau Stöver für die CDU-Fraktion.

Birgit Stöver CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine lieben Kollegen!

(Christiane Schneider DIE LINKE: Kolleginnen nicht?)

– Kolleginnen auch, Frau Schneider.

Sehr geehrte Kolleginnen! Die SPD schmückt sich mit fremden Federn, das hat die Auflistung von Frau Dr. Schaal ganz deutlich gezeigt. Ich möchte aber gern mit einer Fangfrage beginnen.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! – Gabi Dobusch SPD: Aufgepasst, Vorsicht!)

Wir haben Fußballweltmeisterschaft, und ich möchte alle Kollegen im Raum, auch die Zuschauer, fragen, was die Fußballweltmeisterschaften und der Umweltschutz in Hamburg gemeinsam haben.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Beide sind nicht Weltmeister!)

Keine Idee? Ich finde, in Zeiten der Fußballweltmeisterschaften darf man solche Vergleiche wohl ziehen. Hamburg ist in puncto Umweltschutz wie die spanische Fußballmannschaft.

(Beifall bei der CDU)

Sie alle wissen, Spanien ist Weltmeister, und Spanien ist Europameister. Hamburg ist 2011 Europas Umwelthauptstadt gewesen, und die europäische Klasse, das ist Ihnen bekannt, ist im Umwelt- und Klimaschutz weltmeisterlich. Aber auch der Absturz aus der Weltklasse ist vergleichbar zwischen Spanien und Hamburg. Spanien fliegt sang- und klanglos aus der Vorrunde der Weltmeisterschaft, und Hamburg hat seit 2011 offensichtlich auch nicht trainiert und sich ebenfalls nicht mehr fit gehalten.

(Beifall bei der CDU)

Seit 2011 passiert in der Umweltpolitik nahezu gar nichts. Die Senatorin ist visionsarm und ideenlos.

(Christoph de Vries CDU: Jede Woche ein Eigentor!)

Die kurzsichtige Umweltpolitik kostet Hamburgs Zukunftschancen. Die Umweltbilanz ist mitnichten positiv für den Senat, sie fällt mehr als dürftig aus. In der BSU dominiert der Wohnungsbau.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, das wird bei uns jetzt auch ernst genommen – im Gegensatz zu euch! – Gabi Dobusch SPD: Schließt sich das aus?)

Danach rangiert abgeschlagen die Stadtentwicklung, und für die Umweltpolitik ist gefühlt ein Anteil von weniger als 0,1 zu verbuchen.

Das gibt die Senatorin auch unumwunden zu. Gestern haben wir es im Umweltausschuss wieder erlebt. Die Senatorin bekommt keinen Satz zum Klima- und Umweltschutz heraus, ohne das Wort Wohnungsbau auch nur zu erwähnen. Dabei hatte Hamburg eine gute Ausgangsposition. Durch die erfolgreiche Bewerbung als Umwelthauptstadt wa-

(Birgit Stöver)

ren bereits von der CDU wichtige Akzente gesetzt worden. Der Senat hat die Chance und den Schwung dieser Auszeichnung nicht genutzt. Zeitweise drohten sogar Klimaschutzprogramm und die Leitstelle Klimaschutz den Sparzwängen gänzlich zum Opfer zu fallen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist jetzt Regelaufgabe!)

Offensichtlich hat unter anderem der Druck der CDU dazu geführt, dass jetzt eine abgespeckte Version anstelle des radikalen Rotstiftes vorliegt.

Auch die Kahlschlagpolitik des Senats gegenüber dem Baumbestand unserer Stadt und die Abschaffung des BODs sind inakzeptabel, denn Bäume und Grünanlagen leisten einen entscheidenden Beitrag für bessere Luft und Lebensqualität in Hamburg. Aber ich möchte nicht der nächsten Debatte vorgreifen, das wird an anderer Stelle diskutiert.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte jetzt nicht die Liste der Verfehlungen aufzählen,

(Dirk Kienscherf SPD: Gibt es auch gar nicht!)

sondern nur ein oder zwei Beispiele nennen. Klimaschutz gehört mitten in die Gesellschaft, Herr Bill hat es schon gesagt. Der Masterplan Klimaschutz aber, der das erfolgreiche Klimaschutzprogramm aus 2007 über 2012 hinaus fortführt, reduziert die Bildungsangebote und die Bildungsförderung drastisch. Das trifft auch die finanzielle Förderung der seit 2009 erfolgreich organisierten Klimawoche, die mit ihrem vielfältigen Angebot und mit jährlich mehr als 200 000 Besuchern einen großen Beitrag zur Verbreitung des Klimaschutzgedankens in der Stadt leistet.

(Beifall bei der CDU)

Aber damit nicht genug. Auch die ideale Förderung wird verweigert, indem die Klimawoche kurzfristig auf dem zentralen Rathausmarkt nicht mehr stattfinden darf. Man fragt sich ehrlich, woher eine so abfällige und ablehnende Haltung gegenüber einer Klimaschutzveranstaltung kommt. Erschwerend kommt hinzu, dass die Bürgerschaftspräsidentin und der Event-Ausschuss, der für die Veranstaltungsplanung auf dem Rathausmarkt zuständig ist, ein positives Votum für die Klimawoche abgegeben haben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Und das Geld?)

Ein weiteres Beispiel ist, dass der SPD-Senat versäumt, die Bürger mitzunehmen. Wie die SPD mit den Bürgern in dieser Hinsicht umspringt, konnte man jüngst in Bergedorf beobachten. Die Bergedorfer haben gegen den Bau von bis zu 180 Meter hohen Windkraftanlagen in ihrem Stadtteil protestiert und einen erfolgreichen Bürgerentscheid in-

itiert. Sie waren trotzdem gesprächsbereit und hätten einem Mediationsverfahren zugestimmt. Dies lehnte der SPD-Senat jedoch stur ab und schlug damit die Bergedorfer vor den Kopf.

(Dr. Andreas Dressel SPD: War das jetzt für oder gegen den Klimaschutz?)

Gewinnt man so die Hamburger für Klimaschutz und Umweltschutz? Das wohl kaum. Vom Senat gingen bisher keine wirklichen Impulse im Bereich von Umwelt und Klimaschutz aus, nur Ankündigungen von gut klingenden Konzepten.

Die CDU wird den Umwelt- und Klimaschutz der Stadt weiter im Auge behalten und den Senat verstärkt zu Handlungen auffordern.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Nun erhält das Wort Herr Dr. Duwe von der FDP-Fraktion.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! So aktuell ist das Thema Umwelt in der Bürgerschaft nicht. Es ist ein Jahrzehnte-Thema, das wir auch jederzeit diskutieren können. Ich finde den Antrag der GRÜNEN natürlich sehr schön, aber das zeugt von Kurzzeitgedächtnis, weil Hamburg schon seit Jahren kein umweltpolitischer Vorreiter ist, sondern eher ein ökologischer Scheinriese.

(Jens Kerstan GRÜNE: Dafür brauchen wir jetzt die FDP, damit es besser wird!)

Deshalb möchte ich nicht nur auf die letzten drei Jahre eingehen, sondern auf das letzte Jahrzehnt. Die Umwelthauptstadt Europas hat gezeigt, dass man sehr viel Brimborium macht und sehr viel Geld und Marketing braucht, sich toll finden kann und auch noch Europa zeigen kann, wie gut Hamburg ist und welche Vorreiterrolle Hamburg hat. Wenn man sich aber anschaut, wie die europäischen Richtlinien in dieser Stadt umgesetzt werden, dann zeigt sich ein ganz anderes Bild. Um mit Frau Stöver bei der WM zu bleiben: Die Wahrheit ist auf dem Platz.

(Dr. Monika Schaal SPD: Der Ball ist rund!)

– Ja, der Ball ist rund, und die Wasserrahmenrichtlinie, die Lärmschutzrichtlinie und die Richtlinie für die Luftreinhaltung sind schon ein bisschen älter.

Ich finde es sehr gut, dass das Thema jetzt einmal so angegangen wird. Ich möchte anfangen bei der Lärmschutzrichtlinie, die wir seit 2002 hier erleiden können. Da gab es Beteiligungen, Lärmforen, Beteiligungen der Bezirksversammlungen, der Stadtplanungsausschüsse, dann mal wieder eine schöne Runde durch die Lande. Es wurde nach Vorschlägen gesucht, wo man denn wie Lärm vermeiden kann. Und nach langer, langer Zeit gibt es jetzt unter diesem SPD-Senat Vorschläge, an vier

(Dr. Kurt Duwe)

Straßen einmal etwas auszuprobieren, beispielsweise eine nächtliche Tempo-30-Zone, um zu sehen, was das denn so bringt.

Das alles läuft seit 2002, und man muss konstatieren, dass Hamburg bei der Lärmschutzrichtlinie kein Vorreiter ist, sondern Schlusslicht. Es ist sogar noch schlimmer, denn Hamburg ist schlechter als Berlin. Berlin hat seit 2005 schon gearbeitet, während Hamburg sich noch überlegte, was eigentlich Lärmaktionspläne sind und wie man sie aufstellen sollte.

(Beifall bei der FDP)

Dann kommen wir zur Wasserrahmenrichtlinie. Sie ist noch ein bisschen älter. 2007 wurde dann endlich wirklich begonnen, daran zu arbeiten und sich zu überlegen, welche Maßnahmen man ergreifen kann, damit die Oberflächengewässer und das Grundwasser in Hamburg einen guten ökologischen Zustand erhalten.

Jetzt haben wir gerade im Rechnungshofbericht 2014 lesen können, dass man da nicht so weit vangeschritten ist. Man hatte schon um Fristverlängerung gebeten, aber es ist immer noch so, dass es kein großes Oberflächengewässer gibt, das in Hamburg einen guten ökologischen Standard hat. Es ist zu erwarten, dass wir noch zweimal sieben Jahre Fristverlängerung beantragen, um das dann hoffentlich irgendwie zu erreichen.

Noch schlimmer: Die Steuerung in der Behörde ist falsch, das hat der Rechnungshof auch geschrieben. Es wurden zwar Maßnahmen eingeleitet, aber gerade einmal 16 Maßnahmen an sogenannten Vorranggewässern von 96 Gewässern. Das ist kein gutes Zeichen, es zeigt, dass wir da nicht auf dem richtigen Wege sind.

(Beifall bei der FDP)

Das ist also auch keine Vorreiterrolle, wie Hamburg sie eigentlich spielen sollte. Das ist nicht nur dem SPD-Senat anzulasten – auch, aber nicht nur –, sondern den Senaten seit 2000; da waren wir zwischendurch auch einmal dabei. Aber die Tatsachen sind so, und deshalb sollten wir nicht meinen, wir wären einmal irgendwann Europas Umwelthauptstadt gewesen – dem Titel nach, aber bei den europäischen Richtlinien leider nicht.

(Beifall bei der FDP)

Schauen wir uns ein weiteres Problemfeld an. Vor der Jahrtausendwende hat der Landesrechnungshof – ihm sei Dank – festgestellt, dass das Budget für öffentliches Grün und Parkanlagen denkbar knapp sei beziehungsweise in großen Teilen unbefriedigend. Das hat sich durchgezogen bis auf den heutigen Tag, auch wenn es zwischendurch einige Aktionen gab wie "Mein Baum – Meine Stadt" und so weiter. Das ist alles sehr schön, aber es ist nicht so, dass das auch europäische Spitzenqualität ist.

Und deshalb sollten wir uns eher darin üben, uns zu verbessern.

(Dr. Andreas Dressel SPD: In der nächsten Debatte fordern Sie noch Schuldenstopp jetzt!)

Man kann auch intelligent arbeiten.

(Jan Quast SPD: Ja, man könnte!)

Ich sage es mal so: Der SPD-Senat hat gerade beim Klimaschutzkonzept bewiesen, dass er einige Dinge weglassen kann, ohne dass wir es bemerkt haben. Es waren nämlich alle Projekte unter Schwarz-Grün, die nichts gebracht haben, außer vielleicht einige Gutachter mit Aufträgen zu versehen, aber nichts, was man daran messen kann, dass soundso viele Tonnen CO₂ pro Euro eingespart wurden.

(Beifall bei der FDP – Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, da haben Sie recht!)

Das geht bei anderen Sachen auch, denn wenn man eine bessere Steuerung hat, dann leitet man das Geld eben auch in Maßnahmen, um die EU-Richtlinien umzusetzen und nicht, um irgendwelchen Schnickschnack zu machen, der vielleicht öffentlichkeitswirksamer ist, aber eben nicht wichtig. Das zu diesem Thema.

Schwarz-Grün und Schwarz haben genauso viele Möglichkeiten, sich in Demut zu üben wie jetzt Kritik an der SPD zu üben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Nun bekommt das Wort Frau Heyenn von der Fraktion DIE LINKE.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die GRÜNEN gibt es, weil die SPD unter Kanzler Helmut Schmidt den Umweltschutz total vernachlässigt hat.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Und jetzt kommt die Erklärung, warum es Sie gibt!)

– Ich erkläre Ihnen später einmal, warum es eine Partei links von der SPD geben muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Nach drei Jahren SPD-Regierung in Hamburg kann man allerdings feststellen, dass dieser Senat eine ähnliche Haltung zum Umweltschutz hat wie damals Kanzler Helmut Schmidt.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Auch wenn Senatorin Blankau, nachdem sie zu Beginn ihrer Amtszeit gemeint hatte, Wohnungsbau sei in Hamburg kein Problem, sich nun mit Volldampf auf den Wohnungsbau konzentriert, was wir begrüßen, so kann das doch nicht bedeuten,

(Dora Heyenn)

dass der Umweltschutz nicht mehr stattfindet. Da müssen Sie etwas tun.

(Beifall bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Umwelt und Naturschutz sind bei diesem Senat der Kürzungspolitik zum Opfer gefallen. Anlässlich der Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz am 23. März 2011 heißt es – ich zitiere –:

"Wir werden Hamburg als Umwelthauptstadt fest etablieren. Das ist für uns nicht nur ein bloßer Titel für das Marketing, sondern ein Auftrag."

Das war eine große Ankündigung, aber dieser Herausforderung sind die Sozialdemokraten in den letzten drei Jahren, bis auf ein paar Ausnahmen, nicht gerecht geworden.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Jens Kerstan GRÜNE*)

Ich will keine Schwarz-Weiß-Malerei betreiben, und deshalb will ich durchaus auch einmal die positiven Maßnahmen, die Sie ergriffen haben, hervorheben.

Das Erste war, dass Sie das Landschaftsschutzgebiet Wilhelmsburger Elbinsel ausgewiesen haben. Das finden wir positiv. Wir finden auch positiv, dass Sie die Hafengebühren ökologisch differenziert haben. Wir finden auch positiv, dass Sie die Windenergie in Forschung und Ausbau vorangetrieben haben, wobei wir Sie auch unterstützt haben.

(Beifall bei der LINKEN – *Jens Kerstan GRÜNE*: Das mit den Hafengebühren waren wir!)

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist ein zentraler Teil der Energiewende und steht in engem Zusammenhang mit dem Klimawandel. Wie viele Ressourcen beim Klimaschutz eingesetzt werden, steht symptomatisch dafür, wie wichtig Klimaschutz diesem Senat ist. Wir hatten gestern Abend noch eine lange Umweltausschusssitzung, und da wurden noch einmal die Zahlen für den Klimaschutz aus den letzten Jahren aus den Haushalten der Hansestadt Hamburg hervorgehoben.

2008 standen 25 Millionen Euro für den Klimaschutz zur Verfügung, 2011 23 Millionen Euro, 2012 20 Millionen Euro und 2014 14 Millionen Euro. Dann haben wir versucht, herauszufinden und von der Senatorin zu erfahren, wie viele Mittel denn nun im Haushalt 2015/2016 für Klimaschutz angesetzt werden. Darauf haben wir leider keine Antwort bekommen, sondern nur den Hinweis, dass sich Klimaschutzmaßnahmen irgendwie in allen Haushalten verstecken. Das ist nicht genug.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber es gibt überwiegend negative Entwicklungen, was den Umweltschutz anbetrifft, und darauf möchte ich natürlich auch noch einmal hinweisen. Und zwar gibt es seit Jahren Vollzugsdefizite beim Baumschutz, da hilft auch Ihr süßer kleiner Antrag von heute nicht.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Süß, nicht?)

– Ja, ganz süß.

Die Ausgleichsmaßnahmen und die Pflege von Naturschutzgebieten lassen auch sehr zu wünschen übrig. Das Umweltbudget für den Naturschutz ist zwar insgesamt ein wenig gestiegen, doch wenn man die Aufwendungen für die Naturschutzgebiete umrechnet in Euro pro Hektar, so sind sie erheblich abgesenkt worden. Das ist natürlich auch kein Positivum.

Naturschutzgebiete wurden erweitert und neu ausgewiesen, aber das alles, ohne zusätzliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Die weiter fortschreitende Bestandsabnahme vieler Pflanzen und Tierarten macht deutlich, dass der Senat im Naturschutz seiner Aufgabe nicht gerecht wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Klar ist auch, dass dieser Senat sich weitgehend über die traditionellen Wirtschafts- und Verkehrsinteressen und die Sparpolitik in der Umweltpolitik definiert. Ich nenne dazu nur das Thema Elbvertiefung, die noch einmal viel, viel teurer wird, als alle gedacht haben. Und der Klimaschutz ist in erster Linie ein Mittel für die Wirtschaftsförderung und das Wirtschaftswachstum, und das ist natürlich kein wirklicher Klimaschutz.

Wir haben nach wie vor den höchsten Flächenverbrauch aller Großstädte. Das schreitet weiter voran, und das muss gestoppt werden. Auf die Vollzugsdefizite im Bereich Baumschutz bezüglich der Ausgleichsmaßnahmen habe ich bereits hingewiesen.

Die zögerliche Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie auf das unbedingt Erforderliche zu beschränken und damit die Chancen für die Entwicklung von Flüssen, Bächen und Seen zu minimieren, geht überhaupt nicht. Auch zum Problem der Position des Frackings, dieser brandgefährlichen Technologie, hat der Senat keine klare Haltung. Wir fordern Sie auf, Fracking auf keinen Fall zuzulassen. Das ist auch im Sinne von Naturschutz.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Frau Senatorin Blankau.

Senatorin Jutta Blankau: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Opposition wirft dem Senat vor, seine Umweltbilanz falle dürftig aus. Ich will nicht alles wiederholen, was eben

(Senatorin Jutta Blankau)

schon gesagt worden ist, ich will aber eines klarstellen: Ihre Vorwürfe treffen allesamt nicht zu.

(Jens Kerstan GRÜNE: Da klatscht nicht mal die Fraktion!)

Umweltschutz hat eine hohe Priorität für den Senat, und unsere Umweltbilanz kann sich sehen lassen. Unsere Umweltpolitik zeigt gute Ergebnisse.

(Beifall bei der SPD – Jens Kerstan GRÜNE: Wo denn?)

– Herr Kerstan, darauf komme ich noch.

Wir machen praktisch und konkret etwas für den Umweltschutz und setzen das um, was wir in unserem Arbeitsprogramm beschlossen haben. Wir haben die Probleme zu Beginn dieser Legislaturperiode angepackt,

(Zuruf von Jens Kerstan GRÜNE)

statt die großspurige Ankündigungspolitik der Vorgängersenate mit geringen Ergebnissen fortzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Ausstieg aus Moorburg: Wo ist der? Windenergie, es wurde viel geredet: Wo ist sie? Gutachteritis ja, aber was ist mit den Gutachten angefangen worden?

Meine Damen und Herren! Wir machen Umweltpolitik mit dem klaren Ziel, die Lebensqualität der Menschen in Hamburg zu verbessern, und es ist uns gelungen, hier entscheidende Akzente zu setzen. Hamburg ist das Bundesland mit dem höchsten Anteil an Naturschutzgebieten in Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben das Naturschutzgebiet Holzhafen neu ausgewiesen, das Landschaftsschutzgebiet Wilhelmsburger Osten/Kirchdorfer Wiesen eingerichtet und die Naturschutzgebiete Wohldorfer Wald, Rodenbeker Quellental und Reit erweitert. Um unseren Baumbestand und die Möglichkeiten, die uns das neue Baumkataster für die Baumpflege bietet, beneiden uns die meisten Großstädte. Das Projekt "Mein Baum – Meine Stadt" läuft weiter.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Umweltpolitik trägt entscheidend dazu bei, Lebensräume für Tiere und Pflanzen zu schaffen und zu erhalten und das in einer der dynamischsten und stärksten wachsenden Metropolen in Europa. Unser Stadtgrün, unsere Parkanlagen, der Stadtpark und der Volkspark, die in diesem Jahr ihr hundertjähriges Bestehen feiern, ernten weltweit von renommierten Fachleuten genauso wie von zahlreichen Besuchern aus Hamburg und von außerhalb Lob.

(Beifall bei der SPD)

Um diese vielfältigen Werte langfristig zu sichern und zu erhalten, hat die BSU mehr Pflege- und Unterhaltungsmittel für das öffentliche Grün zur Verfügung gestellt. In 2014 finden mit Mitteln der Bürgerschaft aus dem Sanierungsfonds 2020 in allen Bezirken Investitionsmaßnahmen in Höhe von 6 Millionen Euro in öffentliches Grün statt. Dazu zählt beispielsweise die Sanierung des Planschbeckens im Stadtpark mit 1,7 Millionen Euro, das ich vorgestern eingeweiht habe. Damit wird übrigens die hohe Qualität des Hamburger Stadtparks auch in Zukunft sichergestellt. Hier kann mitnichten die Rede davon sein, der Senat würde das Grün kaputtsparen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Hamburg packt die Energiewende an. Es gibt die Energiekooperation im Hamburger Hafen – wo gab es die denn vorher? – und die Einführung von Landstrom, und zwar nicht nur besprochen, sondern beschlossen,

(Beifall bei der SPD)

was tatsächlich zu erheblichen Verringerungen der Schadstoffemissionen im Hafen führen wird. Wir setzen den Volksentscheid zum Rückkauf der Energienetze um, wir starten Initiativen für die Energiewende, und wir haben uns für eine Reform des EEG eingesetzt. Gemeinsam mit den Umweltministern aller norddeutschen Bundesländer, also auch denen Ihrer Partei, Herr Kerstan, den Gewerkschaften und der Stiftung Windenergie sowie dem Industrieverband Nord haben wir den Wilhelmsburger Appell für die Energiewende auf den Weg gebracht. Wir machen uns stark für eine Energieversorgung,

(Jens Kerstan GRÜNE: Wofür Sie keine Mehrheit in der Bevölkerung bekamen!)

die für Verbraucherinnen und Verbraucher genauso wie für die Wirtschaft sicher und bezahlbar ist, eine Energieversorgung, die regenerativen Quellen den Vorzug gibt und Atomenergie eine klare Absage erteilt.

(Beifall bei der SPD)

Hamburg profitiert auch von der Energiewende. Die Stadt entwickelt sich zur Hauptstadt der Windenergie. Forschung und Entwicklung am Standort Hamburg werden immer weiter gestärkt, und wir haben die Eignungsflächen für Windenergieanlagen ausgewiesen und nicht nur, Frau Stöver und Herr Kerstan, darüber geredet.

(Beifall bei der SPD – Olaf Ohlsen CDU: Mehr Planschbecken!)

Übrigens, in der Windenergiebranche geht es auch um industrielle Wertschöpfung und großes Potenzial, denn schließlich geht es in Hamburg um Tausende Arbeitsplätze, Tausende Arbeitsplätze in Industriebetrieben, die in den vergangenen Jahr-

(Senatorin Jutta Blankau)

zehnten enorm in den Umweltschutz investiert haben.

(Beifall bei der SPD)

Mit der Wohnungswirtschaft und den Hamburger Mietervereinen haben wir im Rahmen der Recycling-Offensive ein Bündnis geschlossen. Dort arbeiten wir gemeinsam an einem Ziel, nämlich mehr Haushalte an der Wertstoffsammlung zu beteiligen, den Bewohnern die Möglichkeit zu geben, ihren Müll zu trennen und so die Restmüllmenge zu reduzieren. Wir haben im "Bündnis für das Wohnen" gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft und der IFB energieeffiziente Maßnahmen auf den Weg gebracht. Auch im "Bündnis für das Wohnen" setzen wir sehr erfolgreich – nicht nur im Wohnungsbau – auf Zusammenarbeit, denn wir wollen Partner und keine Gegner.

(Beifall bei der SPD)

Es ist diese konsequente und praktische Umweltpolitik, die Hamburg vorangebracht hat. Es ist nicht die Politik der großen Ankündigungen und Events, die wir in der vorherigen Legislaturperiode viel zu oft erlebt haben. Damals wurde Klimaschutz angekündigt und gleichzeitig das Kohlekraftwerk Moorburg gebaut und nicht verhindert.

(Dietrich Wersich CDU: Wissen Sie, dass Ihr Bürgermeister das gelobt hat? – Gegenruf von Dr. Andreas Dressel SPD: Es ging um die Unglaublichkeit der GRÜNEN! Du brauchst dich nicht angegriffen zu fühlen!)

Wir betreiben Klimaschutz, Masterplan und Aktionsplan, Klimaanpassungsstrategien. Gestern in der Anhörung war ich übrigens total begeistert von allen Sachverständigen, die nämlich den Weg, den wir beschritten haben, als strukturell richtig befunden haben. Und warum haben Sie eigentlich vergessen zu erwähnen, dass Sie sehr viele Millionen Euro ausgegeben haben, ohne dass eine Tonne CO₂ eingespart worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben auch die Gründachstrategie entwickelt. Sie hatten bereits genug Gelegenheit, eigene Akzente zu setzen, und was haben Sie getan? Sie hätten sich wie wir darum kümmern sollen, wie die Situation der Hamburgerinnen und Hamburger verbessert werden kann.

(Dr. Roland Heintze CDU: Noch besser!)

Den Lärmaktionsplan und den Luftreinhalteplan haben wir auf den Weg gebracht. Sie haben Workshops veranstaltet,

(Beifall bei der SPD)

und daneben sehr stark auf eine Ankündigungspolitik ohne praktischen Nutzen gesetzt. Genau das haben wir geändert. Wir fördern Projekte, die pro eingesetztem Steuergeld die höchsten CO₂-Ein-

sparungen erreichen, statt bei sogenannten autofreien Sonntagen rund um die Binnenalster Geld für Events ohne erkennbare Folgen auszugeben, abgesehen vielleicht davon, Bürgerinnen und Bürger zum Kauf von Bioprodukten zu animieren.

(Beifall bei der SPD)

Den langen Tag der Stadtnatur gibt es seit 2011 einmal im Jahr mit zunehmender Beteiligung der Hamburger Bevölkerung. Das ist praktische Umweltbildung.

Meine Damen und Herren! Unsere Umweltpolitik kann sich also sehen lassen. Wir haben es geschafft, Politik für die Umwelt und für die Menschen in dieser Stadt zu machen. Es ist uns gelungen, die Hamburger Umweltpolitik wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen, denn Füße braucht man bekanntlich, um weiterhin voranzukommen.

(Finn-Ole Ritter FDP: Nee, nee!)

Man kann nur sagen, Hamburg ist und bleibt eine wunderschöne grüne Stadt am Wasser, kurzum, eine Stadt, in der die Menschen gern leben. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Kerstan von der GRÜNEN Fraktion bekommt nun das Wort.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Jetzt gibt's nichts mehr zu meckern!)

Jens Kerstan GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Hamburgerinnen und Hamburger leben gerne in Hamburg, weil Hamburg eine grüne, eine umweltfreundliche, eine lebenswerte Stadt am Wasser ist. Und was hat dieser Senat an diesem den Hamburgerinnen und Hamburgern so wichtigen Punkt gemacht?

(Dirk Kienscherf SPD: Mehr Naturschutzgebiete!)

Im vierten Jahr Ihrer Amtszeit muss man feststellen, dass Sie die Chance nicht genutzt haben, diese Stärken Hamburgs voranzubringen. Im Gegenteil, außer etwas Kosmetik, außer falschen Schwerpunktsetzungen,

(Dirk Kienscherf SPD: Landstrom!)

außer Kürzungen haben Sie nichts Innovatives vorangebracht. Auch im vierten Amtsjahr von Frau Senatorin Blankau muss man das traurige Fazit ziehen, dass sie in ihrem Amt als Umweltsenatorin noch nicht angekommen ist; die Rede eben war dafür ein gutes Beispiel.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

(Jens Kerstan)

Bei den meisten Punkten, die Sie sich auf Ihre eigene Bilanz schreiben, schmücken Sie sich schlicht und ergreifend mit fremden Federn.

(Dirk Kienscherf SPD: Ach, Sie waren das mit dem Landstrom!)

Die Projekte, für die Sie sich rühmen, haben Sie vom Vorgängerserrat übernommen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Warum haben Sie sie nicht fertig gemacht? – Jan Quast SPD: Weil Sie das nicht auf die Reihe bekommen haben!)

Es sind Projekte, die Sie nicht wie eine viel längere Liste von anderen Dingen weg- oder kaputtgespart haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Robert Heinemann CDU)

Es ist doch nicht so, dass unter Ihrer Regierung Hamburg das Bundesland mit den meisten Naturschutzflächen geworden ist. Das war schon vor Ihrem Amtsantritt so; daran haben Sie überhaupt nichts geändert. Wenn Sie sich nun rühmen, mit smarten Energienetzen oder einer neuen Wärme-strategie innovative Energiepolitik in dieser Stadt zu machen, dann haben Sie ein entscheidendes Detail vergessen: Sie wollten das nicht. Mit dem Volksentscheid hat die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt Sie zu einem Kurswechsel gezwungen, und nur deshalb findet im Energiebereich überhaupt eine Politik statt, bei der die Chance besteht, dass gegen Ihren heftigen Widerstand überhaupt Klimaschutz betrieben wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Reden wir doch einmal über die Projekte, die Sie vorgefunden und die Sie gekürzt haben, obwohl sie unglaublich erfolgreich waren. Das Schulprojekt "Fifty-Fifty", bei dem jede Schule, die Engagement im Klimaschutz und bei erneuerbaren Energien auf sich nimmt und damit Energiekosten einspart, 50 Prozent davon behalten kann. Es gab eine Website, die Schulen wurden dreimal im Jahr angeschrieben, das zu tun. Die Website gibt es nicht mehr, der letzte Brief an die Schulen, sich daran zu beteiligen, ging im Jahr 2012 heraus, und den Klimabär, die Auszeichnung für die engagierteste Schule, hat Frau Blankau weggespart. So sieht Ihre engagierte Umweltpolitik aus: erfolgreiche Projekte kaputtmachen zulasten der Stadt, der Umwelt und der Menschen in dieser Stadt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie streichen sogar Umweltprojekte, die den Unternehmen nutzen. Das erfolgreichste Projekt in diesem Bereich, Unternehmen für Ressourcenschutz, bei dem mithilfe der Stadt die Unternehmen durch die Einsparung von Energie, durch Materialeinsatz einen ökonomischen Vorteil haben, wenn sie Umweltschutz und Ressourcenschutz betreiben, ha-

ben Sie um 50 Prozent gekürzt. Ist das die erfolgreiche Umweltpolitik, von der Sie eben gesprochen haben? Es ist genau das Gegenteil, fahrlässig und zulasten der Unternehmen und der Umwelt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Birgit Stöver CDU)

Dann rühmen Sie sich, den Lärmaktionsplan und die Luftreinhaltestrategie beschlossen zu haben. Dass Sie sich hier hinstellen und sich dafür ohne rot zu werden rühmen, zeigt, dass Sie in dem Bereich überhaupt keine Ambitionen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn bei der Luftreinhaltspolitik sind wir in der Situation, dass aus der Umwelthauptstadt Europa im Jahr 2011 unter Ihrer Leitung Hamburg vielleicht die erste Stadt in Europa wird, die unter Umständen Strafzahlungen dafür aufgebremst bekommt, dass Sie Pläne vorgelegt haben, die noch nicht einmal ansatzweise das Ziel erreichen, die Bevölkerung vor schädlichen Luftschadstoffen zu schützen. Dafür rühmen Sie sich. Das ist peinlich und eine Bankrotterklärung Ihrer Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich muss ehrlich sagen, dass ich gar nicht verstehe, warum eine Partei, die das Wort sozial in ihrem Namen trägt, sich derart beharrlich weigert, in dieser Stadt eine Politik für die Menschen an den Hauptverkehrsstraßen zu machen, die gesundheitsbelastendem Lärm ausgesetzt sind und unter Luftschadstoffen leiden. Dort tun Sie nichts. Das ist doch eine soziale Frage, und wer in dem Bereich nichts tut, der bringt nicht nur die Umwelt nicht voran, sondern der befördert auch die soziale Spaltung in dieser Stadt. Auch das ist eine Bankrotterklärung für Sozialdemokraten. Deshalb, Frau Blankau, hätte ich mir heute etwas mehr Einsicht und das Gelöbnis zur Besserung gewünscht. Davon haben wir aber leider nichts gehört. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Frau Dr. Schaal von der SPD-Fraktion bekommt das Wort.

Dr. Monika Schaal SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kerstan, Sie haben gesagt, die Hamburgerinnen und Hamburger leben gerne in der grünen Stadt am Wasser.

(Finn-Ole Ritter FDP: Im Norden!)

Wenn man Ihnen aber zuhört, dann hat man den Eindruck, es müssten längst alle ausgewandert sein. So wie Sie hier auf die Tonne hauen und sich als Heilsbringer der Umweltpolitik darstellen, gewinne ich den Eindruck, dass es irgendetwas mit Ihrem innerparteilichen Wahlkampf zu tun hat,

(Dr. Monika Schaal)

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Andreas Dressel SPD*: Ja!)

denn im Bereich der Verkehrspolitik erleben wir in anderer Personenbesetzung Ähnliches.

(Beifall bei der SPD – *Jens Kerstan GRÜNE*: Ist das das Einzige, was Ihnen dazu einfällt?)

Was denn letztlich für die Bürgerinnen und Bürger glaubhaft ist, werden die dann sicher anderweitig und später entscheiden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte gern noch zum Thema Klimawoche ein Wort verlieren. Das ist sowohl von Frau Stöver als auch von Herrn Kerstan und Herrn Bill angesprochen worden. Vielleicht sollte man dann auch wissen, worum es dabei eigentlich geht. Wir haben einen Anbieter, der eine Woche lang ein Klimaevent organisieren und damit 600 000 Euro verdienen wollte – 600 000 Euro, bloß um Leute auf der Straße anzusprechen und ihnen etwas vom Klimaschutz zu erzählen, wobei wir die Qualität noch nicht einmal kontrollieren können. Das ist uns zu teuer.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben mit dem Gut Karlshöhe eine Einrichtung, die sich für eine halbe Million Euro pro Jahr an Bürgerinnen und Bürger, Schülerinnen und Schüler und Kinder wendet, Veranstaltungen macht und zielgruppengerecht über Klimaschutz und Nachhaltigkeit informiert sowie über einzelne Themen des Naturschutzes. Diese Arbeit ist uns wertvoller, und sie ist ihr Geld wert.

(Beifall bei der SPD)

Weiterhin wurde beklagt, dass immer nur vom Wohnungsbau geredet wird und nicht vom Klimaschutz; man müsse mehr vom Klimaschutz reden

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Von beidem reden!)

und den nicht immer im Wohnungsbau verstecken. Ich frage Sie, ob Sie nicht der Auffassung sind, dass gute energetische Gebäude und gute Sanierung von alten Gebäuden im Bestand notwendig sind, um den Klimaschutz voranzutreiben. Man kann das nicht auseinanderdividieren. Wohnungsbau und Wohnungssanierung im Bestand gehören zusammen, und das lassen wir uns nicht auseinandernehmen, denn das ist wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind stolz darauf, dass gerade auch im sozialen Wohnungsbau hohe Standards realisiert werden. Wir wollen eben nicht die Spaltung in der Stadt, sondern wir wollen, dass auch Bürgerinnen und Bürger mit wenig Geld in guten Wohnungen leben können und nicht sehr viel Geld für die Heizung ausgeben müssen.

(Beifall bei der SPD – *Olaf Ohlsen CDU*: Hamburg, meine Perle!)

Wir haben einen sehr hohen Anteil an Gemeinsamkeiten. Ich möchte daran erinnern, dass wir trotz allem Gezänk gemeinsame Sachen gemacht haben. Wir haben zum Fluglärm gemeinsam Anträge verabschiedet, ein Zehn-Punkte-Programm, das übrigens jetzt in Norderstedt nachgemacht wird, wie ich gehört habe. Wir haben uns gemeinsam gegen das Fracking ausgesprochen. Trotz allem Streit sollte das in der Öffentlichkeit vielleicht nicht vergessen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Frau Heyenn von der Fraktion DIE LINKE hat nun das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Dr. Schaal, niemand hat hier vorn gesagt, dass es weniger Wohnungsbau geben muss, um mehr Umweltschutzpolitik zu machen. Man muss sowohl das eine als auch das andere tun, und das muss möglich sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie schon vom Fluglärm sprechen – klar hat es eine Erklärung von allen Fraktionen gegeben, nur nicht von unserer –,

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Sie wollen auch keine Probleme lösen!)

dann ist eines richtig zu sehen. Bei allen Appellen, die hier gestartet wurden, sind die Probleme des Fluglärms nicht gelöst. Es gibt nach wie vor viele Flüge nach 23 oder 24 Uhr. Der Lärm für die betroffenen Menschen ist nicht weniger geworden, und das muss sich ändern.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte einmal darauf zurückkommen, wie der BUND die Arbeit der BSU zusammengefasst hat. Er hat das in einer Pressemitteilung mit dem Titel "Drei Jahre Stillstand im Umweltschutz" getan. Die Bilanz nach drei Jahren SPD-Regierung laute – ich zitiere aus der Presseerklärung vom 20. Februar 2014 –:

(*Dirk Kienscherf SPD*: Die ist ja schon alt!)

"Der Senat hat grundlegende Themen wie etwa eine umweltgerechte Mobilität oder den Klimaschutz vernachlässigt und in Teilen sogar aktiv geschwächt. [...]"

Besonders schwerwiegend seien in diesem Zusammenhang die Mittelkürzungen bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU). Der Etat wurde innerhalb von zwei Jahren um fast 20 Prozent und damit am deutlichsten von allen Fachbehörden verringert. Damit einher ging bei der BSU laut ei-

(Dora Heyenn)

ner aktuellen Senatsanfrage mit 138 Stellen ein Personalabbau um rund 10 Prozent.

Im Bereich Klimaschutz seien die früheren Budgets sogar mehr als halbiert worden. Das ursprüngliche Ziel, im Vergleich zum Jahr 1990 bis 2020 insgesamt 40 % CO₂ einzusparen, wird der Senat laut BUND nur etwa zur Hälfte erreichen."

Eine Erfolgsbilanz sieht wirklich anders aus. Die Belange von Natur und Umwelt werden in der Metropolregion Hamburg und in den hamburgischen Verwaltungen immer mehr an den Rand gedrängt. Eine erfolgreiche Schutzpolitik für Luft, Boden, Wasser und Natur in der Hansestadt sieht anders aus. Wenn Sie, Frau Senatorin Blankau, sagen, Sie hätten den Umweltschutz vom Kopf auf die Füße gestellt, dann sind das aber verdammt kleine Füße. Wenn man sich auf die stellt, dann kippt man um.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

In den vergangenen drei Jahren wurden fast alle Chancen einer sozialökologischen Umweltpolitik vertan. Umwelt- und Naturschutz ist der Kürzungspolitik des Senats zum Opfer gefallen. Herr Kerstan hat recht. In den Schulen findet das Programm "Fifty-Fifty" kaum noch statt, und was ein Klimabär ist, wissen sie in den Schulen schon lange nicht mehr. Ich weiß auch, dass nicht allein Senatorin Blankau Schuld an dieser verheerenden Bilanz hat. Das Problem ist die Politik der Schuldenbremse dieses Senats. Sie setzen einfach völlig falsche Prioritäten.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Wenn es zu diesem Thema keine weiteren Wortmeldungen gibt, dann kommen wir zum nächsten Thema, angemeldet von der FDP-Fraktion:

Schuldenstopp jetzt! SPD-Senat muss endlich seriöse Sparpolitik starten

Das Wort bekommt Herr Bläsing.

Robert Bläsing FDP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dreh- und Angelpunkt erfolgreicher Politik ist eine nachhaltige Haushaltspolitik. Nur wenn es uns als Parlament gelingt, Hamburgs Haushalt auf ein solides Fundament zu stellen, werden künftige Generationen in dieser Stadt eine gute Zukunft haben.

(Beifall bei der FDP)

Der Finanzsenator hat es im Mai 2012 so formuliert – ich zitiere –:

"Haushalte werden nicht in schlechten, sondern in guten Zeiten ruiniert."

Der Finanzsenator, das muss ich an dieser Stelle konzedieren, hatte recht. Wir sollten uns bewusst machen, was das konkret bedeutet. Die Zeiten sind derzeit gut, und daraus folgt, dass wir als Parlament in der Verantwortung stehen, den Haushalt jetzt nachhaltig zu sanieren.

(Beifall bei der FDP und bei *Olaf Ohlsen* CDU)

Die FDP-Fraktion ist jedenfalls bereit, sich dieser Verantwortung zu stellen. Eine sehr robuste Konjunktur verschafft uns seit mehreren Jahren Steuermehreinnahmen in Millionenhöhe, und die Zinsen sind so niedrig wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Für den Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg resultieren aus den historisch niedrigen Zinsen Einsparungen in Millionenhöhe. Im Vergleich zu den vom SPD-Senat selbst vorgelegten Planungen hat der Senat seit 2011 circa 484,8 Millionen Euro an Zinsen weniger ausgegeben, als in den Haushaltsplanungen veranschlagt worden ist. Statt aber die weniger ausgegebenen Zinsen vollständig zur Reduktion der Nettokreditaufnahme zu nutzen, haben Sie sie dazu verwendet, jährlich Mehrausgaben an anderer Stelle in Höhe von knapp 100 Millionen Euro zu finanzieren. Diesen Verschiebeparkplatz in den konsumtiven Bereich verkaufen Sie dann tatsächlich als Sanierung des öffentlichen Haushalts. Das ist Augenwischerei, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Hätte es die Einsparungen bei den Zinsen nicht gegeben, dann hätte der Senat seine eigene Ausgabenlinie stets überschritten. Das lässt sich aus Ihrer Haushaltsrechnung ziemlich genau ablesen. Bereinigt um die Zinsen beträgt das Ausgabenwachstum 1,3 Prozent statt der versprochenen 0,88 Prozent. Das zeigt erstens, dass Sie die Haushaltssanierung auf die lange Bank schieben, zweitens setzen Sie auf ein Anhalten der guten Konjunktur und drittens hoffen Sie darauf, dass die EZB die Zinsen auf absehbare Zeit schon nicht erhöhen wird. Ihre Haushaltspolitik steht somit auf tönernen Füßen.

(Beifall bei der FDP)

Dabei spielten Ihnen gleichzeitig noch weitere positive Effekte in die Hände. Der Bund hat Hamburg seit 2012 allein bei der Grundsicherung im Alter um 333 Millionen Euro entlastet. Zusammen mit der Zinsersparnis sind das 817 Millionen Euro an Entlastungseffekten auf der Ausgabenseite. Und das ist noch nicht einmal alles an positiven Sondereffekten. Allein seit 2011, also zu dem Zeitpunkt, als Sie die Regierungsgeschäfte übernommen haben, sind die Steuereinnahmen um mehr als 1,7 Milliarden Euro gestiegen. Das ist eine jährliche Steigerungsrate von mehr als 5 Prozent. Sie ist damit doppelt so hoch, wie es in einer konjunk-

(Robert Bläsing)

turellen Normallage der Fall wäre. Eigene echte Anstrengungen des SPD-Senats zur Haushaltskonsolidierung sind dabei jeweils nicht zu erkennen. Sie haben das Geld einfach mit vollen Händen ausgegeben, zum Beispiel für eine unsinnige Busbeschleunigung. Diese Art von Politik erinnert mich ein wenig an eine Sentenz von Modezar Karl Lagerfeld, der einmal sinngemäß gesagt hat: Man muss das Geld zum Fenster hinauswerfen, damit es zur Tür wieder hereinkommt. Den ersten Teil dieser Aussage haben Sie wirklich schon sehr gut verinnerlicht. Beim zweiten Teil bezweifle ich allerdings, ob sich das realisieren lässt.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! So leicht wie die jetzige Regierungsmehrheit hatte es bislang noch kein Senat, den Haushalt zu konsolidieren und die Neuverschuldung zu beenden. Das fällt Ihnen praktisch ohne eigenes Zutun in den Schoß. Ich möchte Ihnen für dieses Jahr gern noch einmal vorrechnen, wie auf eine Neuverschuldung verzichtet werden kann. Sie haben 300 Millionen Euro an neuen Schulden eingeplant. Da Sie bei den Zinsen etwa 170 Millionen Euro sparen und die Steuereinnahmen 134 Millionen Euro oberhalb der Finanzplanung liegen, reicht das unterm Strich schon, um auf neue Schulden zu verzichten. Dann ist da noch der Vorsichtsabschlag für konjunkturelle Risiken in Höhe von 150 Millionen Euro, insgesamt also ein großer Spielraum, um solche Schwankungen auszugleichen. Kann nicht wohnt in dem Fall in der sogenannten Will-nicht-Straße, wenn man sich hier einer Haushaltskonsolidierung verweigert.

(Beifall bei der FDP)

Bevor Herr Quast gleich erzählt, wir sollten doch einmal konkrete Vorschläge machen, will ich nur einmal auf unsere Leitanträge zu den letzten beiden Doppelhaushalten verweisen. Damit haben wir sehr genau nachlesbar und nachprüfbar gesagt, an welchen Ecken und Enden gespart werden kann. Deshalb fordere ich Sie auf, jetzt die haushaltspolitische Wende zu machen. Jetzt sind die guten Jahre da, und daher muss nun tatsächlich einmal etwas passieren.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Herr Quast von der SPD-Fraktion bekommt das Wort.

Jan Quast SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dass Sie, Herr Bläsing, "Schuldenstopp jetzt!" fordern können und dafür nicht ausgelacht werden, hat viel mit der erfolgreichen Haushaltspolitik der SPD in den letzten Jahren zu tun.

(Beifall bei der SPD – Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.)

Erst die Ausgabenbremse der letzten drei Jahre macht die Schuldenbremse zum realistischen Ziel für die nächsten Jahre. Zuletzt, im Jahr 2013, sind die tatsächlichen Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr sogar etwas abgesunken, denn wir lassen uns nicht dazu verleiten, lediglich auf Basis von Steuerprognosen hohe zusätzliche und dauerhafte Ausgaben zu beschließen. Und weil Prognose und reale Entwicklung in der Vergangenheit schon so oft auseinandergefallen sind, werden wir auch weiterhin Vorsichtsabschläge einstellen.

(Beifall bei der SPD)

Das unterscheidet uns dann eben auch von früheren Senaten, auch von solchen mit FDP-Beteiligung. Wir machen keine Wette auf die Konjunktur. Wir machen eine solide und seriöse Haushaltspolitik. Wir machen jedes Jahr weniger Schulden und nutzen die guten Jahre, wie Sie es eingefordert haben, Herr Bläsing, um genau das zu tun: weniger Schulden zu machen.

(Beifall bei der SPD – *Finn-Ole Ritter FDP:* Sie haben sie in 40 Jahren aufgebaut!)

Wenn wir die Schuldenbremse schon 2014 oder in anderen Jahren vor 2019 erreichen können, dann wird uns das freuen. Das wird uns aber nicht davon abhalten, einen konsequenten Kurs fortzusetzen. Denn was Sie nicht verstehen, meine lieben Kollegen von der FDP – die CDU wird sicherlich Ähnliches behaupten –: Schuldenstopp ist eben kein symbolischer Akt, kein PR-Gag. Schuldenstopp muss jedes Jahr wieder neu erarbeitet und erreicht werden.

(Beifall bei der SPD)

Und genau das wollen wir, eine nachhaltig erfolgreiche Anti-Schuldenpolitik und keine kurzfristigen Effekte. Das machen wir, und wir machen es mit dieser Stadt und nicht gegen die soziale Infrastruktur in ihr.

(*Wolfgang Rose SPD:* Genau!)

Wir wollen die Stadt mitnehmen ohne großspurige Kürzungsprogramme, die in der Regel nie funktioniert haben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Bläsing, wenn Sie eine seriöse Sparpolitik skandieren, dann müssen Sie sehr wohl sagen, wo Sie den Rotstift ansetzen wollen. Sparen ist immer konkret, kürzen findet immer konkret statt. Sagen Sie uns, wo Sie kürzen wollen.

(*Robert Bläsing FDP:* Haben wir doch!)

So kommen Sie hier jedenfalls nicht davon, Herr Bläsing.

(Beifall bei der SPD)

Das sollten Sie sich wirklich überlegen – das gilt auch für einige andere Fraktionen in diesem

(Jan Quast)

Haus –, wenn Sie ernsthaft anstreben, in dieser Stadt wieder einmal Verantwortung zu tragen. Also drücken Sie sich nicht weiter davor.

(Beifall bei der SPD)

Wir kennen von den Oppositionsfraktionen vor allem Anträge und Forderungen, die immer mehr Geld kosten, auch von der FDP. Morgen stimmen wir über einen FDP-Antrag zu einem Kulturverstärkungsfonds ab, der 1 Million Euro pro Jahr zusätzlich kosten soll. Heute auf die Schuldenbremse treten und morgen Gas geben beim Geldausgeben, das ist Ihre Devise. Das ist scheinheilig, liebe FDP-Fraktion, und das reicht nicht.

(Beifall bei der SPD)

Unser Haushalt ist so aufgestellt, dass wir auch mit zusätzlichen Kosten zurechtkommen, die Sie ignorieren. Dank der schlechten Planungen der CDU-Senate in den Vorjahren haben wir IT-Projekte mit Kostensteigerungen in Millionenhöhe, die uns jetzt auf die Füße fallen und die wir ohne zusätzliche Schulden bewältigen werden. Oder nehmen wir die Kosten für die Unterbringung der Menschen, die sich vor Verfolgung in unsere Stadt flüchten. Für diese haben wir im letzten Jahr fast 70 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt, und dieses Jahr werden weitere 150 Millionen Euro benötigt – Mittel, die wir angesichts der Krisen in der Welt, in Syrien, im Irak und in der Ukraine, wohl auch in den nächsten Jahren brauchen werden, um den Flüchtlingen zu helfen, wie es sich gehört, wie wir es tun und wie wir es auch weiterhin tun werden.

(Beifall bei der SPD)

2007/2008 hat der CDU-geführte Senat die Nettokreditaufnahme mit einigen Trickserien auf null gedrückt. Davon zeugt noch immer eine vergoldete CD, die der Finanzsenator in seinem Amtszimmer von seinen Vorgängern vorgefunden hat. Solche Trickserien wird es mit uns nicht geben. Wir sanieren den Haushalt strukturell, wir nehmen jedes Jahr weniger Schulden auf. Wir wollen so bald wie möglich und so nachhaltig wie möglich eine ehrliche schwarze Null erreichen, wie es aufgrund unserer Verfassung richtig und vernünftig ist, und wir wollen alte Schulden tilgen. Der neue Haushaltsplan-Entwurf des Senats weist den Weg dahin. Den werden wir intensiv weiter verfolgen, ohne uns von Ihnen beirren zu lassen, und am Ende mit Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat nun Herr Dr. Heintze von der CDU-Fraktion.

(Arno Münster SPD: Ich denke, der ist in Brüssel!)

Dr. Roland Heintze CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Quast, beirren las-

sen Sie sich sicher nicht nur nicht im positiven Sinne, wie Sie es gemeint haben, sondern leider im negativen Sinne. Es kann doch nicht sein, dass Sie sich hinstellen und sagen, sparen sei immer konkret, obwohl kein Senat vor Ihnen es geschafft hat, die globalen Minderausgaben auf einen derartigen Höchststand zu treiben. Was ist denn das andere als nicht konkret zu sparen, sondern den Leuten die Sparvorgabe vor die Füße zu werfen und zu sagen, macht mal, konkret werden wollen wir nicht? Wenn Sie das der Opposition vorwerfen, dann müssten Sie es sich selbst eigentlich noch viel mehr vorwerfen. Sie sind es, die nicht konkret werden, aber anderen vorwerfen, dass sie es nicht seien.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN und der FDP)

Schön ist auch, dass Sie sagen: keine Tricks. Es war doch Ihr Senat, der die Haushaltsaufstellung 2011 mit einem Trick begann. Aber Sie haben ein kurzes Gedächtnis, das weiß ich. Sie haben den Haushalt gleich zu Beginn Ihrer Amtszeit um 400 Millionen Euro ausgeweitet. Und dann behaupten Sie, wir würden tricksen und Sie würden das nicht wollen. Sie haben es bereits getan, und der neue Haushaltsplan-Entwurf zeigt, dass Sie es auch weiter tun.

(Beifall bei der CDU und bei *Jens Kerstan* und *Dr. Anjes Tjarks*, beide GRÜNE)

Richtig ist, und von daher ist das Anliegen der FDP verständlich, dass die Haushaltslage gut ist. Die letzte Monatsmeldung der Finanzbehörde Richtung Bundesfinanzministerium hat ein Plus von 339 Millionen Euro ausgewiesen. Nun sind wir erst im ersten Halbjahr und man muss ein bisschen vorsichtig sein; der Abschluss sieht immer noch einmal anders aus als zur Jahresmitte. Nichtsdestotrotz sagen Sie, schauen wir mal, ob wir 2017 rauskommen. Herr Finanzsenator, bei der Ausgangslage, die Sie haben, bei den Chancen, die sich Ihnen in der vor Ihnen liegenden Haushaltsaufstellung bieten, können Sie deutlich früher aus den Schulden rauskommen als 2017. Sie sollten die Chance jetzt ergreifen, 2017 ist bei der aktuellen Lage zu spät.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich wäre es einfacher, wenn wir diverse Fehlentscheidungen nicht erlebt hätten: den unnötigen Hapag-Lloyd-Zukauf, die Einplanung von Zinsen, die nicht kommen, die Busbeschleunigung. Da wurden Fehler gemacht, die dazu beitragen, dass wir nicht ganz klar sagen können, jetzt raus. Sie haben bereits Geld verspielt, das wir zum Ausstieg aus dem Schuldenkreislauf gut hätten gebrauchen können. Das haben Sie nicht genutzt, und das müssen Sie sich vorwerfen lassen.

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Roland Heintze)

Sie legen einen Haushalt vor, der – eine leichte Überraschung, wenn man sich die letzte Finanzplanung anschaut – mit jeweils 300 Millionen Euro mehr für 2015 und 2016 auskommen möchte und damit von 2014 auf 2015 einen Sprung um 3,1 Prozent und nicht um 0,88 Prozent macht. Für die staunende Masse begründen Sie das damit, es läge an den Leertiteln, und jeder fragt sich, was denn das Ominöse ist, das den Haushalt so verzerrt. Die Wahrheit ist – und das werden Sie uns in den Haushaltsberatungen erklären müssen –: Auch wenn es in der Vergangenheit diese Leertitel gab, die sich erst im Laufe des Haushaltvollzugs befüllt haben, durften die Ausgaben trotzdem nie über 0,88 Prozent wachsen, auch nicht bei Befüllung der Leertitel. Und das, was Sie hier gerade versuchen, ist eine Riesennebelkerze. Sie wollen die Leertitel missbrauchen, um Ihren Haushalt auszuweiten, und zwar gegen die eigenen Regeln. Herr Quast, es tut mir leid: Das ist Tricksen.

(Beifall bei der CDU und bei *Jens Kerstan* und *Dr. Anjes Tjarks*, beide GRÜNE)

Noch wichtiger ist aber, dass Sie sich in diesem Spiel Geld holen, das wir eigentlich gut brauchen könnten, um aus den Schulden auszusteigen. Trotz dieses Rückblicks gebe ich Ihnen recht: Wir müssen Vorschläge machen, wie wir das jetzt lösen, denn die Milch, die Sie vergossen haben, ist in der Tat vergossen. Das lösen Sie aber sicher nicht, indem Sie noch einmal einen ordentlichen Schluck aus der Kanne nehmen und sagen, 2011 haben wir uns unnötigerweise 400 Millionen Euro genehmigt, jetzt legen wir für 2015 und 2016 noch einmal 300 bis 400 Millionen Euro obendrauf. Herr Finanzsenator, so geht es nicht. Wir schlagen vor, diesen Haushaltsplan-Entwurf so nicht auf den Weg zu bringen, sondern jetzt die Chance zu ergreifen und früher aus dem Schuldenmachen auszusteigen. Das wäre seriös und das einzig richtige Vorgehen.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann Ihnen auch noch Folgendes sagen: Dass Sie sich jetzt auch noch Geld bei den Zinsen reinholen – der Kollege von der FDP hat es aufgezeigt –, ist ein bisschen dreist. Sie selber haben gesagt, die Zinsausgaben müssten etwas höher veranschlagt werden, weil es immer einmal schlechter gehen könne. Das ist richtig, das war gut, das begrüßen wir auch. Jetzt sagen Sie, es laufe so gut, und senken das, was an Zinsen eingeplant ist, sogar ab, und das auch noch bis 2018. Herr Finanzsenator, wo ist denn die von Ihnen proklamierte Vorsicht? Ich glaube, Sie wollen auch hier weitere Ausgabenspielräume schaffen. Auch das ist falsch. Das ist eine weitere vergebene Chance, rechtzeitig und früher, als Sie es anpeilen, aus dem Schuldenmachen auszusteigen. Sie wollen gar nicht aussteigen, sondern nur erzählen, dass Sie es wollen, und am Ende mehr Geld aus-

geben. Das ist zum Schaden der Stadt. Hören Sie auf damit.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Herr Kerstan von der GRÜNEN Fraktion.

Jens Kerstan GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit der Präsentation des Doppelhaushalts 2015/2016 durch den Senat auf einer Pressekonferenz ist eines sehr deutlich geworden.

(*Jan Quast SPD:* Das kommt doch morgen erst!)

– Die Pressekonferenz hat doch letzte Woche schon stattgefunden, wenn auch nur zu einem ausgewählten Teil.

Man konnte also lernen, dass auch im vierten Amtsjahr dieses SPD-Senats die SPD mit ihrer Alleinregierung kein funktionierendes Konsolidierungskonzept gefunden hat, und das in einer Situation wie in der besten aller Welten: Die Konjunktur läuft, die Steuereinnahmen sprudeln und die Zinsen sind auf einem niedrigen Niveau. Vor diesem Hintergrund allerdings wie die FDP zu fordern, die Schulden auf null zu setzen, ist mit Sicherheit keine verantwortliche Reaktion, schon gar nicht, weil dieser Haushalt, auch wenn die Steuern sprudeln, in keiner Weise strukturell ausgeglichen ist, sondern im Gegenteil.

(*Katja Suding FDP:* Davon haben wir auch nicht geredet!)

Das strukturelle Defizit des Hamburger Haushalts ist in der besten aller Welten, nämlich in der jetzigen Zeit, unter der Alleinregierung der SPD massiv gestiegen. Vor diesem Hintergrund bringt es gar nichts, so zu tun, als ob der Haushalt ausgeglichen wäre, und die Schulden auf null zu setzen, sondern jetzt muss man mit der Konsolidierung anfangen, Herr Quast, und das haben Sie bisher nicht geleistet. Da haben Sie schlicht und einfach versagt.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Jan Quast SPD:* Wo waren Sie eigentlich die letzten Jahre?)

Denn die Wahrheit ist – und dafür muss man kein Mathematikprofessor sein –, dass dieser Senat den Hamburger Haushalt in vier Jahren um 1 Milliarde Euro ausgeweitet hat, von 11 Milliarden Euro in 2010 auf 12,3 Milliarden Euro im Haushaltsplan 2015. Wenn wir nur 1 Prozent mehr ausgaben, wie Sie behaupten, dann dürfte der Hamburger Haushalt nach Adam Riese 2010 nur um 440 Millionen Euro gestiegen sein, nämlich auf 11,5 Milliarden Euro. In Wirklichkeit ist er unter Ihrer Ägide aber auf 12,3 Milliarden Euro gestiegen. Insofern ist all Ihr Gerede von Vorsichtsabschlügen und einer Konsolidierungslinie am langjährigen Durchschnitt nichts anderes, als der Öffentlichkeit Sand in die

(Jens Kerstan)

Augen zu streuen. In Wirklichkeit haben Sie den Hamburger Haushalt massiv ausgeweitet und hinterlassen den nachfolgenden Generationen ein größeres Problem, als Sie es vorgefunden haben. Das ist schlicht und ergreifend die Wahrheit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Dr. Roland Heintze CDU – Gabi Dobusch SPD*: Unsinn ist das!)

Es ist auch ganz einfach zu erklären, wie das Ganze passiert ist. Dieser SPD-Senat hat den Betriebshaushalt, also die laufenden Ausgaben, massiv ausgeweitet. Und wenn er überhaupt gegenfinanziert hat, dann einmalig aus zentralen Titeln, die Sie – Herr Heintze sagte es schon – am Anfang der Legislaturperiode um 500 Millionen Euro aufgefüllt haben. Die werden Sie mittlerweile verbraucht haben, aber die Ausgaben bleiben dauerhaft. Ein beredtes Beispiel dafür ist das, was wir später beschließen werden. Nachdem Sie sich bei Gefahrengeländen und Gewaltdemonstrationen vergaloppiert haben, haben Sie mal eben 10 Millionen Euro für die Polizei aus der Tasche gespart, einmalig gegenfinanziert und keinerlei Vorschläge für die langjährige Gegenfinanzierung vorgelegt. Das ist das Mittel, mit dem Sie diesen Haushalt strukturell weiter ins Defizit geführt haben. Damit haben Sie das Problem vergrößert. Die Konsolidierung, von der die SPD immer redet, findet nur auf dem Papier und in PowerPoint-Präsentationen statt, in der Realität ist das Problem größer denn je.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Dr. Roland Heintze CDU und Robert Bläsing FDP*)

Sie finanzieren ganz wolkig und unkonkret durch globale Minderausgaben. Das war bislang der Kurs der SPD. Jetzt haben wir gelernt, dass die SPD die niedrigen Zinsausgaben verbrät. Eine unsolidere Haushaltspolitik, als in Zeiten historisch niedriger Zinsen die Betriebsausgaben zu erhöhen und gleichzeitig den Zinstitel um 200 Millionen Euro pro Jahr abzusenken, gibt es nicht. Das ist eine tickende Zeitbombe und das Gegenteil von solider Haushaltspolitik. Das ist so unsolid, wie kein Senat vor Ihnen gehandelt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU und der FDP)

Es wäre an der Zeit, ehrlich zu sein. Wenn Sie jetzt den Zinstitel absenken, Herr Quast, dann wird genau das passieren, von dem Sie gesagt haben, dass Sie es gerade nicht mehr wollen. Wenn die Zinsen nur um einen halben Prozentpunkt steigen, müssen wir 100 Millionen Euro mehr ausgeben. Das mag vielleicht erst in zwei, drei oder vier Jahren passieren, aber dann greift die Schuldenbremse. Dann fehlen uns von einem Jahr zum anderen auf einen Schlag mehrere Hundert Millionen Euro, und was bleibt uns dann übrig? Das, von dem Sie immer sagen, dass Sie es nicht machen wollen:

Dann werden wir von heute auf morgen Sparprogramme in Höhe von Hunderten Millionen Euro auflegen müssen. Das Einzige, was dieser Senat festgelegt hat, ist, dass ihn das nicht mehr betrifft.

(Glocke)

– Ich komme zum Schluss.

Das wird nachfolgende Senate betreffen. Insofern ist das die klassische unsolide Haushaltspolitik. Nachfolgende Senate müssen die Probleme lösen, die Sie mit diesem Haushalt geschaffen haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat nun Herr Hackbusch von der Fraktion DIE LINKE.

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das, was wir in der letzten Viertelstunde geboten bekommen haben, war schon ein aufregendes Spektakel. Ich weiß nicht, wer genau zugehört hat. Erstaunlicherweise haben die Fraktionen, bei denen es mit den Einschätzungen, den verschiedensten Spekulationen und Hunderten von Millionen Euro wild durcheinander ging, trotzdem gemeinsam etwas verankert – die Schuldenbremse in der Hamburger Verfassung –, weil sie meinen, dort gemeinsam Politik machen zu können. Sie können sich noch nicht einmal auf irgendwelche Zahlen verständigen. Ich finde, das ist sehr bedrohlich für diese Stadt,

(Beifall bei der LINKEN)

und ich bin äußerst unsicher, ob das vernünftige Politik sein kann.

Herr Kerstan, der das mit SPD und FDP zusammen verabschiedet hat, redete vom größten hysterischen ...

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Hysterisch ist gut!)

– historischen, hysterisch auch –,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Hysterisch und historisch!)

... historischen Defizit, was wir in dieser Stadt gehabt haben. Der Rechnungshof sagt etwas anderes. Natürlich kann man es sehr spekulativ so machen, aber das dann gemeinsam mit der SPD zu verabschieden, finde ich höchst unsolid. Eine solche Politik und eine solche Diskussion gefallen mir überhaupt nicht; das reicht nicht aus.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich versuche einmal, Ihnen zu sagen, was gegenwärtig eine der Schwierigkeiten ist. Wir versuchen, die Haushaltspolitik vernünftig zu verstehen, und zwar nicht nur kameralistisch. Wir haben doch er-

(Norbert Hackbusch)

lebt, wie unseriös das beim CDU-Senat gewesen ist,

(Thilo Kleibauer CDU: Wie bitte?)

als er meinte, die Kürzungspolitik schon einmal erfolgreich durchorganisiert zu haben. Danach haben wir dann das größte Defizit feststellen müssen, das wir in dieser Stadt je real gehabt haben.

(Dietrich Wersich CDU: Die größte Krise seit 1929, Herr Kollege!)

Das bedeutet, dass die Eingrenzung von Ausgaben allein nicht ausreicht, weil das überhaupt nichts aussagt. In dem Augenblick, in dem ich die Straßen dieser Stadt nicht mehr saniere, kann ich sagen, die Zahlen sind wunderbar, aber jeder von uns weiß, dass das in drei, vier oder fünf Jahren zu katastrophalen Mehrausgaben führt. Wir haben gegenwärtig die Situation – Herr Tschentscher wird mir recht geben –, dass der Finanzsenator nicht einmal den Überblick hat, welche Straßen zu sanieren sind und wie eigentlich der Zustand der Straßen insgesamt ist. Das Gleiche gilt für die Schulbauten.

(Dirk Kienscherf SPD: Unsinn!)

Wir haben gegenwärtig immer noch die Situation, dass es weniger Ersatzinvestitionen in Schulbauten gibt, als wir bräuchten. Das heißt, der Zustand der Schulbauten verschlechtert sich. Jeder Ingenieur kann einem vorrechnen, dass wir in drei, fünf oder zehn Jahren um etliches mehr bezahlen müssten, als wenn wir jetzt Geld dafür ausgeben würden. Jeder Ingenieur kann einfach und solide vorrechnen, dass eine Reduzierung von Mehrausgaben keine vernünftige Reaktion ist, mit solchen Sachen umzugehen.

Das Gleiche gilt – und das will ich Ihnen deutlich sagen, weil das dummerweise der Ingenieur nicht bestätigen kann – für alle sozialen und kulturellen Infrastrukturen. Natürlich können Sie die Nachmittagsbetreuung im Jugendbereich wegschneiden oder weniger Geld für Bürgerhäuser ausgeben und sagen, damit sei das Problem gelöst. Sie können da durchaus reduzieren, wie wir es gegenwärtig in den Bezirken erleben. Das wird sich aber später auszahlen, und zwar negativ für diese Stadt, und dementsprechend sind Ihre reinen Zahlenbetrachtungen unsäglich und nicht ausreichend.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Senat hat sein Versprechen, einen doppelten Haushalt vorzulegen, der genau das berücksichtigt, nicht eingelöst. Herr Tschentscher wird es mir wohl bestätigen müssen: Wir wissen gegenwärtig nicht, was an Sanierungen in dieser Stadt noch notwendig ist. Obwohl der Senat seit drei Jahren daran arbeitet, hat er diese Arbeit bisher nicht erledigt. Er versucht, das damit zu finanzieren, dass er die Zinsen kräftig absenkt; dazu hat Herr Kerstan einiges völlig richtig ausgeführt. Wir haben die Si-

uation, dass die öffentliche Investitionssumme viel zu gering ist für die anstehenden Aufgaben. Das heißt, wir haben zwar gegenwärtig offiziell einen ausgeglicheneren Haushalt, sammeln aber Probleme für die Zukunft an. Das sollten wir gemeinsam betrachten. Machen Sie die Augen auf. Betreiben Sie nicht nur Zahlenakrobatik, nehmen Sie auch das wahr, was dahinter liegt. Erst dann wird man in der Lage sein, gemeinsam eine seriöse Finanzpolitik zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat nun Senator Dr. Tschentscher.

Senator Dr. Peter Tschentscher:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir hatten Anfang 2011 eine bedrückende Lage. 2009 und 2010 waren fast 2 Milliarden Euro allein im Kernhaushalt an neuen Schulden aufgelaufen, dazu hohe Verluste aus der HSH Nordbank-Krise und zahlreiche weitere Schuldenpositionen in Nebenhaushalten. In dieser bedrückenden Lage haben wir ein Finanzkonzept zur Sanierung des Haushalts vorgelegt, von dem viele damals vermutet und behauptet haben, wir würden es nicht einhalten.

(Jens Kerstan GRÜNE: Das tun Sie auch nicht!)

Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben in unserem Konzept davon Abstand genommen, die Haushaltslage kurzfristig und anhand stark schwankender Steuerschätzungen zu beurteilen. Stattdessen orientieren wir uns am konjunkturbereinigten langfristigen Trend der Einnahmentwicklung. Wenn man die letzten drei Jahre betrachtet, ist dieses Vorgehen dem städtischen Haushalt gut bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Sie können Ihre Phantasiezahlen in die Welt setzen, aber die geplanten Defizite und die tatsächliche Neuverschuldung haben seit 2011 jedes Jahr abgenommen.

(Beifall bei der SPD)

Was sich gehalten hat, sind teilweise unrealistische Vorstellungen darüber, welche Konsolidierungsschritte unter vernünftigen Annahmen möglich sind, ohne Kollateralschäden in wichtigen Aufgabenbereichen zu verursachen.

Der Senat ist überzeugt, dass Hamburg weiterhin die Bedingungen für Bildung und Ausbildung verbessern, Kitaplätze und Ganztagschulen ausbauen, den Wohnungsbau voranbringen und die Infrastruktur sanieren muss, von der unsere Wirtschaftskraft und das Steueraufkommen abhängen.

(Beifall bei der SPD)

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

Das alles ist in den letzten Jahren gut gelaufen. Die Stadt wächst und bekommt mehr Wohnraum. Die Hamburger Wirtschaft entwickelt sich positiv. Sie entwickelt sich, anders als Sie behauptet haben, Herr Heintze, auch besser als im Bundesdurchschnitt. Der Hafenumschlag kommt voran, der Tourismus boomt und vieles mehr.

In der vergangenen Woche hat der Senat über seinen nunmehr dritten Haushaltsplan-Entwurf beraten. Aufgrund der Fortschritte bei der strukturellen Haushaltssanierung und der guten Konjunktur können wir die Neuverschuldung auch bei vorsichtiger Schätzung der Einnahmen in absehbarer Zeit beenden. Die Zahlen würden noch deutlich besser ausfallen, wenn wir die Werte der Steuerschätzung von Mai 1:1 in die Haushaltsplanung übernehmen würden. Das mag man in den Sanierungsländern, die uns teilweise als Vorbild genannt werden, so machen. Dieser Senat tut es nicht, denn die Annahmen, die der Steuerschätzung zugrunde liegen, gehen von einem noch über Jahre andauernden wirtschaftlichen Wachstum aus. Die Erfahrung lehrt dagegen, dass konjunkturelle Entwicklungen selten so stetig verlaufen und dass es riskant ist, sich darauf zu verlassen. Daher hat der Senat Vorsichtsabschlüsse von den Werten der Steuerschätzung vorgenommen, und trotz dieser vorsichtigen Betrachtung planen wir Überschüsse im kameralen Haushalt von 16 Millionen Euro für 2017 und rund 190 Millionen Euro für 2018. Dies bedeutet, dass Hamburg dann erstmals seit Jahrzehnten kein Defizit mehr haben wird und den Schuldenstand des Kernhaushalts in nennenswertem Umfang verringern kann.

(Beifall bei der SPD)

Das alles klingt sehr positiv. Ich betone aber ausdrücklich, dass sich diese Betrachtungen ausschließlich auf den Kernhaushalt beziehen. Wir müssen daneben auch die Nebenhaushalte im Auge haben. Deshalb haben wir Buchführung und Wirtschaftsplanung in den sogenannten Sondervermögen auf eine kaufmännische Betrachtung umgestellt, um darzustellen, welche Vermögenspositionen den dortigen Kreditaufnahmen tatsächlich gegenüberstehen. Dennoch bestehen auch in diesen Sondervermögen Kredite, die wir nicht vergessen dürfen, sondern dem Haushalt zurechnen müssen. Insofern besteht kein Anlass anzunehmen, dass wir schon in wenigen Jahren im Überfluss leben werden. Es gibt noch viel zu tun.

In Hamburg sind die Chancen gut, dass wir ab 2017 in die Kredittilgung des Kernhaushalts eintreten können, bei anhaltend guter Konjunktur vielleicht sogar früher. Auch die Haushaltsentwicklung in diesem Jahr kann noch günstiger verlaufen als geplant. Es ist aber keine finanzpolitische Leistung, eine gute Konjunktur in den Haushaltsplan zu schreiben. Man konsolidiert einen Haushalt nur durch Ausgabendisziplin, durch konsequente, ver-

nünftige Ausgabenbegrenzung, und dazu nehmen wir noch gerne Vorschläge entgegen.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Senat plant mit kaufmännischer Vorsicht und verkündet keine Erfolge, bevor sie erreicht sind. Wir werden die Konsolidierung der Hamburger Finanzen fortsetzen und bei höheren Einnahmen keine zusätzlichen Ausgaben veranlassen, sondern die Rücklagen schonen und die Kreditaufnahme verringern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Jetzt haben alle Fraktionen die Möglichkeit, darauf noch einmal zu replizieren. – Das Wort hat Herr Bläsing von der FDP-Fraktion.

Robert Bläsing FDP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Fraktion hat allen Vorschlägen, die sie in dieser Legislaturperiode bisher vorgelegt hat, immer auch Gegenfinanzierungsvorschläge beige packt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Na ja!)

Der in den Raum gestellte Vorwurf, das sei unseriös, lasse ich für meine Fraktion auf jeden Fall nicht gelten.

(Beifall bei der FDP)

Im Gegensatz zur SPD nimmt die FDP-Fraktion nämlich den Grundsatz "pay as you go" auch tatsächlich ernst. Den habe ich von Ihnen, Herr Senator, schon länger nicht mehr gehört, und auch in der SPD-Fraktion scheint ein gewisser Verdrängungsprozess eingesetzt zu haben, was "pay as you go" betrifft. Was schert uns unser Geschwätz von gestern? Das wollen Sie doch heute gar nicht mehr wahrhaben.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben auch nie behauptet, dass wir jetzt schon den strukturellen Ausgleich schaffen. Natürlich ist das ein konjunkturell bedingter Ausgleich.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Und was bringt das dann?)

Es ist nun einmal ein Glücksfall, dass die Zinsen gerade niedrig sind, dass die Konjunktur gerade so gut ist. Das ist natürlich dann auch keine Leistung, da gebe ich Ihnen recht, Herr Finanzsenator, wenn man eben solche guten Umstände hat. Die Leistung beginnt allerdings dort, wo man anfängt, damit tatsächlich auch verantwortungsbewusst umzugehen, und diese Verantwortung kann ich bei Ihnen nicht sehen. Da gebe ich Ihnen recht, da habe ich Sie auch einfach nur beim Wort genommen, Herr Senator. Sie ruinieren tatsächlich den Haushalt in guten Zeiten.

(Robert Bläsing)

(Beifall bei der FDP)

Wir haben die Schuldenbremse gemeinsam mit den GRÜNEN in die Verfassung hineingeschrieben, aber das entbindet Sie nicht von der Verantwortung, dann auch so früh wie möglich das zu schaffen, was zu schaffen ist in der Konsolidierung. Sie können nicht im Bummelzug Richtung 2019 fahren. Wer sagt uns denn, dass die Konjunktur so gut bleibt und die Zinsen so niedrig sind? Das kann sich auch wieder ändern. Insofern muss man jetzt jede Anstrengung aufwenden, die man realisieren kann.

(Beifall bei der FDP)

Auf Ihre Wetten auf die Zukunft lassen wir uns nicht ein. Wir müssen hier und heute – beziehungsweise morgen, wir haben einen Antrag dazu eingebracht, der auf der morgigen Tagesordnung steht – entsprechend Fakten schaffen. Ich kann Ihnen jetzt schon sagen: Uns erwartet ein heißer Herbst in den Haushaltsberatungen für den kommenden Doppelhaushalt. Da werden wir Ihnen nämlich aufzeigen, dass Konsolidierung und Entschuldung tatsächlich auch möglich ist.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Jetzt hat Herr Quast von der SPD-Fraktion das Wort.

Jan Quast SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, Herr Bläsing, für die FDP hat der heiße Herbst schon lange begonnen.

(Beifall bei der SPD)

Ich würde gern noch ein paar Worte zu meinen Vorrednern sagen, auch wenn der Finanzsenator einiges schon klargestellt hat.

Ich finde es schon verwunderlich, Herr Heintze, wenn Sie dem SPD-Senat Trickereien vorwerfen, um von dem abzulenken, was Sie gemacht haben. Alles, was wir machen, steht in den Haushaltsplan-Entwürfen, im letzten und auch im künftigen. Das ist nachlesbar, transparent, und offen und wir können das intensiv diskutieren; getrickst wird nicht.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch verwunderlich, dass Sie in den letzten Jahren gefordert haben, der Zinstitel müsse abgesenkt werden, und jetzt, wo er abgesenkt wird, dem Senat vorwerfen, genau das zu tun und nicht genug Vorsicht walten zu lassen. Das ist wieder ein typischer Heintze. Sie fordern an einem Tag das eine und am nächsten Tag das Gegenteil, wie es gerade passt. Auch das ist nicht seriös, Herr Heintze, das geht nicht.

(Beifall bei der SPD – *Finn-Ole Ritter FDP:* Prioritätensetzung!)

Ich freue mich jedenfalls, dass zwei Oppositionsparteien davon reden, dass wir schon in diesem Jahr keine neuen Schulden mehr machen müssten, wenn es nach ihnen ginge. Das zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(*Katja Suding FDP:* Nur mit unserer Hilfe!)

Die Wahrheit ist, dass wir im Haushaltsplan-Entwurf für 2015/2016 vorsehen, dass das ab 2017 gelingen kann,

(*Dietrich Wersich CDU:* Wie schafft man es, drei Jahre nichts dazuzulernen?)

und trotzdem leisten wir alles, was für diese Stadt notwendig ist, und schultern die Lasten, die auf uns zukommen. Herr Kerstan, in diesem Zusammenhang davon zu reden, dass wir die Mittel, die im Zinstitel stehen, verbraten würden, finde ich nicht besonders schön, weil Sie genau wissen, wofür wir diese Mittel benötigen werden. Wir brauchen sie, um die Flüchtlinge, die sich nach Hamburg retten, in den nächsten Jahren gut und angemessen unterzubringen, und wir können froh sein, dass wir die Mittel dafür einsetzen können.

(Beifall bei der SPD – *Finn-Ole Ritter FDP:* Das ist unterstes Niveau, das entspricht nicht einmal Ihrem!)

Wir brauchen die Mittel eben auch – Herr Ritter, dies an Sie als FDP-Mann und bilanzvertrauten Unternehmer –, um genau das zu tun, was Herr Hackbusch gesagt hat, weswegen wir heute eben nicht den Schuldenstopp machen. Wir brauchen sie, um diese Stadt weiter in Gang zu setzen, um den Sanierungsstau zu beseitigen. Wir werden bis Ende der Legislaturperiode 400 Kilometer Straßen saniert haben. Wir stecken bis 2020 2 Milliarden Euro in den Schulbau. Wir machen Wohnungsbau; jedes Jahr stellen wir die Mittel für 2000 Sozialwohnungen zur Verfügung. Alles das tun wir, und genau deswegen ist der Weg dieses Senats solide und richtig und nicht der Weg eines überhasteten Schuldenstopps, der dieser Stadt nicht weiterhilft. Meine Damen und Herren, unterstützen Sie uns lieber bei unserer Politik. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Jetzt hat Herr Dr. Heintze von der CDU-Fraktion das Wort.

Dr. Roland Heintze CDU: Herr Präsident! Lieber Herr Quast, es wäre mir deutlich lieber, wenn Sie sich an meinen inhaltlichen Vorwürfen an diesen Senat abarbeiten würden anstatt an meiner Person.

(*Jan Quast SPD:* Den von heute oder den von gestern?)

Das wäre übrigens auch seriöser und würde die Debatte voranbringen.

(Dr. Roland Heintze)

(Beifall bei der CDU)

Einerseits sprechen Sie von tiefer Systematik, dass alles mit diesen 0,88 Prozent geplant sei und Sie genauso geplant bei den Zinsausgaben heruntergehen könnten. Und dann sagt Herr Quast, das Geld, das wir bei den Zinsausgaben sparen, brauchen wir für die Flüchtlinge. Ich will gar nicht bewerten, wie seriös es bei einem nicht vorliegenden Haushaltsplan-Entwurf ist, dieses Argument in die Debatte einzubringen. Sie müssen sich aber für eines entscheiden: Entweder die Variante, Steuereinnahmen und Konjunktur haben es gut mit uns gemeint und wir schauen, wie wir das optimal nutzen, oder die Variante, alles, was in dieser Stadt passiert, ist systematisch auf dem Reißbrett des Finanzsenators so entwickelt worden, dass es auf den Punkt hinkommt. Was Sie machen, ist das Springen zwischen beiden Szenarien, und Sie wissen nicht so richtig, wofür Sie sich entscheiden wollen. Das hängt damit zusammen, wie Sie Finanzpolitik machen: zufallsorientiert und nach Kasenslage, aber sicherlich nicht mit System.

(Beifall bei der CDU)

Der Finanzsenator spricht von Phantasiezahlen. Da frage ich mich, ob er den Bericht des Rechnungshofs zur 400-Millionen-Euro-Ausweitung des Haushalts zu Beginn der Legislaturperiode nicht gelesen hat.

(Dietrich Wersich CDU: Bestimmt nicht!)

Ich habe im Rechnungsprüfungsausschuss gerade sehr viel mit dem Rechnungshof zu tun, und zwei Dinge beschleichen mich nicht: dass man sich Phantasiezahlen ausdenkt und mit diesen dann die Opposition bestückt, damit die hier besser argumentieren kann. Sie sollten zur Seriosität zurückkehren und sich mit den Zahlen, die wir nennen und die mitnichten Phantasiezahlen sind, auseinandersetzen, anstatt sie vom Tisch zu wischen und zu sagen, das System funktioniert, macht euch mal keine Sorgen. Es funktioniert nicht, es hätte nämlich deutlich früher greifen können. Das ist der Vorwurf, den wir Ihnen machen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir uns nun einmal anschauen, wie eigentlich die Betriebs- und Personalausgaben von aktuell 10,1 Milliarden Euro auf 10,9 Milliarden Euro im Jahr 2015 steigen, dann sind das 800 Millionen Euro mehr. Ich gebe Ihnen recht, dass da sicherlich 100 bis 200 Millionen Euro an Investitionen dabei sind, die wegen der Doppik zu laufenden Ausgaben werden. Das ist so, keine Frage, da gibt es einen Effekt. Dieser Effekt liegt aber sicherlich nicht bei 800 Millionen Euro, sondern Sie haben sich hier Spielräume geschaffen, die nichts, aber auch gar nichts mit den 0,88 Prozent zu tun haben, die Sie sich selbst verordnet haben, und auch überhaupt nichts mit einem ernststen Willen, früher aus dem Schuldenmachen auszusteigen. Seien

Sie an dieser Stelle deutlich, seien Sie gerne ehrlich, dann kann man sich nämlich besser damit auseinandersetzen. Wenn Sie es ernst meinen mit der Rhetorik, die Sie – sowohl Herr Quast als auch der Senator – hier abgebrannt haben,

(Jan Quast SPD: Wir brennen gar nichts ab, wir brennen für unser Thema!)

dann tun Sie uns bitte einen Gefallen: Nutzen Sie die Ausgabenspielräume, die um 800 Millionen Euro höher sind, einmal nicht aus, sondern überlegen sich, wie Sie mit dem Geld, das Sie haben, zurechtkommen. Dann klappt es auch mit dem früheren Aussteigen aus den Schulden und Sie brauchen keine weiteren Rhetorikfeuerwerke abzubrennen. Das würde der Stadt deutlich mehr helfen als das, was wir heute gehört haben.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Jetzt hat Herr Hackbusch von der Fraktion DIE LINKE das Wort, und danach Herr Kerstan von den GRÜNEN.

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Tschentscher, Sie haben uns weder bei der Pressekonferenz, als Sie die Zahlen für die nächsten Jahre präsentiert haben, noch in Ihrem Debattenbeitrag einen Überblick über die eigentlich notwendigen Sanierungen in dieser Stadt gegeben. Ein solcher Überblick ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, um in der Lage zu sein, eine vernünftige Politik planen zu können. Wir haben immer noch keinen Überblick über den Sanierungsrückstau in dieser Stadt, obwohl wir erst mit ihm in der Lage sind, vernünftig über die Zahlen zu diskutieren und darüber, wie Politik organisiert werden soll. Unabhängig davon war es eines Ihrer wichtigsten Versprechen, die Sie als SPD-Senat zu Beginn der Legislaturperiode gegeben haben, dass Sie spätestens nach zwei Jahren einen solchen Überblick vorlegen würden. Das haben Sie nicht getan. Ich finde das sehr unseriös. Sie sollten wirklich einmal für sich bilanzieren, warum Sie das nicht gemacht haben, und zwar im Gegensatz zu der ganzen Akrobatik, die Sie sonst veranstalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir beobachten gegenwärtig, dass nicht die 0,88 Prozent für die Reduzierungen im Zusammenhang mit den Ausgaben der Behörden gelten, sondern wahrscheinlich – wir wissen noch nicht genau, was diese Zahl zu bedeuten hat – 0,45 Prozent, und zwar nicht nur bis zum Jahr 2019, sondern bis zum Jahr 2025. Was bedeutet das für die verschiedenen Träger in dieser Stadt, für die verschiedenen sozialen Institutionen, für die Behörden? Nach zehn Jahren Deckelung auf 0,5 Prozent, wenn man eigentlich aufwachsende Kosten von 3 Prozent hat, bedeutet das – das

(Norbert Hackbusch)

kann jeder für sich ausrechnen –, dass man mindestens 25 Prozent von dem, was man eigentlich an Ausgaben bisher tätigen konnte, nicht mehr tätigen kann. Das bedeutet für jeden Träger in dieser Stadt, der soziale oder kulturelle Politik organisiert, dass er gar nicht mehr weiß, wie er vernünftig planen soll. Das ist keine Art und Weise, seriös Politik zu organisieren, um den Menschen sagen zu können, dass das in der Zukunft schon einigermaßen gesichert sei, sondern das bedeutet Kürzungspolitik kräftigster Art, nur dadurch abgefedert, dass man sagt, es ist jedes Jahr das Gleiche. Aber das bedeutet für jeden Träger, dass er nach Ihrer Planung in zehn Jahren eigentlich nicht mehr existieren kann.

Meine Damen und Herren! Das müssen Sie mit uns gemeinsam diskutieren anstatt zu sagen, das sei gar keine Kürzung, wie Sie es im Bezirkswahlkampf gemacht haben, obwohl jeder Träger Ihnen vorgerechnet hat, was das bedeutet. Wir werden Sie damit konfrontieren. Und die Koalition aus CDU und GRÜNEN, die gesagt hat, dass sie das noch schneller durchführen wolle, soll uns einmal darstellen, wie man das in dem Bereich noch machen kann.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich halte das für keine Art und Weise, wie man Politik organisieren kann. Das ist keine Art und Weise, wie die sozialen und kulturellen Institutionen in dieser Stadt leben können. Deswegen ist das die Diskussion, die wir brauchen, und nicht die der Zahlenakrobatik.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Jetzt hat Herr Kerstan von der GRÜNEN Fraktion das Wort.

Jens Kerstan GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Norbert Hackbusch, wenn du eben zugehört hättest, dann hättest du gehört, dass ich gesagt habe, in der jetzigen Situation die Schulden auf null zu fahren, bringe uns nicht weiter, weil zuerst das strukturelle Defizit verringert werden müsse. Insofern ist dieses In-einen-Topf-Werfen mit zwei Fraktionen in diesem Hause, die sagen, man müsse die Schulden sofort auf null setzen, für meine Fraktion eine böartige Verdrehung der Tatsachen. Ich würde mir wünschen, dass du dich da stärker auf die Debatte beziehst, die wir hier geführt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Jan Quast SPD:* Na, da haben wir es ja gut, dass wir von Ihnen nicht in einen Topf geworfen werden!)

Wir beraten hier über den Haushalt, das sollte also eine Debatte sein. Herr Finanzsenator Tschentscher, ich weiß, dass man als Senator von seinem Haus eine Rede geschrieben bekommt, bevor un-

sere Beiträge im Plenum gehalten wurden. Das ist auch in Ordnung, die kann man in großen Teilen auch so halten. Ich würde mir wirklich wünschen, dass Sie so viel Souveränität und vielleicht auch Fachkunde hätten, einmal auf das eine oder andere Argument einzugehen, das in der Debatte gefallen ist. Sie haben eben in Ihrem Beitrag wieder davon gesprochen, dass Sie den klaren Konsolidierungskurs von 0,88 Prozent Steigerung von einem zum nächsten Jahr beibehalten haben, und ich habe dazu eine Frage gestellt; ich stelle sie jetzt einfach noch einmal. Kann ich nicht richtig rechnen oder wie kann ich Ihre Aussage mit Ihrem Haushalt übereinbringen? Nach Ihren Planungen haben wir im Haushaltsjahr 2014 einen Haushalt von 11,89 Milliarden Euro gehabt, und der Haushalt im Jahr 2015, den Sie jetzt auf der Pressekonferenz vorgestellt haben, hat ein Volumen von 12,3 Milliarden Euro. Ich kann das auch ohne Taschenrechner: 1 Prozent von 11,8 Milliarden Euro wären ungefähr 110 Millionen Euro. Sie steigern den Haushalt aber um 410 Millionen Euro und sagen trotzdem, Sie würden Ihren Konsolidierungskurs mit der Steigerung von 1 Prozent einhalten. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich verstehe das nicht. Das stimmt doch mit den Zahlen gar nicht überein. Wie kommen Sie dazu – und auch Sie, Herr Quast –, egal, wie die Zahlen sind, gebetsmühlenartig zu wiederholen, Sie hätten einen Sanierungskurs und gäben nie mehr als 1 Prozent aus?

(*Hans-Detlef Roock CDU:* Mathematik: Sechs!)

Das müssen Sie entweder in den Haushalt hineinschreiben oder aufhören – ich weiß, das ist nicht parlamentarisch –, hier die Unwahrheit zu sagen. Aber vielleicht sehe ich das nur ganz falsch

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Ja, das stimmt!)

und Sie könnten mich aufklären. Aber dass Sie das nicht getan haben, zeigt doch ziemlich eindeutig, dass Sie die Argumente, die nicht in Ihre Strategie passen, einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollen, weil das, was Sie da erzählen, mit der Realität nichts zu tun hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Vielleicht nutzen Sie jetzt die Gelegenheit, dann wären wir ein Stück weiter. Ansonsten ist es einfach so, dass dieser Haushalt die Umstellung auf die Doppik und das Neue Haushaltswesen dazu benutzt, eine Situation herzustellen, dass man die jetzige Situation mit den vorherigen gar nicht mehr vergleichen kann, weil die Zahlen geändert sind, und Sie dann wirklich dreist einfach das Gegenteil dessen behaupten, was Sie in der Realität tun. Das ist nicht seriös, sondern sehr unglaubwürdig. Angesichts knapper Kassen und harter Einschnitte in anderen Bereichen sind Sie dieser Stadt in dem

(Jens Kerstan)

Punkt durchaus Erklärungen schuldig. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Hans-Detlef Roock CDU*)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Damit ist die Aktuelle Stunde für heute beendet. Wir werden sie morgen mit dem dritten, vierten und fünften Thema fortsetzen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 50 und 49 auf, Drucksachen 20/12017 und 20/11991, Antrag der CDU-Fraktion: Forderungen der Schulkonferenzen ernst nehmen – G8 jetzt besser machen und Antrag der CDU-Fraktion: Eltern bei der Schulwahl stärker unterstützen.

Zur Drucksache 20/12017 liegt Ihnen als Drucksache 20/12326 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Forderungen der Schulkonferenzen ernst nehmen – G8 jetzt besser machen
– Drs 20/12017 –]**

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Stellungnahmen der gymnasialen Schulkonferenzen ernst nehmen
– Drs 20/12326 –]**

**[Antrag der CDU-Fraktion
Eltern bei der Schulwahl stärker unterstützen
– Drs 20/11991 –]**

Die CDU-Fraktion möchte alle drei Drucksachen an den Schulausschuss überweisen.

Frau Prien hat das Wort.

Karin Prien CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ob es je eine reelle Chance gab, das Volksbegehren zu G9, das nun im September vor uns liegt, zu verhindern – wer weiß das schon, es soll in manchen Debatten magische Momente geben –, darf bezweifelt werden. Die Volksinitiative hat im Grunde von Anfang an und auch in den letzten Wochen, als der Schulausschuss erneut einen Vorschlag für ein gemeinsames Gespräch gemacht hat, dieses Gespräch abgelehnt. Jedenfalls ist aus unserer Sicht – ich glaube, darüber sind sich die Fraktionen hier im Hause einig – die Zeit der Gesprächsangebote erst einmal vorbei und auch die Zeit der taktischen Spielchen. Sie ist auch deshalb vorbei, weil Lehrer, Eltern und Schüler, die Schule jeden Tag erleben, überwiegend klar votiert haben. Sie wollen keine neuen Schulstrukturformen, sie wollen kein Herumdoktern am System und sie wollen kein G9 am Gymnasium.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Was sie wollen, haben sie auch relativ deutlich gemacht. Sie wollen mehr Qualität an den Gymnasien – gefragt worden sind explizit die Gymnasien, aber an den Stadtteilschulen ist das nicht anders – und haben auch recht klare Vorstellungen davon, wie das zu erreichen ist. Die Voten der Schulkonferenzen waren außerordentlich wertvoll. Aufgrund ihrer sehr eindeutigen Mehrheitsverhältnisse ist für uns als Union eines jedenfalls sehr klar: Diese Volksinitiative zu G9 kann man aus sehr vielen Gründen heraus nicht unterstützen.

Meine Damen und Herren! Die letzten Monate haben aber noch einiges andere deutlich gemacht. Die Eltern in unserer Stadt haben, anders als die Initiative uns hat vormachen wollen, ganz unterschiedliche Auffassungen in der G8/G9-Debatte. Es gibt Eltern, die organisieren sich für den Schulfrieden in unserer Stadt und sind für das Zwei-Säulen-System von Stadtteilschule und Gymnasium, andere Eltern organisieren sich für die Einführung von G9, und eine sehr große Gruppe von Eltern ist es einfach nur leid, mit ständig neuen Schulstrukturdebatten belegt zu werden und diese ertragen zu müssen.

(Beifall bei der CDU)

Das bedeutet, dass in dieser Debatte eben nicht etwa die böse und dumme Politik gegen das Volk steht, sondern dass es Eltern gibt, die sich für G8 einsetzen, und Eltern, die sich gegen G8 einsetzen; es stehen eben nicht Bürger gegen Politik. Und mehr noch: Die Schulkonferenzen haben sehr deutlich artikuliert, dass sie von der Politik erwarten, dass bestimmte Änderungen jetzt auch durchgesetzt werden. Diese Änderungen haben wir zusammengefasst in unserem Antrag "Forderungen der Schulkonferenzen ernst nehmen – G8 jetzt besser machen". Aus diesem Grunde halten wir es für zwingend erforderlich, dass wir uns mit diesen Forderungen der Schulkonferenzen ernsthaft auseinandersetzen. Was nämlich nicht geht, ist, die Schulkonferenzen als Kronzeugen gegen G9 in Anspruch zu nehmen, und auf der anderen Seite das, was sie ansonsten fordern, zu ignorieren.

(Beifall bei der CDU)

Da sind sich Volksinitiative, SPD und Senator relativ nahe. Die Initiative sagt, das Votum der Schulkonferenzen sei irrelevant und hänge irgendwelchen dunklen Verschwörungstheorien nach, warum dieses Votum nicht wichtig sei. Der SPD-Senat stellt sich hin und sagt, er sehe das klare Votum der Konferenzen gegen G9 und teile das auch, aber das, was ansonsten gefordert werde, sei aus allen möglichen Gründen heraus falsch. So, meine Damen und Herren, geht es nicht.

(Beifall bei der CDU)

(Karin Prien)

Worum geht es bei den Forderungen im Einzelnen? Es geht zum einen um diese unsinnige Regelung im Hinblick auf die Gängelung der Lehrer bei den Hausaufgaben und den Klassenarbeiten, die Sie mit der Änderung des Schulgesetzes durchgesetzt haben. Durch die neue Vorlage haben Sie inzwischen, Gott sei Dank, Abstand vom Schlimmsten genommen, was Sie uns da angekündigt haben. Trotzdem: Nehmen Sie die Forderungen der Schulkonferenzen ernst und lassen Sie das einfach sein.

Die Schulen halten zudem eine Überarbeitung der Bildungspläne für notwendig, und zwar im Hinblick auf mehr Konzentration auf den wichtigen und zeitgemäßen Stoff und weniger auf Kompetenzorientierung, vor allem aber im Hinblick auf eine bessere Abstimmung und Vernetzung zwischen den Fächern. Diese Auffassung teilen wir.

Die Themen Klassenwiederholung und Übergang vom Gymnasium auf die Stadtteilschule und umgekehrt haben wir schon vor zwei Wochen diskutiert. Bei diesen Themen muss die Politik in Hamburg endlich ehrlich werden, denn in Wirklichkeit ist es nicht so – ich habe es beim letzten Mal schon dargelegt –, dass wir keine Durchlässigkeit haben. Wir haben die Durchlässigkeit und wir haben sie sogar stärker, als wir sie vor der vermeintlichen Abschaffung hatten. So ist es auch beim Sitzenbleiben. Es ist nicht etwa so – das hat auch der Sprecher der Behörde diese Woche bestätigt –, dass es kein Sitzenbleiben mehr gäbe. Das gibt es nach wie vor in Hamburg. Nur das Verfahren hat sich geändert, es ist intransparent und willkürlich. Das muss geändert werden; da sind wir uns mit den Schulkonferenzen völlig einig.

(Beifall bei der CDU)

Schließlich will ich mich in dieser ersten Runde noch zum Thema Rückmeldesystem und bessere Unterstützung der Eltern beim Übergang auf die weiterführende Schule äußern. Auch dazu haben wir einen Antrag vorgelegt, den wir heute mitdiskutieren. Es geht hier nicht darum, das Elternwahlrecht zu beschränken. Es geht darum, den Eltern ein besseres Rückmeldesystem zu geben, und da halten wir die Wiedereinführung von Noten ab dem ersten Halbjahr in Klasse 3 neben dem Berichtszeugnis für unbedingt erforderlich. Für viele Eltern sind die Texte, die sie in den Berichtszeugnissen finden, nicht wirklich aussagekräftig; sie sind missverständlich. Das führt oft dazu, dass Eltern den tatsächlichen Entwicklungs- und Lernstand ihrer Kinder falsch einschätzen. Wir wollen, dass den Eltern hier mehr an die Hand gegeben wird. Wir wollen die Wiedereinführung des zweiten Lernentwicklungsgesprächs in dieser so wichtigen Phase für die Kinder, und wir wollen ein zusätzliches diagnostisches Verfahren, das den Eltern als zusätzlicher Maßstab und zusätzliche Richtlinie für ihre Entscheidung angeboten wird.

Meine Damen und Herren von den anderen Fraktionen! Ich hoffe, dass wir unsere Vorschläge – und natürlich auch die anderen Vorschläge, die mittlerweile im Raum stehen –, die sich sozusagen aus den Voten der Schulkonferenzen filtern lassen, gemeinsam im Schulausschuss diskutieren werden, und freue mich darauf. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Holster von der SPD-Fraktion hat das Wort.

Lars Holster SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat nach der ersten erfolgreichen Stufe der Volksinitiative intensive Gespräche mit den Vertrauensleuten der Volksinitiative geführt. Nach Abschluss dieser Gespräche haben wir uns entschlossen, keinen voreiligen Kompromissvorschlag zu unterbreiten. Es hat sich eindeutig erwiesen, dass es klug und der richtige Schritt war, zunächst die Schulkonferenzen der Gymnasien zu befragen. Dieses Meinungsbild, Frau Prien hat es eben schon gesagt, ist eindeutig ausgefallen. Die Gymnasien wollen keine Rückkehr zu G9.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Rückmeldungen im sogenannten Bürgerpostfach, das eingerichtet wurde, zeigen eine klare Mehrheit für die Beibehaltung von G8 an den Gymnasien. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen, dass dieses klare Meinungsbild keine Grundlage für einen Kursschwenk oder für Kompromissangebote vonseiten der SPD-Fraktion ist. Wir treffen keine Entscheidung an den Betroffenen vorbei.

(Beifall bei der SPD)

Ganz aktuell haben uns heute Flyer von der Vereinigung der Hamburger Schulleiterinnen und Schulleiter der Gymnasien und der Stadtteilschulen erreicht. Ich finde diese Flyer äußerst gelungen. Die Positionierung der Schulleiterinnen und Schulleiter ist ein eindeutiges Zeichen. Sie schreiben, dass sichergestellt ist, dass die Kinder ihr Abitur am Gymnasium nach acht Jahren machen können und an der Stadtteilschule nach neun. Diese Informationen sind wichtig für die Eltern in unserer Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Zudem haben uns die Schulkonferenzen der Gymnasien zum Teil sehr umfangreiche Stellungnahmen eingereicht. Aus diesen Stellungnahmen greift die CDU-Fraktion jetzt einige Aspekte heraus und macht daraus einen Antrag. Dieser Antrag ist aber kein neuer Antrag, sondern lediglich eine abgepeckte Version Ihres Antrags "Stärkung des Gymnasiums: Zehn-Punkte-Programm für eine qualitative Weiterentwicklung des G8". Gehen wir das ein-

(Lars Holster)

mal etwas genauer durch, Frau Prien, wie Sie es auch getan haben.

Die Hausaufgabenregelung haben wir in der letzten Sitzung intensiv besprochen. Das ist, glaube ich, ausreichend diskutiert. Bildungspläne verändern: Das ist bereits mit Ihrem Zehn-Punkte-Programm an den Schulausschuss überwiesen und wir werden uns in der nächsten Sitzung damit beschäftigen. Auch die Klassenwiederholung ist in Ihrem Zehn-Punkte-Programm enthalten; das haben wir überwiesen. Es wird in der nächsten Sitzung auf der Tagesordnung stehen. Zu "Fördern statt Wiederholen" haben Sie eine Große Anfrage geschrieben, wir werden also auch dazu Informationen bekommen. Die Durchlässigkeit,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Oh Gott!)

da haben wir sie wieder – erst von der CDU, dann von der FDP, jetzt wieder von der CDU oder andersherum; wir wissen es nicht so genau. Das ist auch überwiesen, wir diskutieren es im nächsten Schulausschuss.

Verwaltungskräfte an Schulen installieren, das ist überwiesen und wird Thema im nächsten Schulausschuss. Wir hatten dazu auch ein Ersuchen der SPD-Fraktion. Sozialpädagogen an Gymnasien, ein interessanter Punkt. Das machen wir auch im nächsten Schulausschuss. Herr Heintze ist nicht da, mal sehen, wie der Finanzierungsvorschlag von der CDU-Fraktion dazu aussieht. Und dann Elternwahlrecht unterstützen. Das finden wir in Ihrem zweiten Antrag wieder, wo Sie es auch reingeschrieben haben.

Meine Damen und Herren! Sie merken es: Dieser Antrag der CDU-Fraktion ist vollkommen überflüssig.

(Beifall bei der SPD)

Wichtiger ist es jetzt, dass wir, wie wir es in unserem Zusatzantrag fordern, einen Bericht über die Umsetzungsmaßnahmen zur Entlastung bei Hausaufgaben, Klausurverteilung und Wochenstundenzahl erhalten. Zudem muss an den Gymnasien weiterhin konkret der Unterricht verbessert werden; auch das ist übrigens den Stellungnahmen der Gymnasien zu entnehmen.

Ganz kurz zu Ihrem zweiten Antrag. Frau Prien, ich habe noch nicht so ganz verstanden, was die Unterstützung des Elternwahlrechts an der Grundschule damit zu tun hat, dass man nun wieder Notenzeugnisse in Jahrgang 3 einführen soll. Das müssen Sie mir noch einmal erklären.

(Karin Prien CDU: Ja!)

Das ist relativ unsinnig in unseren Augen.

(Beifall bei der SPD)

Alles zum Thema Lernentwicklungsgespräche haben wir ausreichend debattiert. Wir sind da anderer

Meinung. Diesen Antrag brauchen wir also auch nicht zu überweisen.

Meine Damen und Herren! Im Fokus dieses Meinungsbildes steht die deutliche Botschaft: keine Rückkehr zu G9 – die Schulleiter haben es noch einmal deutlich aufgeschrieben –, keine weiteren unnötigen Reformen. Das sollte unser gemeinsames Ziel für die Schulpolitik in unserer Stadt sein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Dr. von Berg von den GRÜNEN hat das Wort.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich möchte noch einmal etwas zu den Gesprächen mit der Initiative "G9-Jetzt-HH" sagen. Ich habe in der letzten Schulausschusssitzung gesagt, der Ball liege in unserem Feld, was Gesprächsangebote anbelange. Wir haben den Ball hinübergeschossen und da liegt er noch. Die Annahme wurde verweigert, er ist sozusagen im Aus. Wir sind, das möchte ich noch einmal deutlich sagen, zwar zu Gesprächen bereit, aber erst, wenn substantielle Kompromissvorschläge seitens der Initiative kommen.

Nun aber zu den CDU-Anträgen an sich. Was ist denn das für ein Rundumschlag? Herr Holster hat es schon gesagt. Was ist das für ein Rollback? Ich frage mich, ob die CDU eigentlich noch einen bildungspolitischen Kompass hat.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Ja, haben sie!)

Ich will das auch gerne ausführen. Ich erinnere an die letzte Legislaturperiode. In der letzten Legislaturperiode wurden die verpflichtenden Noten in Klasse 3 zu Recht abgeschafft,

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

"Fördern statt Wiederholen" eingeführt und das strukturierte Sitzenbleiben abgeschafft. In der letzten Legislaturperiode waren die Bildungspläne, die jetzt gültig sind, maßgeblich auf den Weg gebracht. Das sind alles Dinge, von denen sich die CDU jetzt wieder verabschieden will. Das verstehe ich nicht. Außerdem wurde, maßgeblich auch von der CDU, das Zwei-Säulen-Modell eingeführt. Das soll jetzt löchrig werden wie ein Käse, und zwar one way vom Gymnasium zur Stadtteilschule. Die CDU hat vor mehr als zehn Jahren G8 eingeführt, ist jetzt aber nicht bereit, die Konsequenzen zu tragen und Entlastungen für die Kinder in unserer Stadt zu gestatten. Das meine ich, wenn ich sage, die CDU habe ihren bildungspolitischen Kompass komplett verloren.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

(Dr. Stefanie von Berg)

Zu dem zweiten Antrag und zu dem, was diese Schulwahlunterstützung anbelangt. Zeugnisnoten sind subjektiv, das wissen wir alle. Dazu muss man nicht Lehrer oder Lehrerin sein. Und was heißt denn Deutsch 3?

(Olaf Ohlsen CDU: Befriedigend!)

Was kann das Kind, was kann es nicht?

Die Eltern haben es mittlerweile verstanden, dass Noten nicht aussagekräftig sind. Wir haben gerade letzte Woche eine Schriftliche Kleine Anfrage bekommen, in der steht, dass zwei Drittel aller Eltern der Schülerinnen und Schüler in Klasse 3 diese Noten ablehnen und sich ganz alleine auf die Lernentwicklungsberichte verlassen. Die Eltern haben das verstanden, die CDU noch nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Und was soll ein Leitfaden zu den Anforderungen an den Gymnasien bewirken? Glauben Sie nicht, dass die Eltern genau wissen, was im Gymnasium auf ihre Kinder wartet oder auch nicht. Ich bin mir sicher, Sie wissen das ganz genau.

Zum Thema Diagnostik und ob ein Kind für das Gymnasium geeignet ist: Ich gehe mit meinem Kind zum Arzt und lasse eine Diagnostik zum Husten machen, aber ich lasse mein Kind nicht diagnostizieren, um zu sehen, ob es für das Gymnasium geeignet ist. Das ist wirklich eine pädagogische Rumpelkiste.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das Fazit kann nur sein, dass wir Entlastung für die Kinder brauchen. Wir haben eine Fürsorgepflicht bezüglich der Hausaufgaben, Klausuren und Wochenstunden. Die Bildungspläne sind kompetenzorientiert, das heißt, wir haben exemplarische Inhalte. Wenn einige Gymnasien immer noch stofforientiert unterrichten, dann ist es ein Problem der Schule und der Unterrichtsentwicklung, aber nicht der Politik. Sitzenbleiben muss eine Ausnahme bleiben, und die Verfahren sind transparent genug. Die Durchlässigkeit – das haben wir hinlänglich debattiert – geht sowieso nur in eine Richtung, da brauchen wir nicht noch weiterzudrehen. Wir brauchen nach wie vor Lernentwicklungsberichte, wir brauchen das zweite Lernentwicklungsgespräch, und die KERMIT-Ergebnisse sind wunderbar geeignet, um den Eltern verlässliche Beratungen anzubieten.

Als Letztes noch, an den Senat adressiert: Wir GRÜNE fordern nach wie vor eine viel offensivere Schul- und Unterrichtsentwicklung. Da ist wirklich seit der letzten Legislaturperiode vieles auf der Strecke geblieben. Wenn die Unterrichtsqualität und die Fortbildung wieder besser werden, dann werden wir diese Probleme auch nicht mehr haben. Deswegen lehnen wir diese Anträge ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau von Treuenfels von der FDP-Fraktion.

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Da jeder die Gelegenheit nutzt, noch einmal einen kleinen Schlenker zur Intensität der Gespräche mit der Volksinitiative zu machen, gibt es auch ein Wort von uns dazu. Ich finde es immer interessant zu hören, wie sowohl die GRÜNEN als auch die CDU sich so ein bisschen wenden und drehen und eigentlich Angst vor einem Volksentscheid haben. Sie wollen das nicht richtig zugeben und fragen, warum denn die anderen nicht mit einem Vorschlag auf sie zukämen, denn der Ball liege doch bei ihnen. Was für ein Vorschlag soll das denn sein, auf was wollen Sie denn da wirklich eingehen? Das ist die entscheidende Frage. Wenn die wirklich mit einem Vorschlag kämen, würden Sie dann auch wieder an Ihren Aussagen rütteln, dass es keine Schulstrukturreform geben sollte? Es ist eine interessante Idee, dass Sie immer mit Bällen hin und her spielen. Ich war selbst früher, wie Sie wissen, in einer Volksinitiative, und ich würde nur darüber lachen; jetzt zurück zu Ihrem Antrag.

(Beifall bei der FDP und bei Dr. Walter Scheuerl fraktionslos)

Das Votum der Schulkonferenzen, das wurde schon klar gesagt, war wirklich eindeutig. Die Gymnasien lehnen die Rückkehr zu G9 so wie wir mit großer Mehrheit ab. Herr Senator Rabe, damit haben die Schulkonferenzen und die Gymnasien aber keineswegs aussagen wollen, dass beim derzeitigen Hamburger G8 alles zum Besten steht. Ganz im Gegenteil, die Stellungnahmen lesen sich wie eine Art Arbeitsauftrag an die Politik, die Probleme endlich einmal anzugehen. Und es sind ganz konkrete Arbeitsaufträge an Sie, Herr Senator Rabe, denn diese große Unzufriedenheit mit der aktuellen Situation rührt auch daher, dass viele Probleme von Ihnen liegen gelassen wurden.

Meine Fraktion hat sich, wahrscheinlich genau wie die CDU, vor allem aus einem Grund mit den Vorschlägen der Schulkonferenzen wirklich bestätigt gesehen. Darin findet sich vieles, was die FDP-Fraktion in den vergangenen drei Jahren in ihren Anträgen gefordert hat – von der Durchlässigkeit über die Wiedereinführung der Klassenwiederholung bis hin zur Verstärkung von Verwaltungspersonal an den Schulen. Ich wundere mich, Herr Holster, dass Sie sagen, dies sei überflüssig und wir würden daraus Anträge basteln. Ich würde mich an Ihrer Stelle wundern, denn wir haben das schon vorher gefordert, und die Schulkonferenzen fordern es auch. Ich würde mir ein bisschen Gedanken darüber machen, warum das so zusammenpasst und warum man jetzt nicht langsam,

(Anna-Elisabeth von Treuenfels)

aber sicher auch einmal diesen Weg gehen sollte. Die Fraktionen fordern es, die Schulkonferenzen fordern es – auf geht's, machen Sie es einfach.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl fraktionslos*)

Die CDU greift diese Vorschläge auf. Wer nun der Erste war und wer welchen Antrag gestellt hat, ist langsam aber sicher egal. Über die Durchlässigkeit haben wir bereits in der letzten Bürgerschaftssitzung ausführlich debattiert. Warum die CDU unserem Antrag nicht so richtig zugestimmt hat und welche andere Regelung ihr da vorschwebt, das verstehe, wer will. Aber zumindest in der Zielrichtung stimmen wir überein.

Gleiches gilt für die Wiedereinführung der Klassenwiederholung. Im Grundsatz Zustimmung, aber – und das möchte ich noch einmal betonen – wir möchten keine Regelung, die zurück in die Steinzeit führt. Im Gegenteil, wir möchten eine Regelung – das haben wir schon einmal sehr deutlich gemacht –, die die Eltern und vor allem die betroffenen Schüler ernst nimmt, sie einbezieht und an der Entscheidung beteiligt. Das ist ein Unterschied.

Dass die Klassenwiederholung an sich ein wichtiges Instrument ist, zeigt auch die Auswertung der Lernförderung, die Senator Rabe am Montag vorgestellt hat. Die Qualität der Angebote ist nach wie vor fraglich und der nachhaltige Effekt ungewiss, denn eine Evaluation hierzu findet nicht statt. Man fragt sich, warum eigentlich? Dabei ist doch gerade sie angesichts der Kosten von 11 Millionen Euro dringend notwendig.

Mit ihrer Forderung nach einer Überarbeitung der Bildungspläne scheint die CDU allerdings die eierlegende Wollmilchsau zu suchen. Die Bildungspläne sollen verschlankt werden, gleichzeitig soll das Niveau aber nicht weiter abgesenkt werden. Ich frage mich, wie das zum einen funktionieren soll und zum anderen, wie denn die jetzt schon ausgedünnten Bildungspläne immer noch dünner und dünner gemacht werden sollen? Es gibt hier augenscheinlich viel eher ein Umsetzungsproblem. Statt einer weiteren Verschlinkung braucht es viel mehr konkrete Vorgaben in den Bildungsplänen und eine bessere Hilfestellung für die Gymnasien bei der Umsetzung.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl fraktionslos*)

Auch die FDP-Fraktion wünscht sich eine bessere Beratung bei der Wahl einer weiterführenden Schule. Der Antrag der CDU ist in diesen Punkten aber halbherzig. Zwischen den Zeilen steht – ich denke, das kann man ziemlich deutlich herauslesen –, dass Sie das Elternwahlrecht doch gern einschränken wollen. Erklären Sie mir bitte das Gegenteil. Aber ich habe den Eindruck, Sie trauen sich das vielleicht nicht so richtig, denn diese Forderung – ich weiß nicht, ob Sie sie nun ausgespro-

chen haben oder nicht –, wurde doch schon einmal über die Presse zugespielt. Ich glaube, da wollte man an den Gymnasien Zusatzprüfungen einführen. Ich habe den Eindruck, jetzt versuchen Sie es durch die Hintertür, nämlich durch eine größtmögliche Abschreckung. Mit dem Leitfaden und vor allem einem diagnostischen Verfahren möchten Sie genau das erreichen.

Was soll denn die Konsequenz aus einem solchen diagnostischen Verfahren sein? Eltern, die ihr Elternwahlrecht – was wir alle wollen – in Anspruch nehmen möchten, sollen dann mit dem diagnostischen Verfahren zur Räsion gebracht werden. Sie möchten durch die Hintertür das Elternwahlrecht einschränken, sagen Sie es doch einfach. Und was erreichen Sie damit? Das ist das, was ich so prekär finde, denn Sie werten auf eine bestimmte Art und Weise die Stadtteilschule damit auch ein bisschen ab. Dem Kind wird nämlich gesagt, es sei nicht gut genug für das Gymnasium, es solle lieber in die Stadtteilschule gehen. Das ist dann die Diagnose, und das finde ich etwas abwertend.

Stattdessen wäre es doch viel sinnvoller, wenn den Eltern in den Beratungsgesprächen die Stärken und die Vorteile der Stadtteilschule aufgezeigt würden. Das würde ich als positiv verkaufen und für sinnvoller für alle Beteiligten halten.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl fraktionslos*)

Auch wenn wir in den Details unterschiedliche Ansichten haben – und so soll es auch sein –, wäre es doch nun endlich an der Zeit, werte Kollegen von der SPD und Herr Senator Rabe, die Anregungen aus der Praxis endlich einmal ernst zu nehmen. Auch wenn sich die Fraktionen gemeinsam gegen eine Schulstrukturreform aussprechen, heißt das nicht, dass alles so bleiben kann wie es ist, im Gegenteil. Über Verbesserungen beim G8 müssen wir dringend sprechen, ganz im Sinne der Stellungnahmen der Schulkonferenzen und im Sinne dessen, was wir Ihnen sagen.

Deshalb stimmt meine Fraktion einer Überweisung dieses Antrags an den Schulausschuss zu. Wir hoffen, dass wir sie da auch wirklich debattieren können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl fraktionslos*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heyenn von der Fraktion DIE LINKE.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir beraten über drei vorliegende Anträge, und Frau Prien hat angefangen mit einem Hinweis auf das Volksbegehren. Sie sagte dann, die Zeit der taktischen Spielchen sei vorbei. Aber nicht für die CDU, habe ich den Eindruck. Wenn Sie nämlich die Antworten der

(Dora Heyenn)

60 staatlichen und 11 privaten Gymnasien der Schulkonferenzen lesen, dann sehen Sie, dass diese der SPD sagen, sie solle sich nicht herausuchen, was ihr passe; aber genau das tun Sie. Genau an der Stelle nämlich, wo aus den Schulen zurückkommt, dass es toll wäre, wenn es Zugangsbeschränkungen für das Gymnasium, wenn es Notenschwellen und Prüfungen gäbe, erinnern Sie sich dunkel daran, dass Sie einmal an der Speerspitze einer Bewegung waren, die gegen die Primarschule war. Und da fällt Ihnen plötzlich wieder ein, dass doch der Elternwille dagegen stehe. Dann sagen Sie, das gehe nicht. Auch Sie picken sich nur das heraus, was Ihnen gefällt, und das sind Spielchen und nichts anderes.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Die Interpretation der Antworten und Rückmeldungen aus den Schulen ist wirklich abenteuerlich. Man könnte auch sagen, Sie verfahren nach dem Motto: Die Geister, die ich rief, oh Gott, ich werde sie nicht mehr los, was mache ich jetzt?

Und wenn Sie, Frau von Berg, sagen, wir aus dem Schulausschuss hätten der Initiative einen Ball hinübergeschossen, dann kann ich nur sagen, dass wir gar keinen Ball hatten.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Da war auch keine Luft drin!)

Wir hatten auch überhaupt kein Gesprächsangebot, wir wussten gar nicht, worüber wir reden sollten. Von daher ist natürlich die Antwort der Initiative, dass sie ein Gespräch nicht annehme, weil sie gar nicht wisse, worüber man reden solle, nur konsequent. Da muss man nicht die Initiative beschimpfen, das bringt gar nichts.

(Beifall bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP* und *Dr. Walter Scheuerl fraktionslos*)

Ich wollte mich gern auf den Antrag "Eltern bei der Schulwahl stärker unterstützen" beziehen. Im ersten Absatz bekräftigt die CDU noch einmal sehr stark, dass der Elternwille doch erhalten bleiben müsse. Sie waren die Speerspitze damals, insbesondere Sie, Frau Prien, für die Abschaffung der Primarschule und dafür, dass nach der vierten Klasse alle Eltern entscheiden können, ob ihr Kind auf das Gymnasium kommt oder nicht. Und dann kommt ein Zurück in die Steinzeit, wie Frau von Treuenfels sagte. Ich selbst hätte es gar nicht so hart ausgedrückt, da haben Sie mich echt getoppt, ich hätte gesagt, 19. Jahrhundert, aber Steinzeit trifft es besser, da haben Sie wirklich recht. Ich lese einmal diesen Satz vor, der im zweiten Absatz dieses Antrags steht. Da schreibt die CDU – ich zitiere –:

"Die Stadtteilschulen als noch junge Schulform haben die Aufgabe, Schülerinnen und Schüler mit sehr unterschiedlichem Leis-

tungsvermögen und Ausgangsvoraussetzungen individuell auf den jeweils bestmöglichen Abschluss vorzubereiten."

Ich frage: Die Gymnasien nicht? Das kann doch wohl nicht angehen, das ist doch wohl nicht wahr.

Und dann geht es weiter:

"Zudem stehen sie vor der Herausforderung, eine zunehmende Zahl von Inklusionskindern zu beschulen [...]."

Die Gymnasien nicht? Wo sind wir hier eigentlich? Elitärer geht es bald gar nicht mehr.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Dann kommt der Gipfel. Zu den Gymnasien schreiben Sie:

"Sie [die Gymnasien] wollen und sollen keine Schulform für alle sein."

Das hätten Sie beim Volksentscheid einmal den Eltern erzählen sollen, die Sie alle gelockt haben zu unterschreiben. Sie haben einen völlig anderen Eindruck erweckt, nämlich dass alle zum Gymnasium gehen können. Und jetzt müssen sie auch vom Gymnasium individuell und sorgsam beschult werden und nichts anderes.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Jetzt kommen wir zu Ihren vier Forderungen. Es wurde schon gesagt, dass bei den Zeugnissen die Noten nicht immer das sind, was das Leistungsvermögen eines Kindes zeigt, denn auch Lehrer sind nur Menschen, das habe ich jedenfalls mal gehört. Sie können sich auch irren, und viele irren sich, ich nehme auch mich überhaupt nicht aus. Noten sind darüber hinaus natürlich auch ein unglaubliches Druckmittel. Die Schülerinnen und Schüler in der heutigen Schule haben schon so viel Druck, und deshalb bin ich heilfroh, dass wir es geschafft haben, in ganz bestimmten Jahrgängen keine Notenzeugnisse zu geben. Das wollen Sie wieder zurückdrehen, und das nenne ich Steinzeit.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Dann wird es abenteuerlich. Auf der einen Seite wollen Sie die selbstverantwortete Schule stärken, aber jetzt wollen Sie allen Ernstes, nachdem wir dies vor einigen Monaten aus dem Schulgesetz herausgestrichen haben, wiederum zwei verbindliche Lernentwicklungsgespräche hineinschreiben. Aber es ist gegen unsere Stimmen so geändert worden – weil wir es total albern finden –, dass es mindestens ein Lernentwicklungsgespräch geben muss. Das heißt, die Schulen können selbst entscheiden, ob sie ein zweites haben wollen. Dann muss man es doch nicht wieder hineinschreiben. Das ist doch auch selbstverantwortete Schule, das

(Dora Heyenn)

muss man nicht noch extra von oben verordnen, da widersprechen Sie sich komplett.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Wenn da steht, der Senat werde ersucht, einen Leitfaden mit Hinweisen auf die im gymnasialen Bildungsgang zu erwartenden Kenntnisse, Kompetenzen und Haltungen für das Beratungsgespräch zum Zeugnis vor der Anmelderunde zu entwickeln, dann heißt das doch nichts anderes, als dass Eltern abgeschreckt werden sollen, ihr Kind auf das Gymnasium zu schicken.

Dann wollen Sie ein diagnostisches Verfahren, und das sieht dann folgendermaßen aus. Es sollen diagnostische Verfahren für die Eltern angeboten werden, deren Kinder keine Gymnasialempfehlung bekommen. Das heißt, sie bekommen einen Brief. Dann können sie sich in der Schule zurückmelden und sagen, sie nehmen das diagnostische Verfahren für ihr Kind an. Das ist eine doppelte und dreifache Diskriminierung von Kindern, die keine Gymnasialempfehlung haben, und das bei der Tatsache, dass 40 Prozent der Gymnasialempfehlungen falsch sind. Das ist Steinzeit.

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei der SPD und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt der fraktionslose Abgeordnete Dr. Scheuerl.

Dr. Walter Scheuerl fraktionslos:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Da alle noch kurz etwas zur G9-Initiative gesagt haben, will ich das auch tun. Haben Sie doch nicht solche Angst und pfeifen Sie nicht so laut im Wald, warten Sie doch einfach das Volksbegehren ab.

(*Wolfgang Rose SPD:* Hier hat keiner Angst!)

Ein Volksbegehren ist eine urdemokratische Angelegenheit, das steht in unserer Verfassung. Die Initiatoren haben die Arbeit, die Menschen werden befragt, die Menschen, die Sie auch im nächsten Februar teilweise wiederwählen sollen. Das Ganze ist Basisdemokratie nach der hamburgischen Verfassung, warten wir doch einmal das Ergebnis ab.

Ich will noch einmal Frau Dr. von Berg ansprechen. Frau Dr. von Berg, wir diskutieren in der Tat drei Anträge, zwei davon von der CDU. Ich muss Ihnen in Ihrer Analyse völlig zustimmen, wenn Sie sagen, dass die CDU – sehen Sie mir das nach, meine ehemaligen Fraktionskollegen – im Moment ihren Kompass in der Bildungspolitik verloren hat. Ich will das zu den Anträgen anhand von drei Details ansprechen.

Der erste Punkt – Frau Heyenn, Sie haben das auch zu Recht kritisiert: In der Begründung des einen Antrags ist zu lesen, das Gymnasium wolle und solle keine Schule für alle sein. Das ist grundfalsch. Das Gymnasium – und dafür haben wir uns damals beim Volksentscheid gegen die Primarschulpläne eingesetzt – ist selbstverständlich eine Schule für alle Kinder und Jugendlichen, aus allen Stadtteilen, aus allen Einkommensschichten, aus allen sozialen Gruppen und aus allen Familien unter der Voraussetzung, dass die Kinder leistungsbereit, arbeitsbereit und leistungsfähig sind und eine allgemeine Hochschulreife anstreben. Das ist eine inhaltliche Voraussetzung für das Gymnasium, aber bitte schön für alle Kinder und Jugendlichen dieser Stadt. Es mag eine ungeschickte Begründung in der Formulierung sein, aber ich denke, so etwas sollte in Bürgerschaftsdrucksachen nicht passieren.

Noch wichtiger ist mir ein anderer Punkt in dem Antrag zur Frage der Stärkung der G8-Gymnasien. Frau Prien und liebe CDU-Fraktion, wir stärken die Gymnasien sicherlich nicht dadurch, dass wir beantragen, dass der Senat die Bildungspläne, wie es hier zu lesen ist, unter Einbeziehung der Rückmeldung von Ausbildungsbetrieben reduziert und konzentriert auf den wichtigen und zeitgemäßen Stoff. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Das Gymnasium ist vom Bildungsauftrag im Schulgesetz her die Schulform, die von Anfang an, ab Klasse 5 bis zum Abitur, zur allgemeinen Hochschulreife führen soll. Ich kann doch nicht die Bildungspläne am Gymnasium, das auf die allgemeine Hochschulreife, auf das Studium in einem beliebigen Fach vorbereiten soll, daran ausrichten, was Ausbildungsbetriebe für ihre Auszubildenden nach Klasse 10 vielleicht als sinnvolle und zweckmäßige Anregungen begreifen. Das wäre eine Verneinung des Bildungsauftrags der Gymnasien.

Die Anregungen von Ausbildungsbetrieben haben sicherlich ihre Rechtfertigung, wenn es darum geht, sich einmal die Bildungspläne der Stadtteilschulen anzuschauen, wenn dort zum Beispiel auf den mittleren Schulabschluss, den Realschulabschluss oder den Hauptschulabschluss, den ersten Bildungsabschluss, vorbereitet wird. Aber in einer Schulform, die von Gesetzes wegen auf die allgemeine Hochschulreife auszurichten ist und ausgerichtet ist, haben die Anregungen und Wünsche von Ausbildungsbetrieben reichlich wenig zu tun.

Wichtig und richtig ist selbstverständlich noch der Antrag auf Einführung der Möglichkeit der Klassenwiederholung, des Sitzenbleibens als pädagogische Maßnahme der Zeugniskonferenz, denn wir haben gerade in der letzten Woche die Zahlen dazu gehört. Wenn 593 Zehntklässler am Gymnasium im Halbjahreszeugnis eine Versetzungsverwarnung bekommen haben, dann bedeutet das, dass fast jeder Zehnte, der bis dorthin am Gymnasium hochgeschoben worden ist, zwanghaft aufrücken

(Dr. Walter Scheuerl)

musste, nach Einschätzung der Zeugniskonferenz in der zehnten Klasse im Prinzip ohne vernünftige Schulbildung dasteht und voraussichtlich nicht versetzt wird. Das heißt, diese Kinder und Jugendlichen sind pädagogisch falsch hochgeschoben worden. Denen hätte man zwischendurch die Möglichkeit geben müssen, ihren Lernstoff zu konsolidieren und auch ein Jahr zu wiederholen. – Vielen Dank.

(Beifall bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Prien von der CDU-Fraktion.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nur noch ein paar wenige Bemerkungen. Herr Holster, Sie haben recht, die meisten Forderungen, die Sie heute in unserem Antrag wiedergefunden haben, haben wir tatsächlich schon im vergangenen Herbst gestellt. Das sollte Ihnen doch zu denken geben. Wir haben die Forderungen gestellt, und die Schulkonferenzen teilen sie mit uns. Deshalb ist es richtig, sie nochmals aufzustellen, und deshalb müssen Sie sich auch damit auseinandersetzen.

(Beifall bei *Robert Heinemann CDU*)

Der CDU ein Rollback zu unterstellen, ist schon eine ziemliche Kahlheit. Tatsache ist, Frau von Berg, dass man in der Politik auch in der Lage sein muss, falsche Weichenstellungen zurückzudrehen. Und das Meiste von dem, was wir heute fordern und was Sie jetzt kritisieren, wollten Sie, und wir haben es mitgetragen. Davon war eben manches ein Fehler, diese Fehler korrigieren wir jetzt, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Im Übrigen ist es schon sehr lustig, Frau Heyenn und auch Frau von Treuenfels, dass Sie sich heute, anstatt sich mit unseren Anträgen auseinanderzusetzen, in interessanter Interpretation von Dingen, die nicht in den Anträgen stehen, versucht haben.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Ich habe sie sogar zitiert!)

Ihre Überlegung darüber war schon sehr anregend, was wir uns wohl gedacht haben könnten, was nicht in den Anträgen steht und was wir trotzdem gemeint haben. Tun Sie mir den Gefallen und beschäftigen Sie sich mit dem, was wir beantragen und nicht mit dem, was Sie meinen, was ich vielleicht gedacht haben könnte.

Ich komme zu dem sehr viel ernsthafteren Punkt, nämlich dass Lehrer sich irren können. Lehrer können sich irren und Politiker tun es auch gelegentlich, aber sie irren sich eben nicht nur bei der No-

tenvergabe, sondern auch bei den Berichtszeugnissen. Die Verwendung von Textbausteinen in den Berichtszeugnissen ist oft auch nicht zielführend und verwirrend für Eltern. Für mehr Klarheit ist es aber wichtig, dass man den Eltern beides an die Hand gibt. Das hat mit Steinzeit überhaupt nichts zu tun, das ist ein Totschlagargument, führt aber in Wahrheit zu gar nichts. Es geht nicht darum, die Eltern abzuschrecken,

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Doch, natürlich! Darum geht's!)

es geht darum, den Eltern eine realistische Einschätzung der Leistungsfähigkeit und des Entwicklungsstandes ihrer Kinder an die Hand zu geben. Ich kann einfach nicht nachvollziehen, dass das kritisiert wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt der Senator Rabe.

Senator Ties Rabe: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur vier Thesen kurz ergänzen. Die erste These: Das Gymnasium in Hamburg ist eine ausgesprochen erfolgreiche Schulform. Die Anmeldungen steigen, die Abiturquoten steigen, und sowohl internationale als nationale als auch Hamburger Studien bestätigen, dass die Schülerinnen und Schüler in der Leistung zulegen.

(Beifall bei der SPD)

Und weil das so ist und weil das Gymnasium so viel Anerkennung, aber auch so viel Erfolg hat, sollten wir mit all unseren Reformideen sehr behutsam sein. Diese Behutsamkeit finde ich wichtig. Natürlich kann man Schulen besser machen und sich dabei insbesondere die Organisation einer Schule ansehen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Scheuerl?

Senator Ties Rabe: Natürlich.

Dr. Walter Scheuerl fraktionslos:* Vielen Dank.

Herr Senator Rabe, Sie haben gerade gesagt, es gäbe nationale und internationale Studien, die belegen würden, dass die Leistungen an den Hamburger Gymnasien zulegen würden. Können Sie uns hier und jetzt eine nationale und eine internationale Studie dieser Art nennen?

(*Sören Schumacher SPD:* Wir sind hier doch nicht bei "Wer wird Millionär?!")

Senator Ties Rabe (fortfahrend): Die PISA-Studien sind zweifellos internationale Studien, wenn ich es richtig sehe. Und vor Kurzem habe ich selbst noch als Kultusminister die IQB-Studie des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen in der Humboldt-Universität vorgestellt. Sie können die Ergebnisse gern nachlesen.

(Beifall bei der SPD)

Die zweite These: Wenn das so ist, dann sollten wir mit Reformen behutsam sein. Wir haben jetzt etwas vorgeschlagen, was diese Behutsamkeit erfüllt. Bei den Klausuren gab es schon immer die Vorgabe, zwei Klausuren pro Woche und nicht mehr. Das steht in jedem Bildungsplan. Es wurde nur nicht überall eingehalten, deswegen wollen wir das jetzt verbindlich regeln. Auch bei den Unterrichtsstunden gibt es klare Vorgaben. Wir weisen nur so viele Lehrer zu, dass diese Unterrichtsstundenzahl möglich ist. Von daher ist das im Kern gar nichts Neues, hier wird von uns behutsam das, was sowieso da sein sollte, was aber in der Vielfalt des Hamburger Schulsystems vielleicht hin und wieder verloren geht, nur noch einmal verbindlich geregelt. Das finde ich durchaus vernünftig, weil wir behutsam bei der Schulqualität ansetzen, aber nicht alles umstürzen.

Nun zur These 3: Darüber mache ich mir Sorgen. Wir haben, seit wir über das Volksbegehren diskutieren, den dritten, vierten oder fünften CDU-Antrag zu immer demselben Thema, und zwar nicht nur von der CDU. Und jedes Mal haben diese Anträge zum Kern, die gesamte gymnasiale Schulwelt komplett neu zu erfinden. Was lese ich da nicht alles. Vor Kurzem wollten Sie das Wahlrecht G8 und G9 an den Gymnasien einführen. Es stand sogar im "Hamburger Abendblatt" mit einer großen Mitteilung, dass Sie das gern machen würden. Sie waren nicht die einzige Fraktion, aber Sie waren eine davon. Dann habe ich gehört, wir sollten alle Schulen zu voll gebundenen Ganztagschulen machen. Dann höre ich jetzt von der CDU, dass es mehr Geld und mehr Stellen geben müsse. Es ist übrigens sehr spannend, dass bei dieser Debatte Herr Heintze nicht anwesend ist.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Da ist er doch!)

– Ach, da ist er, Entschuldigung. Dann freue ich mich, Herr Heintze.

Ob Sie dabei zugehört haben, wäre schon eine Frage. Ihre Kollegin hat gerade 120 weitere Stellen für die Gymnasien gefordert, jeweils einen Verwaltungsleiter und jeweils noch einen Sozialpädagogen. Ich frage mich schon, wo die 10 Millionen Euro herkommen. Erst wird groß über Sparen geredet, und dann wird plötzlich eine Debatte später alles vergessen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss, wir haben es gehört: Sitzenbleiben wieder einführen oder doch nicht, Noten in der Grundschule. Ich darf daran erinnern – Herr Scheuerl war dabei und auch Herr Heinemann, Entschuldigung, es war Herr Freistedt, jetzt bin ich auch ehrlich –,

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Das erste Mal, es sei Ihnen gegönnt!)

dass bei unseren Schulkonsensgesprächen genau der Kompromiss war, in Klasse 3 das zu ermöglichen, was heute gilt. Deswegen sage ich ganz offen: Wenn eine Schulform richtig funktioniert – und damit komme ich zu These 4 –, dann sollten wir uns jetzt nicht wie wild mit Ideen überschlagen, jeden Tag eine neue Idee durchs Dorf treiben und diese Schulform und alle ihre Anhänger vollkommen verunsichern. Ich bitte die CDU dringend, wenn Sie weiterhin das Bedürfnis haben, Ihre Fehler von früher zu korrigieren, dann tun Sie das nicht hier am Beispiel des Gymnasiums, geben Sie sich ein bildungspolitisches Programm oder Ähnliches. Aber uns während dieser Zeit des Volksbegehrens in jeder Bürgerschaftsdebatte mit Änderungsideen zu überfluten, wird der Sache und der Leistung der Hamburger Gymnasien nicht gerecht. Meine Bitte: Halten Sie mal die Füße still und bleiben Sie cool. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, können wir zur Abstimmung kommen.

Wer zunächst einer Überweisung der Drucksachen 20/11991 und 20/12017 sowie 20/12326 an den Schulausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt.

Ich lasse über die Anträge in der Sache abstimmen. Wir beginnen mit dem Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 20/12017. Diesen möchten die Fraktionen der GRÜNEN und der FDP ziffernweise abstimmen lassen.

Wer sodann die Ziffern 1, 5 und 8 des CDU-Antrags aus der Drucksache 20/12017 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer Ziffer 2 folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 2 ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer sich Ziffer 3 anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ziffer 3 ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer den Ziffern 4 und 6 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe.

(Vizepräsidentin Barbara Duden)

be. – Enthaltungen? – Auch die Ziffern 4 und 6 sind mit Mehrheit abgelehnt.

Wer die Ziffer 7 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 7 ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer dann dem SPD-Antrag aus der Drucksache 20/12326 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Mit Mehrheit angenommen.

Schließlich zum Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 20/11991. Hier möchte die FDP-Fraktion Ziffer 1 separat abstimmen lassen.

Wer also zunächst der Ziffer 1 des CDU-Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ziffer 1 ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer dann noch den Ziffern 2 und 3 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch die Ziffern 2 und 3 sind mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zu den Punkten 66 und 68 der heutigen Tagesordnung, den Drucksachen 20/12189 und 20/12191, Antrag der GRÜNEN Fraktion: CSD 2014 – Hamburgs Polizei zeigt Flagge mit dem Antrag der GRÜNEN Fraktion: Auch Hamburg braucht einen Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie.

Zur Drucksache 20/12189 liegt Ihnen als Drucksache 20/12307 ein Antrag der FDP-Fraktion vor.

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
CSD 2014 – Hamburgs Polizei zeigt Flagge
– Drs 20/12189 –]**

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Erfassung von Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung in der polizeilichen Kriminalstatistik
– Drs 20/12307 –]**

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Auch Hamburg braucht einen Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie
– Drs 20/12191 –]**

Die SPD-Fraktion möchte die Drucksachen 20/12189 und 20/12307 an den Innenausschuss sowie die Drucksache 20/12191 an den Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Müller von der GRÜNEN Fraktion.

Farid Müller GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Am 31. Juli 2013 kam es zum ersten Anschlag auf das Lesben- und Schwulen-

zentrum Magnus Hirschfeld in Hamburg-Winterhude seit seiner Errichtung. Die Polizei geht von einem homophoben Tatmotiv aus. Darüber hinaus gab es im Umfeld des Christopher Street Day 2013 mehrere Überfälle mit schweren Körperverletzungen auf mutmaßlich lesbische, schwule und transsexuelle Hamburgerinnen und Hamburger. Das hat natürlich in der Öffentlichkeit und bei den Betroffenen zu erheblicher Unruhe und Verunsicherung geführt, weshalb wir heute, einen Monat vor dem Christopher Street Day 2014, dieses Thema und auch die Frage, wie man damit politisch umgeht, auf die Tagesordnung setzen.

Ein anderes Thema, das aber den gleichen Hintergrund hat, ist uns vor ein paar Wochen vom NDR verkündet worden. Tatsächlich gibt es auch in dieser Stadt Ärzte, die Menschen mit einer anderen sexuellen Neigung für krank befinden und ihnen Therapien anbieten. Der große Skandal ist nicht, dass das geschieht, sondern dass die Kosten dafür auch noch von den Kassen übernommen werden. Einer der Wortführer dieser Ärztinnen und Ärzte ist Herr Dr. Gero Winkelmann, Vorsitzender des Bundes katholischer Ärzte, die ein sehr ausgeklügeltes System für diese Art von Heilung entwickelt haben, damit Kassen das selbstverständlich bezahlen. Was ihn da bewegt, hat er sehr deutlich öffentlich gesagt. Er sieht in Homosexuellen Leute, die eine "schwere Last" tragen und will ihnen diese Last nehmen, damit sie nicht mehr unter Druck stehen, sich "sexuell so benehmen" zu müssen. Er hat noch andere Dinge gesagt, die ich hier aus Rücksicht lieber nicht über das Mikrofon verbreiten möchte. Aber das zeigt, dass Homophobie nicht nur in körperlicher Gewalt ausartet, sondern dass sie bereits bei solcher Geisteshaltung anfängt und bei solchen Angeboten an Eltern, die ihre Kinder gern "heilen" lassen möchten.

Nun kann man fragen, was da los ist. Wir haben doch eine wachsende Akzeptanz seit Jahren. Es gibt fast die rechtliche Gleichstellung, es gibt ein Antidiskriminierungsgesetz, es gibt tatsächlich mehr Sichtbarkeit von lesbisch/schwulem Leben. Wie ist dieses Paradoxon aufzulösen, dass es gleichzeitig Hass und Gewalt gibt? Die ersten Erklärungen gehen dahin, dass gerade diese neue Sichtbarkeit durch steigende Akzeptanz die Radikalisierung der Ablehnung hervorruft bei einer Minderheit, aber immerhin eine Minderheit, die durchaus sehr viel Schaden anrichten kann.

Wir haben deswegen zwei Vorschläge gemacht, wie man dieser Problematik begegnen könnte, denn ich glaube, niemand in diesem Haus möchte, dass sich Dinge, wie wir sie voriges Jahr in Hamburg erleben mussten, wiederholen. Deswegen haben wir einen Antrag eingebracht, der einerseits davon handelt, was vonseiten der Polizei geschehen könnte, und der andererseits die Verunsicherung der Community aufnimmt. Wir schlagen vor, dass die Polizei als Zeichen, dass wir an ihrer Sei-

(Farid Müller)

te stehen, zum CSD flaggt. Wir werfen aber auch die Frage auf, ob die Ansprechpartner für Lesben und Schwule ausreichend stark gestützt sind, ob die Erfassung in der Statistik für die politisch motivierte Kriminalität, abgekürzt PMK, in Hamburg sinnvoll ist oder ob man es ähnlich wie in Berlin machen sollte. Natürlich muss man auch darüber reden, wie alles zusammen zu einem besseren Konzept werden kann, damit Polizei und sexuelle Minderheiten in dieser Stadt dieses Problem auf dieser Ebene besser in den Griff bekommen.

Wir wollen aber nicht nur in Bezug auf Symptome Vorschläge machen, sondern wir haben auch einen Vorschlag gemacht, wie man die Ursachen von Homophobie, Hass und Gewalt angeht. Wir mussten gar nicht sehr weit schauen, denn in vielen Bundesländern, in Nordrhein-Westfalen, Berlin, Bremen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Hessen, hat man das bereits angegangen. Alle haben einen Aktionsplan gegen Homophobie aufgelegt. Wir schlagen vor, dass das auch in Hamburg passieren sollte. Das ist ein Weg, bei dem mit Verbänden und der Zivilgesellschaft gemeinsam überlegt wird, wie man an die Ursache dieses Hasses, der offenbar mehr und mehr entsteht, herangehen kann. Auf der anderen Seite, auch das steht in unserem Antrag, wollen wir in Hamburg an bestehende Projekte anknüpfen, bei denen es keinen Dissens in diesem Hause gibt, nämlich an den Schulen. Hier droht ein sehr vernünftiges Projekt, in dessen Zentrum die Aktivität des Magnus-Hirschfeld-Centrums und des Lehrerfortbildungsinstituts steht, in diesem Jahr auszulaufen. Wir wollen dafür werben, dass dieses Projekt weitergeführt und im nächsten Haushalt verankert wird.

Meine Damen und Herren! Wir freuen uns, dass die Anträge an den Ausschuss überwiesen werden. Wir werben dafür, Hamburgs Lesben, Schwule und Transsexuelle in Zukunft nicht allein zu lassen, sondern dass sich dieses Haus im Gegenteil auf die Seite dieser Minderheiten stellt und klar sagt, dass wir Hass und Gewalt nicht in dieser Stadt haben wollen. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Urs Tabbert SPD* und *Dr. Roland Heintze CDU*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kühn von der SPD-Fraktion.

Philipp-Sebastian Kühn SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Müller, ohne Frage will ich mich dem Beginn Ihrer Rede anschließen. Das, was im vergangenen Jahr passiert ist, der Anschlag auf das MHC und die drei gewalttätigen Körperverletzungen beim CSD, verurteilen alle Fraktionen in diesem Hause. Ich glaube, darin besteht absolute Einigkeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir werden auch alle Anträge, zwei Ihrer Fraktion und den der FDP-Fraktion, an den Innenausschuss überweisen. Ich finde es gut, dass sie dort umfassend diskutiert werden. Sie gestatten mir aber ein paar Anmerkungen, Herr Müller, weil ich durchaus finde, dass einiges in Hamburg schon viel besser läuft und viel umfangreicher stattfindet, als Sie es eben dargestellt haben.

Ich will einen von Ihnen angesprochenen Punkt aufgreifen, nämlich die Erfassung der Taten. Dazu gibt es auch einen Antrag der FDP; hier ist die Darstellung der Sachlage ebenfalls nicht ganz sauber, so will ich es einmal vorsichtig formulieren, denn die Erfassung der Straftaten ist bundeseinheitlich geregelt. Einzelne Bundesländer machen hier keinen Unterschied, auch Berlin nicht. Was in Berlin aber seit Jahren geschieht, ist, dass dort Einrichtungen einen Fragebogen entwickelt haben und mit diesem offensiv in der Community unterwegs sind, zum einen, um den Betroffenen stärker zu signalisieren, dass sie nicht allein sind, zum anderen, um Opfer solcher Taten zu ermutigen, diese Taten auch anzuzeigen. Das ist aber aus der Community in Berlin heraus organisiert. Das ist in dem Sinne keine Aktion der Stadt oder des Landes Berlin, ein wichtiger Unterschied. Insofern gibt es bei der Statistik keine andere Vorgehensweise. Ich finde aber sehr wohl, dass Hamburg sich ein Beispiel nehmen sollte und wir mit der Community besser ins Gespräch über ein ähnliches Modell wie in Berlin kommen sollten. Seit einigen Jahren ist es dort erfolgreich und führt interessanterweise auch zu anderen Zahlen. Ohne Frage steht eines fest, nämlich, dass die Zahlen, die im Moment in den Statistiken auftauchen, kein reales Bild ergeben. Darauf können wir uns, glaube ich, alle ohne Probleme verständigen.

Ein Punkt ist mir noch wichtig, weil der immer untergeht. In Hamburg hat die Staatsanwaltschaft einen Oberstaatsanwalt benannt, der beispielsweise Verbänden und Verbandsvertretern gerade in Fällen von Hasskriminalität zur Verfügung steht. Auch hier hat Hamburg, wie gesagt, schon einiges geleistet.

Ein nicht einfacher Punkt ist Ihre Forderung nach Beflaggung des Polizeipräsidiums. Ich finde, dass wir in den vergangenen Jahren doch einen großen Schritt nach vorn getan haben. Ich kann mich noch an die Zeiten der CDU-Alleinregierung erinnern, als es unter Bürgermeister Ole von Beust problematisch genug war, eine Regenbogenflagge am Rathaus, dem politischen Zentrum dieser Stadt, zu hissen. Davon sind wir Gott sei Dank mittlerweile weit entfernt, denn es wird in Hamburg nicht nur das Rathaus beflaggt,

(Beifall bei *Peri Arndt* und *Lars Holster*, beide SPD – Zuruf von *Dietrich Wersich CDU*)

sondern auch die Bezirksämter, Senatsämter und seit vorigem Jahr neuerdings das Oberlandesge-

(Philipp-Sebastian Kühn)

richt. Ich glaube, so viele Regenbogenfahnen zum CSD hat es in Hamburg zu keinem anderen Zeitpunkt zuvor gegeben. Das ist ohne Frage eine gute Entwicklung.

(Beifall bei der SPD)

Die Polizei aber ist per se zur Neutralität verpflichtet. Ob wir nun wirklich die Fahne auf dem Polizeipräsidium als Symbol brauchen, darüber können wir in Ruhe noch einmal nachdenken. Ich will aber einen Gedanken anbringen; der ist mit dem Innensenator nicht abgesprochen. In New York ist es zum Beispiel durchaus üblich, dass im Zuge des CSD viele Polizisten freiwillig eine Regenbogenfahne beispielsweise an ihr Auto hängen oder einen Pin an ihre Uniform stecken, um ihre Solidarität zu bekunden. Das halte ich für ein viel wichtigeres und ehrlicheres Symbol als eine Regenbogenfahne auf dem Polizeipräsidium.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir dieses Jahr zum CSD die Regenbogenfahne am Rathaus hissen, werden wir das – und dies ist mir besonders wichtig –, wie auch schon voriges Jahr, mit jugendlichen Vertretern aus Russland tun. Ich hatte im vergangenen Jahr nach einer Rathausführung die Gelegenheit zu einem anschließenden Gespräch mit den Jugendlichen aus Russland. In den nächsten Tagen werden alle Fraktionen eine Einladung bekommen, und ich fände es schön, wenn sich dieses Jahr alle gemeinsam nach dem Flagge hissen im Rathaus eine Stunde Zeit nehmen würden, um mit den Vertretern aus Russland zu diskutieren. Wir haben das voriges Jahr gemacht und werden es in diesem Jahr hoffentlich interfraktionell tun. Dazu möchte ich Sie jedenfalls herzlich einladen.

Wichtig ist mir noch ein Punkt, nämlich der von Ihnen angesprochene Aktionsplan. Nun kann man diesen Dingen unterschiedliche Namen geben, aber auch hier ist Hamburg schon viel weiter, als Sie es eben dargestellt haben. Die Einladung an die Fraktionen ist in diesem Punkt, ich bin mir absolut sicher, bereits erfolgt. Die meisten Fraktionen haben sich auch schon zurückgemeldet. Es wird am 9. Juli, also in einer Woche, eine Tagung geben, bei der nicht die Politik, sondern die Politik gemeinsam mit Vertretern der Community ein Richtungspapier erarbeiten will, das für Hamburg Orientierung geben soll. Ob man das nun Aktionsplan oder Richtungspapier nennt, ist meiner Meinung nach gleichgültig. In der Zielrichtung sind wir uns einig, und wir sind schon längst am Thema dran. Ich finde, hier macht der Senat eine hervorragende Arbeit.

(Beifall bei der SPD)

Herr Müller, Sie haben das Projekt Soorum angesprochen. Dieses ehrenamtliche Projekt ist schon älter, aber es ist dieser Senat gewesen, der das Projekt Soorum zum ersten Mal finanziell durch

Zuwendungen unterstützt hat. Das Modellprojekt läuft an drei Schulen. Sie haben eben gesagt, es bestünde die Gefahr, dass es ausläuft. Ich kann Sie beruhigen, das ist überhaupt nicht der Fall. Das Projekt wird weitergeführt, die Finanzierung ist gesichert. Das werden Sie auch im nächsten Haushalt feststellen. Die Justizbehörde wird die Finanzierung wieder übernehmen. Es wäre auch unsinnig, ein solches Projekt an einer Schule zu implementieren, um es dann nach einem Jahr wieder abzuschaffen. Das würden wir Sozialdemokraten niemals tun. Wir wissen schon, wie man Geld vernünftig und langfristig ausgibt.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es gut, dass Hamburg ein solches Projekt hat, weil wir uns ohne Frage darin einig sind, dass, wer langfristig gegen Homophobie arbeiten will, auf den Schulhöfen anfangen muss. Wir wollen dies den Schulen aber nicht vorgeben, sondern wollen mit Lehrern, Eltern und Schülern gemeinsam Ideen entwickeln und implementieren, anstatt dass sich irgendwelche Leute in irgendwelchen Behörden kluge Sätze ausdenken, die sie dann meinen, in der Bevölkerung verankern zu müssen. Ich finde den Weg, mit den Akteuren vor Ort gemeinsam solche Ideen zu entwickeln, viel besser.

Das Projekt Soorum ist gesichert. Es wird in den kommenden Jahren fortgeführt. Wir werden dieses Jahr eine umfangreiche Auswertung der Anlaufphase bekommen. Ich finde, Hamburg ist auf einem guten Weg. Noch einmal herzlichen Dank für die Anträge, weil es uns Gelegenheit gibt, nun zur CSD-Saison diese Themen zu besprechen. Ich hoffe, dass durch meinen Beitrag deutlich geworden ist, dass in Hamburg viel mehr passiert, als Sie es eben haben darstellen wollen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Heintze von der CDU-Fraktion.

Dr. Roland Heintze CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es sei nur angemerkt, dass wir uns über solche Initiativen, die hier schon begrüßt wurden, nicht nur saisonal freuen. Ich glaube, dass wir grundsätzlich dazu übergehen sollten, diese Themen auch einmal außerhalb der Saison zu diskutieren. Dann kommt man manchmal zu besseren Ergebnissen, als wenn alle jubeln. Ich habe schon gesehen, dass der Innensenator etwas kritisch geschaut hat, als mein Vorredner die generelle freiwillige Ausstattung der Schutzbeamten mit kleinen Flaggen angesprochen hat. Er hat ähnlich erfreut ausgesehen wie Herr Runde unter Rot-Grün, als man das Rathaus beflaggen wollte. Das ist damals auch nicht passiert, aber wir sind heute weiter, und das ist auch gut so.

(Dr. Roland Heintze)

Grundsätzlich gilt, dass die CDU hinter den Zielen des CSD, also gegen Diskriminierung und für mehr Toleranz, steht. Wir glauben auch, dass die Politik, Bürgerschaft und Senat, hier einen aktiven Beitrag leisten sollten, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Hamburg eine offene, vielfältige und vor allen Dingen tolerante Stadt sein soll. Dazu muss man auch etwas beitragen, und dazu gehört auch die Zustimmung zu den hier vorliegenden Anträgen.

Dennoch sind Themen angesprochen worden, bei denen sich das genauere Hinschauen lohnt. Die schnelle Aufklärung von Verbrechen ist für uns extrem wichtig, gleichgültig in welchem Bereich. Dazu gehört auch, dass es Vertrauen zwischen der Community, der Polizei und den öffentlichen Einrichtungen gibt und Anzeigen nicht unterbleiben, weil man Angst vor öffentlicher Sichtbarkeit hat und Angst vor der Reaktion dort, wo man etwas anzeigt. Wenn wir hier einen Schritt vorankommen, dann ist Vielem geholfen, nicht nur der Verbrechenaufklärung und Ahndung in dieser Stadt, sondern auch dem Verständnis untereinander.

(Beifall bei *Farid Müller GRÜNE*)

Dazu gehört wesentlich der Mut zur Anzeige, damit die Täter schneller gefasst werden. Hier müssen wir weiterkommen, und deshalb wird die CDU diesen Punkten auf jeden Fall zustimmen; die sind wichtig.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Hierbei auf andere Bundesländer zu schauen, insbesondere auch, was die spezielle Förderung von Polizistinnen und Polizisten betrifft, halten wir für sinnvoll, weil auch dort das Thema Hasskriminalität auf der Agenda steht und wir zusehen müssen, dass wir hier die schon gemachten Erfahrungen einbeziehen. Wir haben allerdings bei zwei Punkten Bauchschmerzen. Ich sage sehr offen – und das hat wenig damit zu tun, was Polizistinnen und Polizisten freiwillig tun –, dass wir nicht glauben, dass mit der Beflagung des Polizeipräsidiums ein entscheidender neuer politischer Akt in dieser Stadt entsteht, der zu mehr Toleranz beiträgt. Wir glauben schon, dass die Polizei eine neutrale öffentliche Einrichtung ist. Es ist Aufgabe der Politik, die Symbole und Zeichen zu setzen. Das erfolgt hier am Rathaus. Ich denke, das ist gut so, aber das Polizeipräsidium muss aus unserer Sicht nicht einbezogen werden.

(Beifall bei der CDU und bei *Carl-Edgar Jarchow FDP*)

Ein zweiter Punkt betrifft die Ziffer 5, die Berichterstattung darüber, ob und in welchem Umfang Straftaten angezeigt und wie schnell sie aus geringem öffentlichen Interesse eingestellt wurden oder auch nicht. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir für diesen Punkt eine etwas unbürokratischere Lösung finden könnten. Ich weiß nicht, ob das nicht auch im Rahmen einer Anfrage geschehen kann oder ei-

ner freiwilligen Befassung durch die Justizbehörde im Justizausschuss, denn ich glaube, dem nachzuspüren, was war und wann und warum die Staatsanwaltschaft Verfahren einstellt oder nicht, könnte großen Aufwand auslösen. Wenn wir alle das gleiche Ziel haben – und es geht darum, schnell tätig zu werden und die staatsanwaltliche und polizeiliche Arbeit zu verbessern –, dann könnten wir vielleicht zu effizienteren Methoden kommen, als sie dort beschrieben sind. Das ist ein Punkt, den wir im Ausschuss auf jeden Fall noch einmal diskutieren wollen. Daher begrüßen wir die Überweisung an den Ausschuss.

Ein dritter und letzter Punkt betrifft den zweiten Antrag. Der bezieht sich auf ein Projekt, das schon zu schwarz-grünen Zeiten auf den Weg gebracht worden ist. Uns ist es ein extrem wichtiges Anliegen, mit dem Thema auch Menschen an den Schulen zu erreichen und auf eine Art mit dem Thema zu konfrontieren, dass sie lernen, sich selbstbestimmt zu entwickeln und ohne Angst aufzuwachsen. Es ist wichtig, dass die bestehenden Ansätze fortgeführt werden. Ich habe gehört, dass dies geschehen soll; das ist gut. Wir würden uns auch über eine Evaluation freuen, um zu schauen, an welcher Stelle man den Schulen weiterhelfen kann. Warum das nun in der Justizbehörde angelegt ist oder ob nicht die Schulbehörde ihre auch schon zu schwarz-grünen Zeiten etwas behäbige Haltung bei dem Thema aufgeben könnte, ist eine andere Frage. Aber auch das ist Thema im Ausschuss, und von daher passt das.

Ich glaube, wir sind mit den Anträgen bis auf kleine Verschiedenheiten zur Frage der Beflagung des Polizeipräsidiums auf einem guten Weg. Deswegen wird sich die CDU konstruktiv an den Ausschussberatungen beteiligen und das Thema soweit unterstützen, dass wir in Hamburg zu Recht stolz darauf sein können, eine tolerante und weltoffene Stadt zu sein, in der sich Schwule, Lesben und Transsexuelle entfalten können. Das ist uns wichtig, und Sie haben deswegen unsere Zustimmung.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Suding von der FDP-Fraktion.

Katja Suding FDP:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das Deutschland des frühen 21. Jahrhunderts ist ein Land, in dem jeder unabhängig von Weltanschauung, Geschlecht und sexueller Orientierung seinen persönlichen individuellen Lebensentwurf leben kann. Das garantiert das Grundgesetz, und das macht auch die freiheitliche demokratische Grundordnung aus. Weitgehend ist das auch die Alltagsrealität in unserem Land, gerade in unserem toleranten und weltoffenen Hamburg. Sie werden aber bemerkt haben,

(Katja Suding)

dass ich diesen Punkt mit dem Wort "weitgehend" unter einen Vorbehalt gestellt habe. Was bedeutet weitgehend? Es bedeutet, dass es selbstverständlich sein muss, seinen Lebensentwurf leben zu können, dass dies aber nicht immer der Fall ist, nämlich immer dann nicht, wenn man sich Diskriminierung, Anfeindung und Hass gegenüber sieht. Das alles ist häufig individuell fühlbar, aber kaum messbar. Bei Weitem nicht alle trauen sich, Diskriminierung öffentlich anzuprangern, Anfeindungen entgegenzutreten und Hasskriminalität unter diesem Namen auch zur Anzeige zu bringen.

Wir müssen zeigen, dass Hamburg eine Stadt der Vielfalt und Toleranz ist, dass hier jeder sein Glück finden und machen kann, unabhängig von Geschlecht und sexueller Orientierung.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

Wir müssen weiter unterstützend und aufklärend tätig werden und deutlich machen, dass es für Homophobie und Transphobie in Hamburg keinen Platz gibt.

(Beifall bei der FDP, der SPD, den GRÜNEN, vereinzelt bei der CDU und der LINKEN und bei *Dr. Walter Scheuerl fraktionslos*)

Dazu gehört auch, dass Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung erfasst und damit leichter sichtbar gemacht wird. Wir brauchen auch keine Prüfung, um zu wissen, dass Diskriminierung, Anfeindung und Hass sich auch in Straftaten äußern. Die Weltanschauung und Gesinnung, die diesen Straftaten zugrunde liegt, ist eine, die elementare Grundregeln unseres Zusammenlebens eben nicht akzeptieren will. Für mich gibt es auch Parallelen zu politisch motivierter Kriminalität. Auch diese Täter akzeptieren die Regeln unseres Staates nicht, aber diese Regeln schützen unser gesellschaftliches Zusammenleben. Wenn wir diese Taten erfassen, dann können wir feststellen, wie weit oder weniger weit verbreitet Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung ist. Wir können dann gezielt dagegen vorgehen. Wir bitten Sie daher um Unterstützung unseres Zusatzantrags und freuen uns, dass es zu einer Debatte im Ausschuss kommen wird. Klar ist aber auch, dass allein die Einführung einer Statistik am Ende des Tages kein Gewaltverbrechen verhindern und auch keinem Opfer helfen wird, aber sie kann und sie wird helfen, den Aktionsplan gegen Homophobie und Transphobie zum Erfolg werden zu lassen. Sie wird helfen, Maßnahmen gegen Homo- und Transphobie anhand real messbarer Verhältnisse zu planen und diese nicht im luftleeren Raum stehen zu lassen.

(Beifall bei der FDP)

Um einen Aktionsplan wirklich langfristig zu einem Erfolg werden zu lassen, ist es elementar, auch die Hamburger Schulen zu beteiligen. Die Auswertung

und gegebenenfalls auch die Ausweitung des Projekts "Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt" ist deshalb ein zentraler Punkt, den wir unterstützen. Homophobie und Transphobie ist eben nicht pathologisch, sie ist nicht angeboren, in der Regel wird sie vorgelebt, oder es wird nicht hinreichend aufgeklärt. Wir können den unbewussten und irrationalen Ängsten vor allen Dingen mit Bildung und Aufklärung gegenüberreten. Ein offener und unverkrampfter Umgang mit diesem Thema in den Schulen wird entscheidend zu einem offenen und unverkrampften gesellschaftlichen Klima beitragen können. Viele spätere Präventionsmaßnahmen können so überflüssig gemacht werden, meine Damen und Herren.

Als Legislative sind wir dazu verpflichtet, die Vielfalt der Lebensentwürfe zu schützen und deren Entwicklung in unserer Stadt zu befördern. Die Regenbogenflagge zum CSD am Polizeipräsidium kann ein kleines Zeichen sein, dass wir genau das wollen. Mehr allerdings kann sie auch nicht sein, so ehrlich muss man schon sein. Wir sollten uns vielleicht auch überlegen, ob es noch andere Akteure in der Stadt gibt, die mitmachen und die Flagge hissen wollen. Ich schaue einmal meinen Kollegen Carl Jarchow an; vielleicht möchte die HSV-Arena auch eine Regenbogenflagge zum CSD hissen. Das wäre doch einmal ein schönes Zeichen. – Vielen Dank.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP, den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Suding. – Das Wort hat Frau Artus von der Fraktion DIE LINKE.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Wie Sie wissen, hat eine Bürgerschaftsdelegation vergangene Woche eine Reise nach St. Petersburg unternommen. Auf dem Programm standen Besuche bei der gesetzgebenden Versammlung und noch einmal extra bei allen Parteien, die ihr angehören. Außerdem waren wir bei einer Tageszeitung, einem Fernsehsender und einer Nachrichtenagentur. Die Bürgerschaft hatte St. Petersburg vor zwei Jahren ersucht, das Gesetz zu überdenken, das die Werbung für Homosexualität unter Strafe stellt und einen Zusammenhang mit Pädophilie konstruiert. Was wir nun auf unsere Nachfragen zur Situation von Lesben und Schwulen in der vorigen Woche hören mussten, war schwere Kost, und sie kam nicht nur von politischer Seite.

Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Wanja Kilber vom LSVD, der in Russland aufgewachsen ist, hat es vor dem Europaausschuss im Februar dieses Jahres auf den Punkt gebracht. Homophobie habe es schon immer gegeben; sie sei in den meisten Fällen auf Nichtaufgeklärtheit

(Kersten Artus)

zurückzuführen. Der Hass auf Lesben und Schwule sei aber gezielt von der Regierung geschürt worden. Deswegen sollte Hamburg ein besonderes Vorbild abgeben und russische sowie natürlich alle Gäste, Touristinnen und Touristen, aber auch Staatsgäste und Delegationen vermehrt einladen und den Dialog fortführen, aber auch praktisch zeigen, dass eine homosexuelle Lebensidentität keine Schande und kein Makel ist, sondern ein Teil unserer Gesellschaft, den wir alle begrüßen.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber auch wir müssen weiter daran arbeiten, Homo- und Transphobie aus unseren Köpfen zu vertreiben. Daher ist es richtig, dass wir uns immer und immer wieder – darin gebe ich Herrn Heintze recht – nicht nur im Vorwege des CSD mit Homo- und Transphobie, die Formen des Sexismus sind, befassen. Aus der Abgrenzung gegenüber anderen, um die eigene Lebensweise zu erhöhen, folgt Diskriminierung bis hin zum Hass, bis hin zur Gewalt, und es ist unsere gemeinsame Verantwortung, dem entgegenzuwirken.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Die Normen dieser Gesellschaft sind aber immer noch der heterosexuelle Mensch und die Zweisamkeit von Frau und Mann. Immer noch sind Homo- und Transphobie tief und nachhaltig verwurzelt. Dazu müssen wir gar nicht weit nach Russland schauen. Es reicht Baden-Württemberg, und es reichen die homophob motivierten Körperverletzungen während des CSD im vorigen Jahr in Hamburg, die schon angesprochen wurden. Dennoch möchte ich die Frage aufwerfen, inwieweit ein Aktionsplan speziell gegen Homo- und Transphobie zielführend ist, oder ob es nicht vielmehr eine Analyse und Handlungsanleitung geben sollte, die darlegt, wie die Geschlechter insgesamt durch den strukturell bedingten Sexismus Nachteile erleiden. Darunter würden wir die Prävention und Beseitigung von Mehrfachdiskriminierung insbesondere unter Berücksichtigung der Aspekte sexuelle Orientierung und Geschlechteridentität, Migration und weitere Merkmale nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz verstehen, so, wie es DIE LINKE mit dem Landesbüro für Geschlechterdemokratie, das morgen auf der Tagesordnung steht, vorschlägt.

Zum anderen Antrag der GRÜNEN würde ich von Ihnen gern wissen, warum sie den Polizeipräsidenten nicht auffordern wollen, die Regenbogenflagge auf dem Polizeipräsidium zu hissen. Warum beantragen Sie nicht die Aufforderung, die Erfahrungen zur Hasskriminalität mit Berlin abzugleichen? Mit "anregen" und "prüfen" sind wir bei diesen Themen meines Erachtens viel zu zaghaft.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben doch die Berichte vom letzten CSD vorliegen. Lesben, Schwule und Transgender haben Angst vor herabwürdigenden Äußerungen auf Polizeiwachen. Es wäre also mehr drin gewesen, Herr Müller, womit die GRÜNEN hätten Flagge zeigen können.

Selbstverständlich überweisen wir beide Anträge mit an den Ausschuss, ebenso den FDP-Antrag, aber in dieser Form ist er aus unserer Sicht nicht annehmbar. Die konkrete Erfassung von Hasskriminalität aufgrund der sexuellen Orientierung, die Sie hier vorschlagen, kann unter Umständen gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verstoßen und müsste wirklich noch einmal intensiv beleuchtet werden. Nicht umsonst ist das bislang niemand angegangen, aber selbstverständlich überweisen wir auch diesen Antrag.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Artus. – Das Wort hat Herr Müller von der GRÜNEN Fraktion.

Farid Müller GRÜNE:* Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz kurz ein Hinweis: Ich würde nicht empfehlen, diesen Antrag zum Aktionsplan gegen Homophobie an den Innenausschuss zu überweisen. Ich möchte für meine Fraktion beantragen, dass er an den Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung überwiesen wird, weil er mit Innenpolitik tatsächlich nichts zu tun hat.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Das soll er doch auch!)

– Dann ist es gut. Bei uns war die Information noch nicht angekommen.

Ich wollte noch etwas zum Thema Fachtagung sagen. Herr Kühn, jetzt kommt das auch in den anderen Ausschuss, aber Sie haben das vielleicht noch nicht ganz verstanden. Ein Aktionsplan wird entwickelt mit der Community. Ihre Fachtagung kann man machen als Behörde, sich Experten einladen und dann auch versuchen, tagsüber die Zivilgesellschaft dazu zu holen, die wahrscheinlich arbeiten muss, aber das ist nicht die Idee eines Aktionsplanes gegen Homophobie. Der wird in allen Bundesländern über eine gewisse Zeit zusammen mit der Zivilgesellschaft entwickelt. Das ist etwas anderes, als wenn eine Behörde sagt, sie rede einmal mit den Akteuren über die Themen, die man sich hier ausgedacht habe und die wichtig seien. Und dann nimmt man auch noch Experten, die sozusagen gegen die Zivilgesellschaft da eingebunden werden.

(Beifall bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Das ist nicht der Weg, den die anderen Bundesländer gehen, und wir als GRÜNE wollen diesen Weg

(Farid Müller)

so auch nicht gehen. Die Fachtagung kann man machen, aber mit einem Aktionsplan hat das alles nichts zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir noch einmal kurz zur Polizei. Wir haben den Antrag zur Beflaggung natürlich nicht gestellt, weil wir die Leute ärgern oder verunsichern wollen,

(*Olaf Ohlsen CDU*: Natürlich wollt ihr das!)

sondern das hat natürlich einen ganz entscheidenden Grund, der hier auch schon angeklungen und im Grunde genommen von niemandem richtig infrage gestellt worden ist. Es geht darum, dass wir das Vertrauen zwischen Polizei und Community noch besser machen, um es einmal so freundlich zu formulieren. Die Beflaggung wäre ein Schritt dazu. Ich weiß, dass der innerhalb der Polizei auch umstritten sein kann. So war es in Berlin auch. Es gab darüber Diskussionen, aber der Polizeipräsident in Berlin hat es dann gemacht, und seitdem hängt die Flagge zu jedem CSD da. Man kann auch mit Fragebögen arbeiten, Herr Kühn, aber es ist ein rundes Paket, ein Verhältnis, das nicht immer das beste war und auch heute noch nicht das beste ist, mit sehr vielen unterschiedlichen Bausteinen nach vorne zu bringen und zu versuchen, Vertrauen zu gewinnen. Ich möchte Sie noch einmal bitten, darüber nachzudenken. Das ist keine Sache, die wir leichtfertig machen, und auch wenn DIE LINKE sagt, man hätte Forderungen stellen müssen, wollten wir genau das nicht. Wir wollen nicht, dass sie gezwungen werden. Wir wollen, dass das auf Einsicht bei der Polizei hin geschieht, und deswegen haben wir das auch so beantragt – bewusst in dieser Wortwahl. Wir wären kein guter Ratgeber, es von oben herab zu verordnen.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Das könnt ihr ja auch nicht!)

Deswegen haben wir das angeregt, und wir freuen uns, wenn es dazu kommt. Wenn es dieses Jahr noch nicht klappt, dann vielleicht nächstes Jahr. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Müller. – Herr Senator Neumann begehrt das Wort und hat es.

Senator Michael Neumann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe heute die Beschaffungsentscheidung für die Flagge getroffen. Sie kostet 119 Euro bei FahnenFleck, und sie ist jetzt bestellt worden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Senator.

Mir liegen nun keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer möchte zunächst die Drucksachen 20/12189 und 20/12307 an den Innenausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen worden.

Wer möchte darüber hinaus die Drucksache 20/12191 an den Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls einstimmig beschlossen worden.

Ich rufe dann auf den Tagesordnungspunkt 76, Drucksache 20/12199, Antrag der FDP-Fraktion: Allgemeine Verwaltungsvorschriften zur Anwendung des Paragraphen 25a Aufenthaltsgesetz erlassen – Schüler mit Behinderung berücksichtigen.

[Antrag der FDP-Fraktion:

Allgemeine Verwaltungsvorschriften zur Anwendung des § 25a Aufenthaltsgesetz erlassen – Schüler mit Behinderung berücksichtigen – Drs 20/12199 –]

Die Fraktionen der SPD, CDU und FDP möchten diese Drucksache an den Innenausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Ritter von der FDP-Fraktion begehrt es und hat es.

Finn-Ole Ritter FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Sachverhalt ist kaum zu glauben, aber wahr. Es gibt in Hamburg gut integrierte Schüler mit Behinderungen, die durch unsere Ausländerbehörde abgeschoben werden können, weil sie aufgrund der Schwere ihrer Behinderung mit sehr großer Wahrscheinlichkeit keinen Schulabschluss erreichen. Ich frage Sie: Wenn jemand regelmäßig zur Schule geht und sein Bestmögliches gibt, um sich in die Gesellschaft zu integrieren, und wenn Menschen mit Behinderung zu unserer Gesellschaft einfach dazugehören, warum sollen diese Schüler benachteiligt werden gegenüber ihren Mitschülern, die einen Schulabschluss erreichen können und dadurch die Möglichkeit auf einen Aufenthaltstitel nach Paragraph 25a Aufenthaltsgesetz für gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende bekommen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Benachteiligung ist schlicht und ergreifend nicht gerecht. An dieser Stelle wird das Gesetz inhuman ausgelegt. Das gilt erst recht, wenn ich einen Blick ins Aufenthaltsgesetz werfe. Dort geht es in Paragraph 9 zum Beispiel um die Niederlassungserlaubnis. Für diejenigen, die sich nicht so gut im Aufenthaltsgesetz auskennen, möchte ich die Niederlas-

(Finn-Ole Ritter)

sungserlaubnis noch einmal kurz übersetzen. Sie ist ein unbefristeter Aufenthaltstitel. Von den engen Voraussetzungen für die Erteilung eines solchen Aufenthaltstitels wird abgesehen – ich zitiere das Gesetz –,

"wenn der Ausländer sie wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung nicht erfüllen kann."

Da muss ich mich doch fragen, was bei den Voraussetzungen eines Aufenthaltstitels nach Paragraph 25a Aufenthaltsgesetz eigentlich falsch läuft. Warum soll nicht auch bei gut integrierten jugendlichen Heranwachsenden das Gleiche gelten? Warum sollen hier Jugendliche und Heranwachsende mit Behinderung benachteiligt werden? Das erschließt sich mir hier überhaupt nicht.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Nun möchte ich einmal vorausschauend nach Berlin in ein anderes Gesetz schauen, nämlich in den Entwurf des Paragraphen 25b Aufenthaltsgesetz. Geduldeten Ausländern soll danach eine Aufenthaltserlaubnis bei nachhaltiger Integration erteilt werden. Ein Blick in den geplanten Absatz 3 des Paragraphen 25b verrät mir Folgendes – ich zitiere auch hier wieder –:

"Von den Voraussetzungen [...] kann abgesehen werden, wenn der Ausländer sie wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit, einer Behinderung [...] nicht erfüllen kann."

Diese Formulierung kennen wir bereits aus der Niederlassungserlaubnis, Paragraph 9 Aufenthaltsgesetz, und aus dem neuen Entwurf der Großen Koalition in Berlin für den Paragraphen 25b Aufenthaltsgesetz. Als Drittes können Sie sie nun in unserem Antrag im Petitum 2 nachlesen, das Gleiche für die Anwendung des Paragraphen 25a Aufenthaltsgesetz in Bezug auf die Voraussetzungen für einen Schulabschluss fordert. Dieser Absatz gehört aus unserer Sicht schlicht und einfach in den Paragraphen 25a Aufenthaltsgesetz, wie wir es in unserem Antrag gefordert haben,

(Beifall bei der FDP)

denn Jugendliche und Heranwachsende mit Behinderung dürfen nicht benachteiligt werden, wenn sie aufgrund der Schwere ihrer Behinderung keinen Schulabschluss erreichen können. Das sollte uns als Abgeordneten in der Bürgerschaft klar sein, und ich hoffe doch sehr, dass jeder von uns diese Sicht auf die Dinge teilt. Humanität darf an diesem Punkt nicht weiter Auslegungssache sein.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und bei *Dr. Stefanie von Berg* und *Antje Möller*, beide GRÜNE)

Wir als Abgeordnete können hier und jetzt den Senat auffordern, eine Fachanweisung zu erlassen,

die vorsieht, dass der erfolgreiche Schulbesuch nach Paragraph 25a Aufenthaltsgesetz von der hamburgischen Verwaltung so verstanden wird, dass bei Vorliegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung von einem Schulabschluss abgesehen werden kann. Diese Fachanweisung müssen wir hier und jetzt einfordern, damit jeder ausländische Jugendliche und Heranwachsende mit Behinderung in Hamburg auch die Möglichkeit hat, einen Aufenthaltstitel nach Paragraph 25a Aufenthaltsgesetz zu bekommen, sprich eine dauerhafte rechtlich abgesicherte Lebensperspektive in Deutschland zu erhalten.

Des Weiteren brauchen wir die Fachanweisung, damit aus dem gerade genannten Grund niemand mehr eine Eingabe stellen muss, verbunden mit dem Hoffen auf die Überweisung an die Härtefallkommission und dann dem Bangen um ein einstimmiges Ergebnis, das in der Härtefallkommission erfolgen muss. Also lassen Sie uns, liebe Abgeordnete, auch hier in Hamburg ein eindeutiges Zeichen setzen gegen eine aus meiner Sicht inhumane Gesetzesanwendung.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und bei *Dr. Stefanie von Berg* und *Antje Möller*, beide GRÜNE)

Lassen Sie uns gleichzeitig, wie unser Antrag fordert, auf Bundesebene dafür einsetzen, die Gesetzeslücke in Paragraph 25a Aufenthaltsgesetz endlich zu schließen. Setzen Sie heute ein Zeichen und lassen Sie uns gemeinsam ein Stück mehr Humanität in Hamburg schaffen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN und bei *Antje Möller* GRÜNE)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Ritter. – Das Wort hat Herr Schäfer von der SPD-Fraktion.

Dr. Martin Schäfer SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ermöglichung einer Bleiberechtigungsprospektive in Deutschland insbesondere für junge Menschen ist uns ein großes Anliegen. So hat der Hamburger Senat bereits im Jahr 2012 eine erfolgreiche Bundesratsinitiative gestartet, wonach unter anderem bürokratische Hürden des Paragraphen 25a abgebaut wurden.

(Beifall bei der SPD)

Diese Regelungen sind nun auch Bestandteil des Koalitionsvertrags, und ein entsprechender Gesetzentwurf ist in Arbeit. Das heißt, dass das Problem, das Sie zu Recht aufgegriffen haben, Herr Ritter, längst angekommen ist, und es wird auch bearbeitet. Es sollte auch von uns aufgenommen und seriös und in aller Ruhe bearbeitet werden. Deswegen – ich will es kurz machen – werden wir Ihren Antrag selbstverständlich an den Ausschuss

(Dr. Martin Schäfer)

überweisen und dort schauen, wie das geschehen könnte, denn diesbezüglich ist die Bundesrepublik ein Flickenteppich. Es gibt Bundesländer, die Regelungen haben, und es gibt Bundesländer, die keine haben. Die Regelungen, die es gibt, sind alle unterschiedlich. Wir sollten schauen, welche die geeignetste ist, um im Hinblick darauf eine vernünftige und gute Regelung für die betroffenen Kinder und Jugendlichen zu finden, und das auch in Angriff nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann zu Ihren Vorschlägen, das zu regeln, so wie ich hier stehe, nichts sagen. Ich möchte das in Ruhe im Ausschuss beraten, um dann zu einem guten Ergebnis zu kommen, das nicht möglicherweise wieder angreifbar ist. Aber es soll eine Regelung geben, die diesen Kindern und Jugendlichen und ihren Familien auch hilft. Bis dahin müssen wir im Zweifel den Weg in Anspruch nehmen, der jetzt von zwei Jugendlichen gegangen wurde, die von der Härtefallkommission dann auch bestätigt wurden und die ihr Bleiberecht hier erst einmal behalten. Diese Entscheidung der Härtefallkommission war richtig, und wir unterstützen sie auch. Insofern gibt es keinen solchen Eilbedarf, dass wir unbedingt jetzt beschließen müssten. Wir sollten das in Ruhe und seriös im Ausschuss beraten, zumal die Frist, die Sie bis zum 29. August 2014 für eine Initiative im Bund gesetzt haben, auch nicht durchführbar wäre. Das Thema ist ein sehr ernsthaftes, aber an der Stelle muss ich doch ein bisschen schmunzeln. Selbst diesem Senat traue ich nicht zu, zwischen dem 2. Juli und dem 29. August irgendeines Jahres den Deutschen Bundestag dazu zu bringen, ein Gesetz zu ändern. Da sollten wir uns in der Tat ein bisschen mehr Zeit lassen und das im Ausschuss in Angriff nehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Dr. Schäfer. – Das Wort hat Herr Voet van Vormizeele von der CDU-Fraktion.

Kai Voet van Vormizeele CDU:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt eigentlich selten den Fall – das sage ich hier ungern, Herr Dr. Schäfer –, dass ich dem wenig hinzufügen kann, was Sie gesagt haben. Mir ist noch einmal wichtig zu betonen, dass wir uns im Ziel einig sind. Wir wollen unbürokratische Lösungen haben, und wir wollen auch keine Lösungen haben, die an Gesetzestexten dahingehend festhaften, dass wir gerade Integrationsleistungen, die uns wichtig sind, an Formalien festmachen, die letztendlich nicht stimmen. Deshalb haben wir das gemeinsame Ziel, hier eine vernünftige Regelung zu finden. Ich finde es gut und richtig, dass wir heute gemeinsam diesen Antrag an den Innenausschuss

überweisen. Ich finde es aber manchmal genauso überflüssig, wenn wir vor einer Innenausschussdebatte, also bevor wir uns gemeinsam mit einem Thema wirklich befassen, uns hier stundenlang noch einmal gegenseitig erzählen, wie sicher wir alle sind oder wie schlecht wir alle sind. Wir überweisen diesen Antrag jetzt, und dann werden wir gemeinsam an einer guten Lösung im Innenausschuss arbeiten.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Voet van Vormizeele. – Das Wort hat Frau Möller von der GRÜNEN Fraktion.

Antje Möller GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde vieles von dem, was meine Vorredner gesagt haben, richtig und wichtig. Ich glaube aber, dass es trotzdem notwendig ist, dass wir heute hier diskutieren. Ich bin der FDP sehr dankbar, dass Sie mit diesem Antrag gekommen sind und auch die Dringlichkeit deutlich gemacht haben, weil es tatsächlich dringlich ist, denn wir haben weiterhin Fälle im Genehmigungsverfahren bei der Behörde, wo junge Leute, Kinder und Jugendliche in genau dieser Situation sind. Wir müssen sie aus dieser Situation herausholen, und das können wir mit einer schnellen Entscheidung der Behörde, die allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Anwendung dieses Paragraphen tatsächlich zu erlassen, so wie andere Bundesländer das auch getan haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Finn-Ole Ritter* FDP – *Sören Schumacher* SPD: Wer?)

Ich will noch einmal den Anlass schildern, obwohl Herr Ritter das auch schon gemacht hat. Weshalb brauchen wir diesen Antrag? Weil uns im Petitionsausschuss und in der Härtefallkommission, wenn wir es dahin überweisen, diese besonderen Familiensituationen erreichen. Herr Schäfer, Sie sagen jetzt, das gehe alles nicht so schnell, und solange es möglicherweise noch keine bundesweite Regelung gibt, sagen Sie zu, dass solche Fälle in der Härtefallkommission gelöst werden.

(*Sören Schumacher* SPD: Das entscheiden wir im Einzelfall, wie immer, Frau Möller!)

Erstens entscheiden wir es im Einzelfall, vielen Dank, Herr Schumacher. Zweitens wäre es richtig gut gewesen, wenn Sie an der Stelle hätten sagen können, dass die Gespräche mit der Behörde und dem Senator ergeben haben, dass die Behörde zukünftig, bis es zu dieser bundesweiten Regelung kommt, solche Fälle direkt an die Härtefallkommission gibt, denn der Weg steht ihr offen. Dann wäre das Signal klar, dass die Behörde selbst ihre bisherige Haltung dahingehend korrigieren möchte, dass sie die Diskriminierung von Menschen mit Be-

(Antje Möller)

hinderung erkannt hat und uns deswegen sagt, es stehe noch nicht so in der Verwaltungsvorschrift, aber sie mache es und gebe diese Fälle an die Härtefallkommission. Das wäre ein mutiger Schritt gewesen, und er wäre auch wirklich angebracht,

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

denn ich will es noch schärfer formulieren, als Herr Ritter dies getan hat. Menschen mit Behinderung dürfen nicht benachteiligt werden.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: So ist es!)

Sie sollen nicht nur nicht, sondern sie dürfen nicht benachteiligt werden. Das sagt nicht nur die UN-Behindertenrechtskonvention, sondern das sagt natürlich auch unser Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz. Diskriminierung darf in dieser Gesellschaft nicht stattfinden. Dass sie es praktisch tut, darin sind wir uns alle einig, aber wir reden hier über die rechtliche Situation, und vor allem darf sich Diskriminierung natürlich nicht in Gesetzen abbilden. Wenn sie das tut, dann kann man erstens sagen, es solle einmal jemand klagen, aber andererseits können auch wir als Parlament sagen, dass wir das nicht mehr wollen. Wir wollen dem abhelfen, und deswegen finde ich es richtig, dass wir diesen Antrag auch sehr schnell entscheiden. Wenn das nicht geht, dann mögen Sie vielleicht noch einmal überlegen, ob wir nicht den Weg gehen können, wenigstens die Familien oder die Jugendlichen und Kinder, die der Behörde selbst auffallen als Menschen, die von dieser bisherigen Regelung betroffen sein können, in die Härtefallkommission zu bekommen, sodass wir dann zu ihren Gunsten – selbstverständlich im Einzelfall, Herr Schumacher – entscheiden können. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Katja Suding FDP*)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Möller. – Das Wort hat Frau Schneider von der Fraktion DIE LINKE.

Christiane Schneider DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wir von der LINKEN unterstützen die Intention Ihres Antrags, Herr Ritter, und auch wir sind Ihnen für diese Initiative dankbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte es aber ganz deutlich sagen und vielleicht deutlicher als meine Vorrednerin und meine Vorredner: Die Vorgeschichte dieses Antrags und die Tatsache, dass er überhaupt notwendig geworden ist, halte ich für eine Schande.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Dieser Fall hätte nicht im Eingabenausschuss und in der Härtefallkommission landen dürfen.

(*Sören Schumacher SPD*: Dass Sie von Gesetzen nichts halten, haben wir schon gemerkt, Frau Schneider!)

– Ihnen macht das Spaß, ich weiß.

(Zurufe aus dem Plenum: Oh!)

– Wir hatten eine Auseinandersetzung darüber, ob das Spaß macht im Eingabenausschuss.

Vor immerhin 20 Jahren ist Artikel 3 des Grundgesetzes, der die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz gewährleistet, durch die Regelung ergänzt worden, dass niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf. Genau das aber, die Benachteiligung aufgrund von Behinderung, drohte in dem vom "Hamburger Abendblatt" am 26. Juni geschilderten Fall eines Geschwisterpaars und seiner Familie. Die beiden sind wie ihre weiteren Geschwister in Hamburg geboren, haben aber keinen deutschen Pass und keinen sicheren Aufenthaltstitel, und sie sind schwerbehindert, so schwer, dass sie keinen Schulabschluss erreichen werden. Und deshalb seien, so der Sprecher der Ausländerbehörde gegenüber dem "Hamburger Abendblatt", die Voraussetzungen für ein dauerhaftes Bleiberecht nicht erfüllt. Weil sie keinen Schulabschluss haben und aufgrund ihrer schweren Behinderung auch keinen erreichen werden und weil sie deswegen und wegen ihrer schweren Behinderung nicht in der Lage sein werden, ihren Lebensunterhalt zu sichern, gelten sie in der Vorstellungswelt dieses Gesetzes und auch der Behörde als nicht integriert. Deshalb sollten sie abgeschoben werden.

Wir von der LINKEN haben seit je, und zwar vor allem natürlich auf Bundesebene, wo die Gesetze gemacht werden, die Nützlichkeitslogik der Bleiberechtsregelungen angeprangert. Nach dieser Logik werden alle ausgesiebt und mit dem Entzug des Aufenthaltsrechts bestraft, die die Leistungsanforderungen nicht erfüllen können: Bildungsbenachteiligte, ältere Menschen, Traumatisierte, chronisch Kranke, alleinerziehende Mütter und eben Behinderte. Andere Bundesländer haben in Bezug auf die Jugendlichen der Situation schwer behinderter Menschen durch Verwaltungsvorschriften zur Anwendung des Paragraphen 25a Aufenthaltsgesetz wenigstens bis zu einem gewissen Grad Rechnung getragen. In Hamburg gibt es eine entsprechende Verwaltungsvorschrift bisher nicht. Ich frage mich natürlich, warum nicht. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern scheint Hamburg, jedenfalls die Ausländerbehörde, ohne Abstriche an einem überwunden geglaubten, ausschließlich durch Verwertungs- und Brauchbarkeitskriterien geprägten Begriff von Integration festzuhalten. Im Zuge der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention müssen diese Kriterien im Zusammenhang mit In-

(Christiane Schneider)

tegration unseres Erachtens auf dem Misthaufen der Geschichte abgeladen werden,

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Stefanie von Berg* und *Christa Goetsch, beide GRÜNE*)

auch in der Ausländerpolitik und in der Ausländergesetzgebung.

Dass Integration nicht zuerst eine Verpflichtung der Menschen mit Behinderung ist, sondern vor allem eine Verpflichtung des Staates und auch der Gesellschaft gegenüber Menschen mit Behinderungen, die Verpflichtung nämlich, Barrieren einzureißen, die die gesellschaftliche Teilhabe erschweren, scheint sich in anderen Behörden mehr und mehr durchzusetzen, offensichtlich aber bis dato noch nicht in der Ausländerbehörde. Der Grundgedanke der UN-Behindertenrechtskonvention, nicht der Mensch mit Behinderung habe sich zur Wahrung seiner Rechte anzupassen, sondern das gesellschaftliche Leben und die gleichberechtigte Teilhabe müsse für alle Menschen ermöglicht werden, scheint noch nicht angekommen. Es scheint noch nicht angekommen zu sein, dass zu den Lebensverhältnissen in Deutschland viele behinderte Menschen gehören, die ihren Möglichkeiten entsprechend am Leben teilnehmen. Es scheint unvorstellbar, dass Kinder, die auf Förderschulen gehen und dort lernen und Fortschritte machen, tatsächlich erfolgreich sind. Hier geht es nicht um Inklusion, sondern um Exklusion. Die Abschiebung von Menschen mit Behinderung aufgrund ihrer Behinderung ist totale Exklusion.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Stefanie von Berg* und *Christa Goetsch, beide GRÜNE*)

Wir freuen uns allerdings, dass die Sache einen guten Ausgang genommen hat, und finden auch gut, dass die Behörde dann sehr schnell dem Ersuchen der Härtefallkommission nachgekommen ist. Dessen ungeachtet begrüßen wir nochmals ausdrücklich die Initiative der FDP, und wir begrüßen die Überweisung des Antrags an den Innenausschuss. Wir brauchen eine gründliche Debatte, was eigentlich die UN-Behindertenrechtskonvention für die Ausländerpolitik und das Ausländerrecht bedeutet und welche Änderungen die Umsetzung dieser Konvention auch auf diesem Feld erzwingen muss. Das ist ein wichtiger Schritt, den wir damit gehen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Stefanie von Berg* und *Christa Goetsch, beide GRÜNE*)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Schneider. – Herr Ritter von der FDP-Fraktion hat das Wort.

Finn-Ole Ritter FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte kurz zusammenfassen: Ich bin allen Fraktionen dankbar, dass sie unser Anliegen teilen. Vom Ziel her sind wir uns wirklich alle einig. Wir wollen ruhig und sachlich im Innenausschuss darüber sprechen. Zu dem, was Herr Schäfer gesagt hat, nur ein Appell: Wenn wir die Sache über die Härtefallkommission regeln wollen – das habe ich versucht in meiner Rede darzustellen –, wissen wir nicht, ob alle Fälle, die betroffen sind, uns in der Härtefallkommission erreichen, weil der Antrag dazu aktiv von den Betroffenen gestellt werden muss. Und abzuwarten, dass uns solche Fälle bis zur gesetzlichen Umsetzung über die Härtefallkommission erreichen, ist zu wenig. Wir brauchen jetzt eine Handlung auf Behördenebene, damit so etwas nicht passiert, bis es gesetzlich geregelt ist, denn wir wissen nicht hundertprozentig, ob alle Fälle, die es betrifft, uns in der Härtefallkommission erreichen, weil sie über den Eingabenausschuss erst einmal dahinkommen müssen. Daher noch einmal der Appell an Sie, in irgendeiner Form dafür zu sorgen, dass diese Fälle uns entweder in der Härtefallkommission erreichen, bis es eine gesetzliche Regelung gibt, oder dass wir über eine Fachanweisung sprechen, wie wir es gefordert haben, damit klar ist, dass so etwas nicht passieren kann und nicht über die Härtefallkommission geregelt werden muss. Das ist mein Anliegen.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN und bei *Barbara Nittrich SPD, Dr. Stefanie von Berg* und *Christa Goetsch, beide GRÜNE*)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Ritter.

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/12199 an den Innenausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit einstimmig beschlossen worden.

Dann rufe ich jetzt auf den Tagesordnungspunkt 55, Drucksache 20/12173, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Sofortmaßnahmen zur Stabilisierung der Arbeit im ASD.

Hierzu liegen Ihnen als Drucksachen 20/12306 und 20/12323 Anträge der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD vor.

[Antrag der Fraktion DIE LINKE: Sofortmaßnahmen zur Stabilisierung der Arbeit im ASD – Drs 20/12173 –]

[Antrag der GRÜNEN Fraktion:

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)**Sofortmaßnahmen zur Stabilisierung der Arbeit im ASD****– Drs 20/12306 –]****[Antrag der SPD-Fraktion:****Allgemeine Soziale Dienste (ASD) und Kinderschutz weiter stärken!****– Drs 20/12323 –]**

Die Fraktionen der CDU und der LINKEN möchten die Drucksache 20/12173 an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen. Darüber hinaus liegt vonseiten der CDU-Fraktion ein Antrag auf Überweisung der Drucksachen 20/12306 und 20/12323 ebenfalls an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss vor. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Frau Schneider von der Fraktion DIE LINKE, bitte schön.

Christiane Schneider DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erneut muss ich den Kollegen Mehmet Yildiz etwas kurzfristig vertreten, da er aus triftigen Gründen heute verhindert ist. Zugegeben ist es etwas ungewöhnlich, dass wir den Antrag "Sofortmaßnahmen zur Stabilisierung der Arbeit im ASD" in nur etwas geänderter Form zum zweiten Mal innerhalb relativ kurzer Zeit zur Debatte angemeldet haben. Beim ersten Mal wurde der Antrag abgelehnt und nicht einmal überwiesen, aber die Entwicklung hat bestätigt, wie berechtigt unsere Forderungen waren und sind.

In dem Zeitraum seit der ersten Debatte haben eine Mitarbeiterin des ASD aus Bergedorf, ein Abteilungsleiter aus Eimsbüttel und der Jugendamtsleiter des Bezirks Hamburg-Mitte im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Yagmur außerordentlich kritisch die Arbeitsbedingungen und die Rahmenbedingungen in der Jugendhilfe beschrieben und Verbesserungen gefordert. Den Abteilungsleiter aus Eimsbüttel erklärte die "Hamburger Morgenpost" zum Hamburger der Woche. Die Aussagen haben deutlich gemacht, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schnell bessere Arbeitsbedingungen brauchen, um einen besseren Schutz für die Kinder dieser Stadt gewährleisten zu können.

(Beifall bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

Die Beschäftigten haben im PUA Yagmur dem Ausschussvorsitzenden ihre Forderungen übergeben. Diese Forderungen waren vorher auf einer Personalversammlung der ASD-Beschäftigten verabschiedet worden und decken sich in wesentlichen Punkten mit unserem vorliegenden Antrag. Sie haben eine öffentliche Antwort verdient. Schließlich hat die Sozialbehörde jetzt angekündigt, nun doch zusätzliche Stellen im ASD zu schaffen. Die Sozialbehörde sieht inzwischen also Handlungsbedarf, um die prekäre Situation in vielen ASD-Dienststellen zu entschärfen, allerdings ohne Beteiligung der Beschäftigten und ihrer Per-

sonalvertretungen. Wir finden, dass die Beschäftigten ein Recht auf eine Antwort zu ihrem Papier haben. Sie haben ein Recht darauf, dass sie angehört werden, und es ist politisch ratsam, sie endlich am Prozess der Aufarbeitung der Probleme dort zu beteiligen, denn sie sind die Fachleute in diesem Bereich.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb schlagen wir erneut einen Runden Tisch in der Sozialbehörde vor. Bisher hat der Senator die Beschäftigten im Wesentlichen über das "Hamburger Abendblatt" zu seinen Absichten informiert. Auch jetzt hat der Senator wieder ein Papier zur Verbesserung des Kinderschutzes in Hamburg vorgelegt, ohne die Fachleute in den Jugendämtern zu beteiligen. Und natürlich wird auch die Opposition nicht beteiligt, obwohl der Ausschuss noch tagt und bisher keine Auswertung des Gehörten vorgenommen hat. Das Papier aber erweckt den Anschein, dass das Thema jetzt erledigt sei, und das ist falsch. Dabei begrüßen wir, dass es in den Jugendämtern zu Verbesserungen der Arbeitssituation bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in einzelnen Abteilungen kommen soll. Allerdings sehen wir die vom Senat getroffenen Maßnahmen als ungenügend an; es ist kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Einige Maßnahmen gehen in die falsche Richtung, und andere Fragestellungen werden gar nicht berücksichtigt. Die zusätzlichen Stellen im ASD sollen nur befristet entstehen. Solche Maßnahmen sind ungeeignet, die Arbeitssituation beim ASD deutlich und dauerhaft zu verbessern. Das geht gar nicht, Herr Senator.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

Selbst eine Verbeamtung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ASD und bundesweites Inserieren wird nichts bringen. Die Bedingungen in Hamburg sind bundesweit bekannt, und wer kommt, ist schnell wieder weg. Das ist die bittere Realität.

Wie schon in der Auseinandersetzung im Sonderausschuss Chantal deutlich geworden ist, fehlt dem Senator ein ordentliches Fach- und Gesamtverständnis der Situation in den Jugendämtern. Die Politik des Senats zeichnet sich dadurch aus, dass man dort versucht, eine Lücke im System nach der anderen zu stopfen – im Wesentlichen mit dem weiteren Ausbau von Dokumentation und Kontrolle. Deshalb also unser erneuter Antrag, der die Sozialbehörde in einen Dialog mit den Akteuren und ihren Personalvertretungen bringen soll. Das wäre nicht nur ein Stück Demokratie, sondern würde auch den Sachverstand vor Ort für die Erarbeitung von Lösungen mobilisieren. Daran fehlt es an vielen Stellen.

Ich möchte das an drei Beispielen erläutern. Erstens: Anstatt endlich einmal die Probleme und Kritiken der Mitarbeiterinnen und der Fachleute bei

(Christiane Schneider)

der Software JUS-IT in der Diskussion zu berücksichtigen, werden den Abteilungsleitungen weitere Stellen zugeordnet, um das schlecht funktionierende Dokumentationssystem am Laufen zu halten, anstatt es praxistauglich zu machen. Das System wird immer teurer, ohne dass bisherige Mängel abgestellt wurden. JUS-IT soll jetzt über 133 Millionen Euro kosten, ohne dass die zweite Stufe voll ausfinanziert ist, und die dritte Stufe ist finanziell noch gar nicht berücksichtigt. Allein der Parallelbetrieb von Handakten und JUS-IT kostet 2014 laut Behörden über 32 Millionen Euro. Das ist mehr als für die gesamte offene Kinder- und Jugendarbeit in diesem Jahr ausgegeben wird. Nach Gerüchten aus der Behörde werden dort schon Zahlen in Höhe von 250 Millionen Euro gehandelt. Die Verträge mit IBM müssen aus Sicht unserer Fraktion offengelegt werden.

Der fortwährende Ausbau von Kontrolle und Dokumentation führt zu immer weniger Zeit für den Kontakt zu den betroffenen Familien. Die fortwährenden Standardisierungen führen nicht zur Verbesserung für die Menschen, sondern verstellen den Blick auf das, was im konkreten Fall gebracht wird. Wie überreguliert und überbürokratisiert der ASD in Hamburg ist, zeigt ein 600 Seiten dicker Anlagenband für die Beschäftigten, in dem die zu beachtenden Regeln aufgelistet sind. Allein über 40 Seiten müssen für einen Kinderschutzbogen ausgefüllt werden. In Nürnberg genügen dafür drei bis vier Seiten, in denen alle relevanten Daten erhoben werden. Dieses System muss genauso überprüft werden wie die Jugendhilfeinspektionen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

Zweitens: Anstatt die fortwährende Flucht aus der Arbeit und die Überlastungsanzeigen der Beschäftigten hinzunehmen und die Arbeitsbelastung der Kolleginnen kleinzureden, sollte mit den Kollegen und Kolleginnen über die Wertschätzung ihrer Arbeit, über eine angemessene Entlohnung und ihre Arbeitsbedingungen gesprochen werden. Es müssen Fallobergrenzen her. Daran arbeitet der Senator jetzt schon seit rund drei Jahren. Dieses Papier enthält eine weitere Ankündigung eines Personalbemessungssystems auf der Grundlage von JUS-IT. Besonders verwerflich ist dabei, dass der Senat in seiner Tischvorlage für den Landesjugendhilfeausschuss mit den Bezirken verbindliche Kontrakte schließen möchte und die personellen Verbesserungen an die – Zitat, Seite 5 –

"[...] Begrenzung des Fallanstiegs bei den Einzelfallhilfen [...]"

– Zitatende – koppeln möchte.

Drittens: Auch der Vorschlag zu den Kinderkompetenzzentren geht aus unserer Sicht in die falsche Richtung. Anstatt die Hilfe im Sozialraum vor Ort bei den Gesundheitsämtern und Kinderärzten vor-

zuhalten, müssen jetzt alle weite Wege gehen. Zu dieser Methode gehört dann auch das Schließen der ASD-Dienststelle Mümmelmannsberg vor einiger Zeit und jetzt der Plan, die ASD-Dienststelle auf St. Pauli zu schließen.

Ein Zeichen, dass der Senat zumindest an einer gemeinsamen Diskussion mit der Opposition interessiert ist, um die grundsätzlichen Problemlagen in der Kinder- und Jugendhilfe zu bearbeiten, wäre die Überweisung unseres Antrags an den Familienausschuss. Stattdessen flickt der Senat ständig am System und reagiert reflexartig mit weiterer Kontrolle. In diesem Zusammenhang wird sehr viel Geld sinnlos ausgegeben, das für die Entwicklung von Hilfen und Angeboten bei den betroffenen Kindern, Jugendlichen und ihren Familien dann fehlt.

Dem Zusatzantrag der GRÜNEN werden wir zustimmen. Er ist ein Schritt in die richtige Richtung, auch wenn dort die notwendige kritische Überprüfung von JUS-IT, der Jugendhilfeinspektion und des Qualitätsmanagements nicht gefordert wird – aber es ist auch ein Zusatzantrag. Mit dem Antrag der GRÜNEN werden weder die grundsätzlichen, falschen Weichenstellungen in der Kinder- und Jugendhilfe korrigiert, noch wird ein Weg gewiesen, wie die Fachleute vor Ort in diese Debatte eingebunden werden können.

Den Antrag der SPD lehnen wir ab. Er beschreibt ausschließlich die ungenügenden Reaktionen auf die äußerst prekäre Situation bei vielen ASD-Dienststellen, um dann eine Berichtspflicht beschließen zu können. Das ist zu wenig. So etwas kann die Opposition selbst mit Großen und Schriftlichen Kleinen Anfragen besser erledigen. – Schönem Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Schneider. – Das Wort hat Herr Schmitt von der SPD-Fraktion.

Frank Schmitt SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion DIE LINKE, ich finde es schon erstaunlich, wie Sie ein- und denselben Antrag innerhalb von drei Monaten das dritte Mal in dieses Haus einbringen können. Ich versichere Ihnen, davon wird der Antrag nicht besser, und ich wage auch zu bezweifeln, dass er dieses Mal die erforderliche Mehrheit und Zustimmung erfahren wird.

In Ihrem fast wortgleichen Antrag vom 23. April fordern Sie die Schaffung eines Krisenstabes für den ASD in Form eines Runden Tisches. Heute fordern Sie in Ihrem Antrag nur noch einen Runden Tisch. Aus Ihren ansonsten gleichlautenden Formulierungen lese ich heraus, dass Sie den Senat vor allem

(Frank Schmitt)

zu diesem Runden Tisch auffordern, weil Sie dringenden Handlungsbedarf für den ASD sehen; das hatten Sie auch so in Ihrer Rede ausgeführt. Diesen Handlungsbedarf sehen wir auch, die Lösung durch einen Runden Tisch allerdings nicht.

(Beifall bei der SPD)

Bemerkenswert finde ich auch, dass DIE LINKE schon weiß, was bei einem solchen Runden Tisch herauskäme, zum Beispiel eine Fallzahl von 28 pro Fachkraft; das hatten Sie eben auch dargestellt. Wir hören dagegen immer wieder von Fachleuten, wie wenig sinnvoll und praxisnah eine solch rein quantitative Festlegung wäre.

SPD-Senat und -Fraktion haben seit 2011 vielfältige Maßnahmen ergriffen, um den ASD zu stärken. So wurden 44 neue Stellen geschaffen, damit der ASD in sozialräumlichen Netzwerken mitarbeiten kann, damit die Präsenz des ASD im Stadtteil und bei der Zusammenarbeit mit Kitas, Schulen und Gesundheitsdiensten gestärkt wird.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Programm "Sozialräumliche Hilfen" wurden mehr und neue Hilfen geschaffen, die niedrigschwellig zugänglich und auf kurzem Wege im unmittelbaren Wohnumfeld erreichbar sind. Durch die Eingruppierung in die Entgeltgruppe E 10 wurde ab dem 1. Januar 2012 eine bessere Bezahlung der ASD-Fachkräfte erreicht.

(Dirk Kienscherf SPD: Sehr gut!)

Gleichzeitig ist der ASD generell von Personalkonsolidierungen, wie sie in anderen Behörden und Ämtern durchgeführt werden, komplett ausgenommen. Freie Stellen werden grundsätzlich unverzüglich nachbesetzt. Dadurch ist die Zahl der Vakanzen bereits deutlich gesunken. So hatten wir zum Stichtag 31. Dezember einen Besetzungsstand von rund 97 Prozent. Damit der ASD auch qualitativ gut aufgestellt ist, hat die BASFI ein 18-monatiges Einarbeitungsprogramm für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwickelt. Darüber hinaus gibt es Schulungen, beispielsweise zum Erkennen und zum Umgang mit Kindeswohlgefährdungen, und alle ASD-Leitungen und Fachkräfte erhalten, wenn dies gewünscht ist, Einzel- oder Gruppensupervisionen. Das war lange Zeit auch keine Selbstverständlichkeit.

All diese Maßnahmen befinden sich bereits in der Umsetzung, denn im Zentrum aller Bemühungen sollten doch die Kinder stehen, die unsere Hilfe benötigen.

(Beifall bei der SPD)

Der Personalbedarf des Hamburger ASD wird derzeit im Rahmen des Projekts Personalbemessung im ASD ermittelt. Dieses Projekt, das die frühere schwarz-grüne Koalition nur angekündigt, aber

nicht umgesetzt hatte, werden wir zum Abschluss bringen.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang sei mir ein Hinweis auf die Irrungen und Wirrungen der damaligen Koalition gestattet. Da hieß es bei den GRÜNEN zum Personalbemessungssystem – ich zitiere aus einer Pressemitteilung vom 10. Juni 2009 –:

"Es ist klare Absicht der Koalition, ein Personalbemessungssystem zu entwickeln."

– Zitatende.

Die CDU sah das offensichtlich anders, und die GRÜNEN hätten nur ihrem CDU-Koalitionspartner und dem damaligen Senator Wersich zuhören müssen, der zuvor schon festgestellt hatte – ich zitiere ihn in einer Pressemitteilung vom 13. Januar 2009 –:

"Die Überprüfung der ASD-Stellen nach der Koalitionsvereinbarung ist abgeschlossen."

– Zitatende.

Jedenfalls haben wir 2011 nichts in Sachen Personalbemessung vorfinden können. Nun wird der erforderliche Personalbedarf in allen ASD-Abteilungen systematisch nachvollziehbar und zeitnah ermittelt und auf dieser Grundlage dann auch bereitgestellt.

(Beifall bei der SPD)

Eine sorgfältige und gründliche Vorgehensweise ist hierbei unverzichtbar, denn so werden Stellen zielgerichtet dort eingesetzt, wo es nötig ist, um den Kinderschutz in Hamburg zu verbessern. Im Vorgriff auf die Ergebnisse der Personalbedarfsfeststellung hat die BASFI unter Senator Scheele ein Stabilisierungsprogramm für den Hamburger ASD entwickelt. Schon jetzt werden wir den ASD damit weiter stärken. Aktuell wird es rund 26 zusätzliche Stellen geben, davon 17,5 Stellen, damit stellvertretende ASD-Leitungen die Hälfte ihrer Arbeitszeit von der Fallarbeit freigestellt werden können und somit insbesondere junge oder neu eingestellte ASD-Fachkräfte unterstützen können. Knapp neun weitere Stellen wird es geben, um die Fachkräfte zusätzlich bei der computergestützten Arbeit zu unterstützen. Und über den Umfang der weiteren zusätzlichen Stärkung der Geschäftsstellen wird derzeit entschieden. Gleiches gilt für all diejenigen ASD-Abteilungen, die besonders stark von Personalwechsel betroffen sind und die dringend Stabilität brauchen.

Dieses Vorgehen zeugt von unserer Sorgfalt beim Einsetzen von Personalmitteln. Wir schaffen neue Stellen genau dort, wo sie nach Aussagen der ASD-Mitarbeiter am meisten gebraucht werden, nämlich zur Entlastung von Bürokratie und Dokumentation und für mehr Zeit für die Fallbetreuung.

(Frank Schmitt)

(Beifall bei der SPD)

Letztendlich muss es doch unser aller Ziel sein, unsere Kinder in Hamburg zu schützen. Deshalb muss auch alles getan werden, damit sich die Situation im ASD stabilisiert und sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Fallarbeit konzentrieren können.

Sie sehen also, der SPD-Senat kümmert sich seit Amtsantritt 2011 aktiv um eine Verbesserung der Arbeitssituation im ASD.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Haben Sie denn die Berichte nicht gehört?)

Zum Antrag der LINKEN: Bei der punktweisen Abstimmung werden wir alle Punkte ablehnen, denn diese Punkte sind dort als Arbeitsaufträge an einen Runden Tisch formuliert, den wir, wie ich bereits ausgeführt habe, nicht als geeignetes Instrument für eine Stärkung des Allgemeinen Sozialen Dienstes sehen.

Durch unseren Zusatzantrag wollen wir die weitere Stärkung des Allgemeinen Sozialen Dienstes eng begleiten. Wir wollen ganz konkret über die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen im Bilde sein, im Familien-, Kinder- und Jugendausschuss und zusammen mit Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen. Die dringend erforderliche Stärkung des ASD ist richtig und wichtig und wird im Fokus der SPD-Fraktion bleiben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Schmitt. – Das Wort hat Herr de Vries von der CDU-Fraktion.

Christoph de Vries CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Schneider, zunächst einmal bin ich froh darüber, dass Sie nun eingesehen haben, dass die Einsetzung des PUA ihren Wert hat, denn Sie haben dort die Aussagen des Abteilungsleiters zum Anlass genommen, um heute Ihren Antrag zum dritten Mal einzubringen.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Zweites Mal!)

Insofern ist das auch eine gute Einsicht, die uns auf diesem Weg bestätigt. Vielen Dank dafür an dieser Stelle.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Till Steffen GRÜNE*)

In der Tat haben uns die Aussagen von Herrn Stein, dem ASD-Abteilungsleiter, am 3. Juni in der Klarheit erschüttert – ich glaube, die Abgeordneten genauso wie die Öffentlichkeit –, wie er über die Arbeitssituation im ASD Eimsbüttel berichtet hat. Man war verwundert darüber, dass seit der Koblenzer Studie, dem sogenannten Lagebild, Herr Scheele seit Juni 2012, als es veröffentlicht wurde,

eigentlich nichts Wirksames unternommen hat, um die Arbeitssituation der Mitarbeiter zu verbessern. Und auf die Frage, wie es denn heute sei, hat er sogar geantwortet, die Situation sei noch schlimmer geworden mit dem Verweis auf JUS-IT, auf die Belastungen und anderes. Das ist schon eine erschreckende Beurteilung, die wir da aus erster Hand erfahren haben. Dabei waren die Feststellungen damals in der Schrapper-Studie sehr klar. Ich will das erste Fazit zitieren:

"Nicht alles ist schlecht, [...] aber zu Vieles ist sehr problematisch und bedroht die Arbeitsfähigkeit der ASD-Abteilungen erheblich. In etlichen Abteilungen ist die Grenze einer noch ausreichend zuverlässigen Kinderschutzarbeit bereits deutlich unterschritten."

Das heißt, wir hatten schon vor zwei Jahren eine klare Feststellung, dass die Arbeitsfähigkeit der Jugendämter in Hamburg gefährdet ist, und es ist nichts veranlasst worden, was diese Situation in einer Art und Weise verändert hätte, dass man von einer Verbesserung für die dortigen Mitarbeiter sprechen kann; das ist schon bedenklich.

Aber das ändert nichts daran, dass Ihre Forderungen identisch sind mit dem Antrag, den wir zuletzt am 7. Mai, glaube ich, beraten haben. Deswegen will ich auch die Argumente nicht noch einmal austauschen.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Aber Ihr Kenntnisstand ist jetzt besser!)

– Er ist jetzt ein bisschen anders, aber es ändert nichts daran.

Was Sie fordern, ist jetzt im Werden, das ist schon angesprochen worden. Es sollen zunächst 26 bis 27 Stellen bereitgestellt werden. Das ist auch richtig so, aber ansonsten ändert die bloße Wiederholung Ihrer Forderungen doch nichts an der Sachlage.

Eines muss man immerhin konstatieren, Sie sprechen jetzt in Ihrem Antrag von Kinderschutz. Sowohl Kindeswohl als auch Kinderschutz sind in Ihrem letzten Antrag überhaupt nicht aufgetaucht. Wir hatten das damals als CDU moniert. Das haben Sie entsprechend nachgeholt und damit auch dem Antrag vielleicht eine etwas bessere Richtung gegeben, als sich nur allein auf die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter zu fokussieren.

Wir werden uns im PUA weiterhin ausführlich mit den Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter beschäftigen. Ich hoffe, dass wir dort auch weitere Einblicke bekommen, weil sie wichtig sind für unsere Aufklärung, denn eines ist klar: Gute Arbeitsbedingungen sind zwingende Voraussetzungen für eine gute Sozialarbeit, die in den Jugendämtern geleistet wird. Aber wir wollen keine Schnellschüsse zwischen durch, bevor wir mit der Aufklärung am Ende sind.

(Christoph de Vries)

Machen wir erst eine gründliche Analyse und ziehen dann die richtigen Schlussfolgerungen; für et- was anderes sind wir nicht zu haben.

Klar ist auch, dass diese Aufstockung ein erster Schritt ist, aber mehr auch nicht. Es müssen weitere Maßnahmen folgen, und zwar, um den best- möglichen Schutz der Kinder zu gewährleisten und natürlich auch im Sinne der Mitarbeiter, um ihre Bedingungen zu verbessern.

Eines habe ich schon damals thematisiert: Es gibt Probleme jenseits von Fragen der Personalaus- stattung, die wir immer wieder erkennen. Diese thematisieren Sie in Ihren Anträgen systematisch nicht. Ich halte das für eine schwere Nachlässig- keit, denn diesen Fragen dürfen wir nicht auswei- chen. Wir werden den Kinderschutz in Hamburg nämlich nicht verbessern, wenn wir uns allein auf mehr Stellen fokussieren, wir brauchen auch ande- re Haltungen. Wir müssen in Zukunft zusehen, dass das Wohl der Kinder und ihr Schutz mehr in den Mittelpunkt gerückt werden. Daran ändern al- lein mehr Personal und mehr Stellen nichts.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Da klatscht ja nicht einmal die CDU!)

– Das werden Sie sehen.

Wir haben dem Antrag vor zwei Monaten nicht zu- gestimmt. Sie werden Verständnis dafür haben, dass wir das heute auch nicht tun.

Nun komme ich zum Zusatzantrag der SPD. Der Antrag, lieber Kollege Schmidt, ist eine Farce.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie beschreiben in Ihrem Text Maßnahmen, was Sie in den letzten Jahren alles getan haben, und klopfen sich auf die Schulter. Fakt ist, für den Kin- derschutz selbst, für die enge Arbeit des ASD, wo es um Kinderschutz geht, ist keine einzige Stelle in Ihrer Regierungszeit geschaffen worden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Sylvia Wowretzko SPD: Aber besetzt! Nicht bewirt- schaftet!)

Das, was geschaffen wurde, waren Stellen in der sozialräumlichen Arbeit, und nicht einmal diese Mittel sind auf Ihrem Mist gewachsen, sondern auch dieses Programm ist unter der Vorgängerre- gierung, nämlich unter der CDU-Regierung, ge- schaffen worden.

Sie legen tatsächlich dar, was der Senat in seinem Arbeitsprogramm verkündet. Es gibt keine eigene Akzentuierung der SPD-Fraktion und keinen eigen- en Schwerpunkt. Ich finde das dürftig und dem Thema nicht angemessen.

(Beifall bei der CDU und bei Christiane Blö- meke GRÜNE und Finn-Ole Ritter FDP)

Dass man dann fordert, das, was der Senat medial verkündet hat und das, was Sie jetzt noch einmal

wiederholt haben, dem Familienausschuss zu prä- sentieren, ist eine bare Selbstverständlichkeit, das gießt man doch nicht in einen Antrag. Ich finde das Vorgehen an der Stelle wirklich peinlich.

(Beifall bei der LINKEN und bei Christiane Blömeke GRÜNE)

Nun zu dem, was tatsächlich passiert ist, und der Arbeitssituation der Jugendamtsmitarbeiter in den ASDs in Hamburg. Fakt ist, dass in dieser Hinsicht nichts passiert ist, bis es den öffentlichen Aufschrei im PUA in der Sitzung am 7. Juni gegeben hat. Wir können nichts erkennen, was wirklich die Arbeitsfä- higkeit der Jugendämter verbessert hätte und was auch geeignet gewesen wäre, die Güte des Kin- derschutzes in Hamburg zu verbessern. Und diese Frage, was eigentlich in diesen Jahren unternom- men wurde, wird auch weiterhin eine zentrale Rolle im PUA spielen.

Ich habe zum Personalbemessungssystem abge- fragt – das wurde auch angesprochen –, was ei- gentlich passiert sei. Ich habe es schon erwähnt: Während der Regierungszeit der CDU hat es fast 100 neue Stellen gegeben, in Ihrer Zeit keine. Dann ist das Personalbemessungssystem ange- kündigt worden, und noch im August 2012, als wir im Sonderausschuss nach dem Tod von Chantal gesprochen haben, hat Senator Scheele öffentlich gesagt, das Personalbemessungssystem werde bis Ende 2013 eingeführt werden. Das war die Aussage damals, und in dem Glauben sind wir im- mer gelassen worden.

Was ist dann passiert? Dann ist ein Jahr lang gar nichts passiert. Am 7. August 2013, also genau ein Jahr später – das war die erste Maßnahme – hat es eine offizielle Projekteinsatzungsverfügung ge- geben. Es ist also ein Jahr lang nichts passiert, und dann hat man ein Projekt beschlossen. Und wann hat diese Projektgruppe zum ersten Mal ge- tagt?

(Finn-Ole Ritter FDP: Im November!)

Am 18. März 2014. Das war acht Monate später und drei Monate, nachdem Yagmur gestorben war. Man muss sich da wirklich die Frage stellen, wel- che Rolle der Kinderschutz in dieser Behörde unter der Führung von Senator Scheele gespielt hat. Das ist eine ganz wichtige Frage, der wir uns wid- men müssen. Aber sich auf die Schulter zu klopfen und zu sagen, man würde das einführen, ist schon ein wenig vermessen. Das ist auch der tatsächli- chen Entwicklung, wie ich sie eben geschildert ha- be, absolut unangemessen. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr de Vries. – Das Wort hat Frau Blömeke von der GRÜNEN Fraktion.

Christiane Blömeke GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mir geht es ein wenig wie Kollege de Vries. Ich habe mit Spannung auf diesen SPD-Antrag gewartet, den Zusatzantrag zu dem bekannten Antrag der LINKEN, und habe gedacht, jetzt käme etwas Konkretes, jetzt würde die Fraktion handeln, jetzt unterstütze sie vielleicht ihren Senat oder fordere ihn sogar heraus.

(Dirk Kienscherf SPD: Wir unterstützen immer unseren Senat!)

Ich kann verstehen, dass man als Fraktion nicht immer das bekommt, was man vielleicht möchte, wenn man mit dem Senat etwas aushandelt. Aber man sollte dann lieber auf einen Antrag verzichten, als solch eine Lachnummer zu präsentieren.

(Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)

Das ist ein weichgespülter Antrag, man muss sich das klarmachen, ein Antrag der Regierungsfraktion, die einen Bericht im Familienausschuss fordert. Dass Ihnen das nicht selbst peinlich war, kann ich nicht verstehen, aber ich sehe auch an einigen Gesichtern, dass vielleicht doch ein gewisses Unbehagen dabei ist.

Nicht nur peinlich, sondern verantwortungslos handelt aus meiner Sicht Senator Scheele, und das will ich auch begründen, Herr Senator. Drei Jahre lang, seit Ihrem Amtsantritt, haben Sie die Überlastung und die Arbeitssituation in den Allgemeinen Sozialen Diensten im Jugendamt ignoriert. Sie haben sie ausgesessen, Sie haben auch den Rat der Fachleute ignoriert. Diese Situation bei den Jugendämtern nicht ernst zu nehmen, halte ich für gefährlich und eines Sozialsenators für unangemessen.

Und erst jetzt, das hat Herr de Vries gut herausgearbeitet, wo der Wahlkampf naht und wo im Untersuchungsausschuss Versäumnis für Versäumnis aufgedeckt und nachgewiesen wird, und zwar auch eklatante Versäumnisse bei der Arbeitssituation in den Jugendämtern – das will ich nicht weiter ausführen, denn das haben meine Vorredner und Vorrednerinnen schon ergänzt –, fängt der Senator an zu handeln und kündigt marginale Verbesserungen für die Personalsituation in den Allgemeinen Sozialen Diensten an.

(Zuruf von Frank Schmitt SPD)

Erst jetzt, lieber Herr Schmitt, sehe ich, dass der Senator aus seinem Dornröschenschlaf erwacht und zaghaft beginnt zu handeln. Ganz ehrlich, das hätte er schon nach dem Tod von Chantal tun müssen, das haben wir eben doch gehört. Es gab die Schrapper-Studie, es gab den Bericht der Innenrevision nach dem Tod von Chantal, in denen genau dasselbe beschrieben wurde, was wir jetzt in den Aussagen vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss gehört haben. Die Situation

in den Jugendämtern ist nicht mehr so, dass sie den Kinderschutz gewährleisten. Nun frage ich mich, warum Ihr Senator, Herr Schmitt, nicht schon nach dem Tod von Chantal gehandelt hat?

(Frank Schmitt SPD: Das tut er doch!)

Ich frage ihn, er hat sich auch gemeldet, er wird sicherlich etwas dazu sagen.

Die Lücken waren da, die Personalsituation in den Jugendämtern dramatisch. Ich denke, es ist Aufgabe des Sozialsenators, für das Wohl der Hamburger Kinder und der Familien zu sorgen. Und dieser Verantwortung ist Sozialsenator Scheele nicht nachgekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einzig und allein neu in den Maßnahmen, die Sie aufgezählt haben und von denen wir immer wieder hören, ist die bessere Bezahlung der Jugendamtsmitarbeiter. Das finde ich gut, es ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung, aber dabei ist nicht eine Stelle mehr herausgekommen. Ich will noch einmal betonen, dass die 44 Stellen, die Sie immer anführen, nicht die Mitarbeiter sind, die am Fall arbeiten, die bei den Familien sind. Es sind, wie Herr de Vries sagte, die Netzwerkmanager für die sozialräumliche Arbeit. Das entlastet nicht die Mitarbeiter, die versuchen, den Spagat zu erreichen zwischen Schreibtisch und Familienarbeit.

Genauso wenig entlastend ist die Maßnahme, die Sie auch angeführt haben, die wir lesen konnten, nämlich die Aufstockung beim Leitungspersonal. Auch das hilft nicht den Mitarbeitern, die am Schreibtisch sitzen und versuchen, 70 oder 80 Fälle gleichzeitig zu bearbeiten. Ich frage mich wirklich, was das für ein Verständnis von Kinderschutz ist.

Dazu kommt noch, dass Sie Geld ausgeben für die eben von Ihnen gelobten JUS-IT-Stellen, damit die Mitarbeiter endlich verstehen, wie dieses Programm funktioniert.

(Sylvia Wowretzko SPD: Das, was Sie auf den Weg gebracht haben!)

Das ist nicht der richtige Schritt, das ist für uns ein Schritt in die falsche Richtung. Die Mitarbeiter sind nicht begriffsstutzig. Das Programm taugt so nichts, und so kann es nicht klappen. Wir brauchen dringend eine Verbesserung der Gebrauchstauglichkeit und der Bedienbarkeit. Dafür muss Geld investiert werden und nicht dafür, dass man versucht, auf Krampf die Mitarbeiter in dieses Programm zu pressen, das nicht kompatibel für den Kinderschutz ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann gibt es noch die Ankündigung der temporären Stellen. Das ist nun wirklich die Krönung. Ich habe inzwischen gehört, man munkelt dies, dass diese temporären Stellen für die Rentner aus den

(Christiane Blömeke)

Jugendämtern sein sollen, die wieder zurückkämen. Ich habe zuerst auch gedacht, dass uns die 18 Monate Einarbeitungszeit und die temporären Stellen nichts bringen würden. Aber es gibt jetzt schon Aussagen in den Jugendhilfeausschüssen der Bezirke, dass man die Rentner aus ihrer Pensionierung hole, die dann irgendwo zwei, drei Stunden arbeiten würden, und dann würde das schon klappen. Was ist das bitte für ein Verständnis? Das ist ein temporäres Flickwerk und keine grundsätzliche Verbesserung der Situation in den Jugendämtern. Das geht gar nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Vorsorglich gibt es noch gar kein Datum dafür, die Anzahl der Leute steht noch nicht fest und wo sie hinkommen. Das haben Sie sich lieber erst einmal gespart, sodass wir noch einmal abwarten dürfen, ob das wirklich nur heiße Luft ist oder ob wirklich etwas passiert.

(*Frank Schmitt SPD*: Deswegen lassen wir uns im Ausschuss berichten!)

Meine Einschätzung ist: Statt echter Entlastung werden Trostpflaster verteilt und nichts anderes.

Dann der Verweis auf die Personalbemessung. Drei Jahre lang hat unserer Auffassung nach Senator Scheele die Öffentlichkeit und die Politik getäuscht damit, dass er immer wieder angekündigt hat, es werde ein Personalbemessungssystem kommen, man wäre schon an der Arbeit. Aber was müssen wir jetzt feststellen? Es wurde ein Infobrief an die Mitarbeiter des ASD verteilt, aus dem deutlich hervorging, dass erst jetzt, im Mai, eine Firma beauftragt wurde, die die fachliche Begleitung dieses Personalbemessungssystems durchführen soll. Wir haben das Jahr 2014, und erst jetzt richtet man Arbeitsgruppen für die Personalbemessung ein.

(*Frank Schmitt SPD*: Das ist mehr, als wir 2009 hatten!)

Drei Jahre lang werden wir an der Nase herumgeführt, dass dieses Personalbemessungssystem kommen soll, aber nichts ist passiert. Der Senator hat sich in einen Dornröschenschlaf gelegt und jetzt, wo der Druck durch den Untersuchungsausschuss und die Öffentlichkeit so groß ist, wacht er auf und fängt an, das Personalbemessungssystem in Auftrag zu geben. Das ist unmöglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will Ihnen sagen, was wir brauchen. Wir brauchen noch in dieser Legislaturperiode Sofortmaßnahmen, und auch deswegen – das haben Sie jetzt gar nicht erwähnt, wir haben auch unseren Antrag recycelt – brauchen wir die 65 Stellen, die gegenfinanziert sind. Dann müssen wir natürlich darangehen, die Stellen dauerhaft auszustatten und nicht nur als temporäre Stellen einzurichten.

Wir brauchen eine deutliche Entlastung der Mitarbeiter in den Jugendämtern.

Das Personalbemessungssystem soll kommen, dafür sind wir auch. Aber wir können doch nicht warten bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag, und ich wette mit Ihnen, in dieser Legislaturperiode wird es nicht mehr kommen. Sie können mich da gern eines Besseren belehren, Herr Senator, aber die Legislaturperiode ist bald vorbei.

Wir brauchen eine Entschlackung der ASD im Bereich der Bürokratie, die viel zu aufwendig ist, das hat Frau Schneider schon gesagt. Ein Anlagenband von 400 Seiten ist Unfug, das muss mit den Mitarbeitern im ASD entschlackt werden. Wir müssen dahin kommen, dass die Mitarbeiter mehr Zeit für die Familien, für die Fallarbeit haben, dass sie in die Familien gehen und wirklich in die Lage versetzt werden, den Kinderschutz vor Ort zu gewährleisten.

Was wir nicht brauchen, ist eine Regierungspartei, die weichgespülte Anträge in die Bürgerschaft einbringt. Zumindest haben Sie jetzt noch die Chance, bei unserem Antrag – dazu haben Sie sich nicht geäußert, Herr Schmitt – den Punkt anzunehmen, dass Sie sich gegen die Schließung der ASD-Abteilung in St. Pauli aussprechen. Die Kollegen in Hamburg-Mitte tun das, die SPD hat gestern Abend zusammen mit den GRÜNEN Einspruch eingelegt. Das Thema kommt in den Hauptausschuss, das war ein Alleingang von Bezirksamtsleiter Grote.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Der kennt sich auf St. Pauli aus!)

Ich hoffe, dass die neue Koalition in Hamburg-Mitte zwischen GRÜNEN und SPD das irgendwie noch verhindern kann.

Sie und Ihre Fraktion, Herr Scheele, hätten jetzt die Gelegenheit, diese Schließung mit der Kraft der Bürgerschaft und des Senats zu verhindern. Das ist familienfeindlich, wir brauchen den ASD in den Stadtteilen.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Dirk Kienscherf SPD*: Ich denke, wir wollen die Bezirke stärken!)

Mehr habe ich dazu erst einmal nicht zu sagen, das letzte Wort ist aber noch nicht gesprochen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Blömeke. – Das Wort hat Herr Ritter von der FDP-Fraktion.

Finn-Ole Ritter FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist immer schwierig, als letzter Redner zu so einem fachlich intensiven Thema zu

(Finn-Ole Ritter)

sprechen, vor allem, wenn wir es schon dreimal getan haben, aber ich versuche es trotzdem.

(Vizepräsidentin Kersten Artus übernimmt den Vorsitz.)

Wir verhalten uns nicht anders als das letzte Mal, wir werden ziffernweise Abstimmung für beide Anträge beantragen. Wir werden uns bei den Punkten, bei denen schon explizit steht, wie viele Stellen geschaffen werden sollen, enthalten, weil wir es nicht wissen.

Wir sind dafür, ein Personalbemessungssystem zu schaffen; Frau Blömeke hat gerade darauf hingewiesen. Wir warten schon seit einiger Zeit darauf. Einige Zeit sind drei Jahre; das ist ziemlich lange aus unserer Sicht. Wir haben vor Kurzem mit einem Experten gesprochen, der uns die Komplexität eines Personalbemessungssystems einmal erklärt hat, was ich durchaus nachvollziehen kann. Man muss die Fälle definieren, man muss etwas davon wissen. Das ist ein ganz toller Prozess. Aber wenn wir als Familienpolitiker im Ausschuss hören, seit 2011 sei es in der Umsetzung – hier kann ich die Kritik von Frau Blömeke nachvollziehen – und die erste Sitzung dieser Lenkungsgruppe habe im März 2014 stattgefunden, dann fühlen wir uns zu Recht vom Senat nicht ernst genommen. Deswegen halte ich die Beiträge meiner Vordredner für berechtigt, und wir werden die Anträge hoffentlich im Ausschuss weiter diskutieren.

(Beifall bei der FDP und bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

Fassen wir einmal zusammen: Das ist Politik nach Großwetterlage, wie Frau Blömeke oder auch Herr de Vries schon richtig gesagt haben. Jahrelang ist nichts passiert; das Dach wurde ein bisschen geflickt, wo es gebrannt hat, so gut es halt ging. Dann kam mit bestimmten Ausschüssen der große Sturm. Der größte Sturm kam mit dem PUA bei der Vernehmung des Zeugen. Ich habe am Anfang tatsächlich Vertrauen in den Senat gehabt, das ist vielleicht ein bisschen naiv gewesen. Aber die Aussagen, die Situation beim ASD sei kontrollierbar, sie könnten ihre Arbeit machen, sie hätten zwar ein paar Vakanz an manchen Stellen, aber es liefe schon irgendwie, habe ich ernst genommen. Nun sehen wir nach drei Jahren intensiver SPD-Arbeit und berechtigten Maßnahmen, dass die wohl etwas an der Realität vorbeigehen, weil sie im Ergebnis nicht richtig helfen. Das heißt also, der ASD brennt immer noch, und der Senat kommt dann direkt nach der Sitzung mit seinem Notfallprogramm Nummer 3 oder 4 und schafft 26 Stellen, oder wie viele es auch immer sind. Das ist Politik nach Großwetterlage. Wenn es regnet, dann mache ich mein Fenster zu oder fange an, richtig Gas zu geben. Ich frage mich die ganze Zeit, Herr Scheele, wo denn Ihre strategische Ausrichtung beim Umgang mit dem ASD ist, um den Kinderschutz in Hamburg effektiv zu verbessern. Auf diese Antwort

warten wir im Ausschuss seit 2011. Wir haben nun einen sensationellen SPD-Antrag, der wirklich keinen Kommentar wert ist, denn das sind eigentlich Selbstverständlichkeiten. Ich erwarte vom Senat geradezu, dass er das tut, was in diesem Antrag steht. Und wenn die SPD als Regierungsfraktion uns so etwas vorlegt, dann ist das ein Armutszeugnis, eine Bankrotterklärung der SDP-Fraktion.

Lassen Sie uns im Familienausschuss nun einmal ernsthaft darüber sprechen, Herr Scheele, was Sie vorhaben, um den ASD wieder zu befähigen, seine Arbeit zu verrichten; ich bin gespannt. Sie kommen gleich nach vorn und werden uns vielleicht ein Feuerwerk an Ideen präsentieren, wie Sie es machen werden; ich freue mich darauf. Wir werden die Anträge ziffernweise abstimmen und hoffen darauf, dass sich die Situation schnellstmöglich verbessert.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Senator Scheele, Sie haben nun das Wort.

Senator Detlef Scheele: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es gibt kein Feuerwerk, das machen wir drinnen lieber nicht; wir machen das ein bisschen ordentlich. Was haben wir nach dem Tod von Chantal vorgefunden, als wir uns dem ASD zugewandt haben? Ich will gern einräumen, dass dies der erste Anlass war, sehr vertieft in die ASD-Abteilungen dieser Stadt zu schauen, weil dieses traurige Ereignis uns doch alle gemeinsam sehr erschüttert hat. Wir haben uns das sehr genau angesehen und festgestellt, dass alle ASD-Abteilungen vom Vorgängersenat generell bewirtschaftet worden sind. Es waren 75 Prozent der Stellen besetzt. Wir sind jetzt bei einer Stellenausstattung von 97 Prozent, und dahinter stehen annähernd hundert Einstellungen. Nun beklagen sich alle, dass dies lauter unerfahrene Fachkräfte seien, die die Fälle noch gar nicht bearbeiten dürfen. Dann müssen Sie sich einmal damit befassen, wie das System funktioniert. Das System funktioniert so, dass jeder Sozialpädagoge, der beim ASD angestellt wird, zunächst einmal keine insoweit erfahrene Fachkraft ist, sondern eine 18-monatige Fortbildung plus Zusatzqualifikation braucht, bevor er überhaupt einen Fall allein bearbeiten darf. Wenn man aber einen ASD vorfindet, bei dem 25 Prozent der Stellen gar nicht besetzt sind, dann braucht man mindestens 18 Monate, bis die neu eingestellten Mitarbeiter überhaupt erfahrene Fachkräfte sind. Das haben wir nun langsam, aber sicher hinkommen. Und wir haben durch die Höhergruppierung auf E 10 die Fluktuation unterbunden. Diese wirklich wunderbare Idee, Amtsvormünder in E 10 einzugruppieren, hatte die Konkurrenz im eigenen Haus befeuert. Es war nicht unsere Idee, es war die schwarz-gelbe Bundesregierung, die das Ding in Gang gesetzt hat. Wir mussten aus Wert-

(Senator Detlef Scheele)

schätzungsgründen höhergruppieren, aber auch, um den Umzug von einer Tür zur anderen zu verhindern. Denn wenn das stattfindet, dann kann man gleich wieder eine 18-monatige Fortbildung starten und hat wieder eine insoweit unerfahrene Fachkraft. Die Kolleginnen und Kollegen im Parlament müssen wissen, dass selbst jemand, der 20 Jahre bei einem offenen Träger der Jugendarbeit gearbeitet hat, beim Wechsel zum ASD per Definition als unerfahren gilt. Insofern kann man dieses Argument, es seien alle unerfahren, immer wie eine Monstranz vor sich hertragen. Sie sind es so lange, bis sie mindestens 18 Monate in diesen Abteilungen gearbeitet haben. Darum bemühen wir uns zurzeit sehr, denn wir wissen, wie schwer und anstrengend dieses Aufgabenfeld ist, und wir wollen diese Leute behalten.

(Beifall bei der SPD)

Dann wird hier über Fallobergrenzen geredet. Der Antrag der Linken zeichnet sich dadurch aus, dass sie zumindest zugeben, gar nicht zu wissen, was ein Fall ist. Sie sagen, man könnte hinterher immer noch überlegen, was ein Fall ist, und wenn man etwas falsch gemacht hat, dann ist das halt Pech. Das steht in Ihrem Antrag. Wenn man den Düsseldorfer Standard anwendet, der bundesweit in gewisser Weise akzeptiert ist, dann haben wir ein Verhältnis von 1:29 und Düsseldorf 1:35. Das, was hier von den Oppositionsfraktionen immer zusammengequirlt wird, sind die im Jahresverlauf bearbeiteten Fälle. Es hat niemand regelhaft 90 Fälle auf dem Tisch. Wenn man die Fälle nach dem Düsseldorfer Schlüssel durch das Personal teilt, dann sind wir bei 1:29. Damit will ich nicht behaupten, dass beim ASD alles gut ist. Die Arbeit ist schwer genug, aber darum machen wir uns auch daran, dieses komplizierte Tätigkeitsfeld zugegebenermaßen langsamer, als ich mir gewünscht habe, in einer Weise aufzuarbeiten, dass es dauerhaft stabilisiert wird.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man dann als Opposition noch nicht einmal den Zusammenhang zwischen Sozialraum, ASD und Einzelfallhilfe verstanden hat, weil man die 44 zusätzlichen Stellen einfach vom Tisch wischt, dann hat man das System gar nicht verstanden

(Beifall bei der SPD)

oder man will es nicht verstehen, weil man vielleicht Spaß daran hat, die Kuh weiter durchs Dorf zu treiben. Davon halte ich aber nichts, denn die sozialraumorientierten Angebote entlasten den ASD in wunderbarer Weise, wenn die Sozialraummanager an den Hilfeplangesprächen teilnehmen und dafür sorgen, dass einfache, niedrigschwellige Angebote den Familien Hilfestellungen geben. Es funktioniert inzwischen, und ich lasse dieses Angebot nicht diskriminieren.

(Beifall bei der SPD)

Nun kommen wir zur Frage, ob wir mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern reden oder nicht. Ich habe inzwischen etwas mehr als 20 ASD-Abteilungen mehrfach besucht. Herr Pörksen und ich waren auch nach dem Auftritt des ASD-Leiters aus Eimsbüttel – ich kenne ihn nur aus der Presse – in einer ASD-Abteilung und haben gefragt, ob die Mitarbeiter darüber amused sind, was in den Zeitungen steht; das sind sie nicht.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Warum sollten sie auch!)

Sie sind nicht amused darüber, dass wir nicht gemeinschaftlich Ruhe hineinbringen und die Arbeitsbedingungen so ausgestalten, dass sich Kolleginnen und Kollegen gern in diesen ASD-Abteilungen bewerben.

(Robert Heinemann CDU: Das ist doch Ihr Job!)

Wenn man mit den Kollegen spricht, dann bemerkt man sehr wohl eine kritische Offenheit gegenüber der Behörde bei der Klärung der Frage, wie wir langfristig zu Potte kommen. Wir haben eine Steuerungsgruppe Jugendhilfe eingerichtet, die mein Staatsrat leitet. Dort sind die Bezirke Mitglied, es sind die Personalräte Mitglied, auf die Sie solchen Wert in dieser Frage legen, und die segnen schön alle Maßnahmen gemeinschaftlich ab, die wir hier erörtern. Wir brauchen also in der Frage der Beteiligung überhaupt keine Nachhilfe.

(Beifall bei der SPD)

Nun kommen wir zur Frage der Personalbemessung. Ich verstehe, dass es hier Ungeduld gibt. Das will ich gern einräumen, damit habe ich überhaupt kein Problem. Wir haben aber in Ihren Anträgen keine Aussage darüber vorgefunden, wo denn diese 65 Stellen genau hin sollen, welche Funktionen wahrgenommen werden sollen und wie die Prozesse aussehen. Wir können nicht die alte ASD-Organisation zertifizieren und zur Personalbemessungsgrundlage nehmen, denn unter der alten Organisation sind die Kinder zu Tode gekommen. Wir brauchen eine Neuaufstellung, und die müssen wir bemessen. Es tut mir auch leid, dass es länger dauert, als ich mir gewünscht habe. Das will ich gern einräumen, aber wenn man Kindeswohlgefährdung in einen QM-Prozess schreibt, um dann Schritt für Schritt zu klären, wie viel Zeit man dafür braucht, dann ist das die einzige Möglichkeit, um eine seriöse Personalbemessung durchzuführen und nicht einfach 65 Stellen irgendwohin zu tun und nicht einmal zu wissen, was mit diesen 65 Stellen passieren soll. Das finde ich nicht seriös.

(Beifall bei der SPD)

Weil es länger dauert, als ich mir gewünscht habe, haben wir mit den Bezirken darüber geredet, was wir temporär tun können, um sozusagen im Vorgriff auf dieses System etwas Erleichterung zu schaf-

(Senator Detlef Scheele)

fen. Der Fall Yagmur hat gezeigt, dass es bei den Übergängen von Bezirk zu Bezirk, von ASD zu ASD an Leitungskapazitäten mangelt, die diese Schnittstellen managen. Darum wollen wir die stellvertretenden Leitungen entlasten und zusätzliches Personal in die Fallbearbeitung stecken. Wir machen es genauso wie auch an anderen Stellen, wir versuchen Verwaltungstätigkeiten von den Fachkollegen wegzunehmen und in die Geschäftszimmer zu verlagern. Das ist kein besonderer Kniff, das findet allenthalben statt, und das machen wir jetzt auch. Und wir versuchen, die Problematik rund um JUS-IT dadurch zu vereinfachen, dass wir noch einmal Multiplikatoren in die Abteilungen geben.

Nun komme ich zur Frage der hier hoch diskriminierbaren temporären Verstärkung in den Abteilungen. Wir haben Professor Schrapper erneut beauftragt – wir haben ihn übrigens auch für diese wunderbare Studie, die Sie immer zitieren, beauftragt, es musste uns niemand dazu ermuntern – und ihn gebeten, mit den Kolleginnen und Kollegen in den 13 belasteten Abteilungen über die Frage zu diskutieren, welche Hilfe notwendig ist. Die Diskussionen haben stattgefunden. Nun werden wir Bezirk für Bezirk, ASD für ASD mit dem Kollegen Schrapper zusammen klären, welche Hilfe notwendig ist, und das wird man auch vertraglich festschreiben müssen. Man kann nämlich nicht einfach, wie die Opposition es sich wünscht, irgendwo etwas hingeben und dann schauen, ob etwas dabei herauskommt. Das muss aufgeschrieben und unterschrieben werden, und damit werden, glaube ich, am Ende des Tages alle zufrieden sein. Vermutlich wird, wenn das System da ist, kein Wort darüber geredet, ob sie zwingend wieder weg müssen. Wenn sie sich einpassen, dann ist es doch in Ordnung. Jetzt helfen wir erst einmal dort, wo die Fluktuation am größten ist. Die ist im Übrigen nicht deshalb am größten, weil alle nicht beim ASD arbeiten wollen, sondern weil sehr viele Erziehungsurlaub oder Mutterschutz haben, denn wir haben viele jüngere Kolleginnen eingestellt, die nun von einer festen unbefristeten Stelle Gebrauch machen. Das ist die Wahrheit bezüglich der Fluktuation.

Zum Schluss will ich sagen, dass wir aus dem Fall Yagmur einige Konsequenzen gezogen haben. Die Jugendhilfeinspektion hat innerhalb von wenigen Wochen die uns in dieser Dramatik nicht bekannten Schnittstellen aufgedeckt; die waren für uns alle neu. Es wäre schade, wenn man die Jugendhilfeinspektion abschaffte, dann wüssten wir es bis heute nicht; das wäre keine gute Idee. Wir wissen etwas über die Schnittstellen zur Staatsanwaltschaft, wir wissen etwas über die Schnittstellen zur Familiengerichtbarkeit, wir wissen etwas über die Schnittstelle zur Rechtsmedizin und wir wissen etwas über die Schnittstelle zur Kita. Überall dort haben wir bereits gehandelt. Wir haben einen Kontrakt mit dem Institut für Rechtsmedizin geschlos-

sen. Das steht jedem ASD-Mitarbeiter zur Verfügung, wenn er unsicher ist, ob ein Kind einen Misshandlungsschaden erlitten hat oder nicht. Das hat es vorher nicht gegeben. Wir haben die Kinderärzte aufgefordert, die nämlich allein gar nicht mit dem Jugendamt zusammenarbeiten wollen, dass sie regelmäßig, wenn sie Zweifel haben, das Kinderkompetenzzentrum, das Wilhelmsstift oder das Kinderkrankenhaus Altona einschalten, um Misshandlungsvorwürfen nachzugehen. Das hat es vorher nie gegeben, das gibt es aber jetzt.

(Beifall bei der SPD)

Darüber hinaus hat die Staatsanwaltschaft eine Handreichung für die ASD-Abteilungen gemacht, weil wir im Bericht der Jugendhilfeinspektion gelesen haben, dass die Kollegin, die den Einstellungsbescheid auf den Tisch bekommen hat, ihn nicht bis zum Schluss durchgeschaut und gesehen hat, dass es einen anderen Befund gab, als sie dachte. Es gibt nun für jeden ASD eine Partnerstaatsanwaltschaft, damit man klären kann, ob man das gerade richtig macht und wo man in solch einer Akte suchen muss, denn der Laie weiß das nicht. Auch das hat es vorher nicht gegeben, und das haben wir, wie ich finde, relativ schnell gemacht.

Das Folgende mag nun verlacht werden, aber ich will es trotzdem sagen. Wir haben auf der Jugend- und Familienministerkonferenz einen einstimmigen Beschluss zwischen A- und B-Ländern gefasst über die Frage, wie wir mit unseren Gesetzesinitiativen im BGB umgehen, um die Rechte der Pflegefamilien gegenüber der Herkunftsfamilie zu stärken, denn bei der Frage der Rückführung in die Herkunftsfamilie gab es erhebliche Fehler. Wir wollten die Kinderrechte ins Grundgesetz bringen, nicht aus Symbolgründen, sondern weil wir wissen, dass bei familiengerichtlichen Entscheidungen in der Regel die Rechte der Eltern höher bewertet werden als die eigenständigen Rechte der Kinder. Darüber hat es bei der Jugend- und Familienministerkonferenz eine Kontroverse gegeben, die sehr produktiv ausgegangen ist, nämlich mit dem einstimmigen Beschluss, eine Arbeitsgruppe einzusetzen und mit A- und B-Ländern und der Bundesregierung zu klären, wie wir die Kinderrechte vor Familiengerichten besser zur Wirkung bringen und wie wir die Frage der Rechte von Pflegefamilien zum Beispiel bei Vollzug, bei Schulentscheidungen und so weiter gegenüber den Rechten der doch manches Mal wirklich furchtbaren Herkunftsfamilien besser stärken können als bisher. Das haben wir nun gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, das ist eine ganze Menge. Ich will gern einräumen, dass wir schneller hätten sein können. Mehr Stellen wären natürlich schön, aber es ist nicht ganz einfach und nicht seriös, mal hier 65 Stellen, dort 20 Stellen und irgendwo 30 Stellen hinzugeben. Man muss schon ziemlich genau

(Senator Detlef Scheele)

schauen, was zu tun ist, wenn man das System verbessern will. Es sind wirklich die schwersten Arbeitsplätze dieser Stadt, weil ASD-Mitarbeiter sozusagen immer eine Wanderung auf Messers Schneide vollführen und nie wissen, was hinter der Tür passiert, wenn der Jugendamtsmitarbeiter sie wieder schließt. Das Thema eignet sich nicht für irgendwelche Streitigkeiten auf dem Rücken der Mitarbeiter. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Blömeke von der GRÜNEN Fraktion hat nun das Wort.

Christiane Blömeke GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Senator Scheele, Sie haben eben aus einer Drucksache zitiert und Maßnahmen verdeutlicht, die Sie vor zwei Wochen im Senat beschlossen haben. Diese Drucksache hat noch nicht das Licht der politischen Öffentlichkeit erblickt; es gibt dazu lediglich eine Vorlage im Landesjugendhilfeausschuss, in der genau diese Maßnahmen, die Sie eben erwähnt haben, stehen.

Zu den Kooperationen des Jugendamts mit den Familiengerichten und so weiter kann ich nur sagen, dass wir diese Schritte begrüßen, aber wir können sie natürlich erst genauer unter die Lupe nehmen, wenn diese Drucksache auch an das Parlament weitergereicht wird, was zwei Wochen nach Beschluss noch nicht der Fall ist.

Ich möchte darauf hinweisen, dass es durchaus um den Zeitpunkt geht, zu dem Sie alle diese Maßnahmen beschlossen haben, denn sie sind doch das Resultat der Vernehmungen im Untersuchungsausschuss. Genau diese Lücken haben wir durch den tragischen Tod von Yagmur in dieser kurzen Zeit seit Einsetzung des Untersuchungsausschusses aufgedeckt – Lücken in der Zusammenarbeit zwischen Jugendamt, Familiengerichten, Staatsanwaltschaft und Polizei. Insofern begrüße ich das Handeln an dieser Stelle durchaus, auch wenn wir die Drucksache dazu noch nicht gesehen haben.

Noch ein paar Sätze zum Personalbemessungssystem. Es ist völlig richtig, was Sie gesagt haben. Das ist ein hochkomplexer, schwieriger Prozess, der Zeit braucht. Das ist nicht mal eben mit einem Fingerschnipp zu machen. Sie sind aber nicht auf die zentrale Frage eingegangen. Warum haben Sie diesen Prozess nicht schon im Jahre 2012 nach dem Tod von Chantal, als die Schrapper-Studie genau dieselben Lücken aufgedeckt hat, eingeleitet? Warum haben Sie damals nicht schon den Schalter umgedreht und gesagt, hier muss ich mich wirklich hinsetzen und mit dem Personalbemessungssystem anfangen? Stattdessen haben Sie nochmals zwei Jahre gewartet. Darauf sind Sie in Ihrer Rede nicht eingegangen. Es ist unbestrit-

ten, dass das ein schwieriger Prozess ist, aber auf die Kritik, dass Sie nach dem Tod von Chantal diesen Zeitpunkt verschlafen haben und erst jetzt, nach dem Tod von Yagmur diesen Prozess eingeleitet haben, hätte ich gern eine Antwort gehabt.

Was den ASD angeht, will ich deutlich machen, dass es in der Tat die letzte richtige Stellenaufstockung im Zeitraum 2006 bis 2011 gab. In dieser Zeit sind 70 neue Stellen geschaffen worden. Das war außerhalb Ihrer Regierungszeit, das war unter Schwarz-Grün. Es geht nicht um den Sozialraum oder zusätzliche Leitungskräfte. Es geht darum, die fallführende Fachkraft zu entlasten. Mich wundert immer wieder, dass Sie auf der Frage, was denn nun ein Fall ist, herumreiten und sagen, es wären pro Mitarbeiter 29 Fälle. Das kann so nicht sein, Herr Senator, sonst kann es nicht angehen, dass die Mitarbeiter des ASD, die wir doch zum Teil zumindest im Untersuchungsausschuss zu Wort haben kommen lassen, und die Jugendamtsleitung andere Zahlen nennen. Ich will nur einmal daran erinnern, dass wir auch Auskünfte darüber haben, dass manche 60 Fälle gleichzeitig bearbeiten müssen. Ich finde es einfach nicht richtig, dass Sie das hier immer wieder klein reden und sagen, nach dem Düsseldorfer System hätten unsere Mitarbeiter 29 Fälle. Das ist nicht korrekt, Herr Senator. Zumindest stimmt es nicht mit der Realität überein.

Ich glaube, man kann das eine tun, ohne das andere zu lassen. Wir brauchen das Personalbemessungssystem, wir brauchen aber auch das Sofortprogramm. Ich traue Ihnen durchaus zu, dass die von uns geforderten 65 Stellen nicht irgendwohin verteilt werden, sondern dass dies mit Kopf und Verstand geschieht. Wenn Sie unseren Antrag annehmen würden, dann würden Sie sich natürlich mit Ihrem Fachwissen hinsetzen und sagen, diese 65 Stellen kommen mir gerade recht, ich schaue, welche ASD-Abteilungen sie benötigen. Das können Sie, Herr Senator, das weiß ich. Dann lassen Sie uns anfangen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Finn-Ole Ritter
FDP: Nur Mut!)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt zunächst einer Überweisung der Drucksache 20/12173 an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Wer möchte darüber hinaus die Drucksachen 20/12306 und 20/12323 an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind auch diese Überweisungen abgelehnt.

(Vizepräsidentin Kersten Artus)

Dann lasse ich über die Anträge in der Sache abstimmen. Wir beginnen mit dem Antrag der GRÜNEN Fraktion aus Drucksache 20/12306. Diesen möchten die Fraktionen der CDU und FDP ziffernweise abstimmen lassen.

Wer möchte sodann Ziffer 1 des GRÜNEN Antrags annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dies mehrheitlich nicht erfolgt.

Wer möchte Ziffer 2 folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dies mehrheitlich abgelehnt.

Wer schließt sich den Ziffern 3 bis 7 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind auch diese Ziffern und somit der ganze Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zum Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 20/12173. Auch hierzu wird es eine ziffernweise Abstimmung geben, diesmal auf Antrag der FDP-Fraktion.

Wer stimmt also den Buchstaben a) und b) zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dies mehrheitlich abgelehnt.

Wer schließt sich den Buchstaben c) und e) bis h) an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch dies mehrheitlich nicht gegeben.

Wer möchte sodann den Buchstaben d) und i) seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind auch diese Buchstaben nicht angenommen und somit der ganze Antrag abgelehnt.

Schließlich zum Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 20/12323.

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dies mehrheitlich erfolgt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 65 auf, Drucksache 20/12186, Antrag der SPD-Fraktion: Klares Signal gegen Spekulanten: Schutz vor gewachsenen Nachbarschaften durch Ergänzungen sozialer Erhaltungsverordnungen.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Klares Signal gegen Spekulanten: Schutz von
gewachsenen Nachbarschaften durch Ergänzungen
sozialer Erhaltungsverordnungen
– Drs 20/12186 –]**

Diese Drucksache möchten die Fraktionen der CDU und Linken an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Frau Prof. Dr. de Libero, Sie haben es.

Dr. Loretana de Libero SPD:* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was nützt die Soziale Erhaltungsverordnung, die Umwandlungsver-

ordnung? Das fragen sich derzeit die Mieterinnen und Mieter in der Erichstraße auf St. Pauli. Dort will nämlich ein Investor Mietwohnungen in Eigentum umwandeln, und er darf das. Das lässt die Umwandlungsverordnung zu, die im Jahre 2012 gemeinsam mit der Sozialen Erhaltungsverordnung beschlossen wurde. Mit der Umwandlungsverordnung wird die Umwandlung nicht verboten, sie wird genehmigungspflichtig. Eine Genehmigung ist jedoch nach Paragraph 172 Baugesetzbuch zu erteilen, wenn sich der Eigentümer verpflichtet, innerhalb von sieben Jahren nur an die eigenen Mieterinnen und Mieter zu veräußern. Nach dieser Frist entfällt die Genehmigungspflicht, und er kann dann verkaufen, an wen auch immer er möchte. Und wenn jetzt diejenigen mit prallem Geldbeutel vor Augen meinen, dort ein Hintertürchen zu wittern, so sagen wir denen mit unserem Antrag: Wir werden auch dieser Spekulationsmöglichkeit einen dicken Riegel vorschieben.

(Beifall bei der SPD)

Unabhängig davon sind und bleiben die beiden städtebaulichen Erhaltungsverordnungen ein wirksamer Schutzschirm gegen Verdrängung und auch gegen Aufwertung sogenannter Szeneviertel. Sie schützen vor Luxusmodernisierung und Nutzungsänderung. Es sind taugliche Instrumente, um alte eingessene Nachbarschaften, intakte Milieus zu schützen und den Mieterinnen und Mietern Sicherheit in ihren eigenen gemieteten vier Wänden zu bieten. In den 1990er Jahren sind erstmals Soziale Erhaltungsgebiete von der SPD in Hamburg ausgewiesen worden, in der südlichen Neustadt, in Barmbek-Süd, Uhlenhorst, Eimsbüttel-Nord, Hohe Luft-West. Im Jahr 1998 folgte die Umwandlungsverordnung. In den genannten Gebieten wurden bis 2003 damit tatsächlich spekulative Verwertungsinteressen wirksam bekämpft. Dann ließ der CDU-Schill-Senat die Verordnung wieder mit einer Ausnahme, das war die Neustadt, außer Kraft setzen, und in den citynahen Stadtteilen setzten sofort wieder Verdrängungsprozesse ein. Erst der SPD-Senat hat sich dieser Problematik erfolgreich angenommen. Seit 2012 wird das bewährte Steuerinstrumentarium der Sozialen Erhaltungsverordnung wieder angewandt.

(Beifall bei der SPD)

Seither profitieren Stadtteile und Quartiere von Altona-Altstadt über die Sternschanze, St. Pauli, St. Georg bis Eimsbüttel-Süd von diesem strukturellen Bestands- und Milieuschutz. Für Bahrenfeld und Ottensen wird das derzeit geprüft. Ein Allheilmittel ist die Soziale Erhaltungsverordnung indes nicht, auch wenn das mancher Jurist einmal behauptet hat. Den einzelnen Mieter schützen sie nicht, Mietenbegrenzungen sind mit ihnen nicht verbunden. Das ist aber auch nicht ihr Ziel. Langfristig hilft in diesen Fällen nur eine erfolgreiche soziale Wohnungsbaupolitik, wie eben die des Ham-

(Dr. Loretana de Libero)

burger SPD-Senats und die von ihm auf den Weg gebrachten und von uns beschlossenen Maßnahmen für einen verantwortlichen Mieterschutz, zu dem etwa die Mietpreisbremse, Kappungsgrenzen oder der verschärfte Wohnraumschutz gehören.

(Beifall bei der SPD)

Die Mieterinnen und Mieter in der Erichstraße sind mit ihren Sorgen an die Öffentlichkeit gegangen. Sie vergleichen die beiden städtebaulichen Instrumente mit einem Deich, der nun ein Loch hat. Dieses Loch ist der eingangs erwähnte Paragraph 172. Dieses Loch müssen wir stopfen, damit es nicht zu einem Deichbruch kommt und Spekulanten die eigentlich schützenswerten Wohngebiete Hamburgs überschwemmen. Mit unserem Antrag wollen wir daher ein deutliches Signal senden. Diejenigen, die in reiner Profitgier den schnellen Gewinn machen wollen, mit altem Bestand spekulieren, gewachsene soziale Strukturen, funktionierende Nachbarschaften gefährden, mögen sich ein Beispiel nehmen an Investoren, die bei allem legitimen Wirtschaftsinteresse sich auch für eine nachhaltige Stadtteilentwicklung engagieren und in Wohnungsneubau investieren.

Meine Fraktion ersucht daher den Senat, sich für einen verbesserten Mieterschutz vor spekulativen Umwandlungsbestrebungen einzusetzen, insbesondere im Geltungsbereich der Sozialen Erhaltungsverordnung. Da die Verordnung auf einem Bundesgesetz beruht, sind Ergänzungen oder Änderungen nur auf Bundesebene möglich. Angedacht war, das haben Sie auch gestern gehört, ein zehnjähriger Kündigungsschutz nach Verkauf von Wohnungen. Unser Antrag schließt daher als Möglichkeit auch ausdrücklich eine Initiative auf Bundesebene ein. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Roock von der CDU-Fraktion hat nun das Wort.

Hans-Detlef Roock CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die SPD-Kollegin hat es eben am Rande angesprochen: In diesem Haus herrscht zweifellos Einigkeit darüber, dass es trotz der jüngsten Wohnungsbauzahl einer weiteren Forcierung des Wohnungsbaus bedarf, um die Lage auf dem Wohnungsmarkt nachhaltig und vor allen Dingen bedarfsgerecht zu entspannen. Meine Fraktion bringt hierzu kontinuierlich konstruktive Anträge ein, jüngst den zur Modifizierung und Erweiterung der Fördermaßnahmen.

(Dirk Kienscherf SPD: Na, na, nicht flunkern, Herr Roock!)

– Lieber Herr Kienscherf, hören Sie erst einmal zu, bevor Sie wieder dazwischenreden.

Dies ist zu Recht – das haben Sie auch bei der Veranstaltung des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen mitbekommen – eine Forderung gerade auch von Investoren, auf die wir im Neubau dringlich angewiesen sind. Mit ihnen sollten wir kooperativ umgehen

(Dirk Kienscherf SPD: Machen wir ja!)

und sie nicht diffamieren und im schlimmsten Fall verprellen. Hierzu ist nun wirklich eine sachliche, differenzierte und realistische Lagebewertung dringend geboten. Die Anträge der SPD und der GRÜNEN versuchen nun aber, eine dramatische Situation zu beschreiben, die es so in Wirklichkeit nicht gibt. Es werden Szenarien aufgebaut, die Eigentümer und Investoren von Mietwohnungen insgesamt unter Generalverdacht stellen, sich zulasten von Mietern die Taschen vollzumachen. Das wurde eben in Ihrem Beitrag sehr deutlich. Außerdem soll der Eindruck erweckt werden, dass die halbe Stadt von einer Verdrängung der Mieter betroffen sei. Das ist eine opportunistische Politik, die gefährlich ist und Wasser auf die Mühlen einer gewissen Klientel gießt.

Beide Parteien überbieten sich auf der einen Seite in der Frage, wer die bessere Mieterschutzpartei ist, und auf der anderen Seite wird den anderen Parteien unterstellt, nichts für den Mieterschutz zu tun – ein durchschaubares Manöver. So ist im SPD-Antrag zu lesen – ich zitiere –:

"Nachdem CDU-geführte Senate einen solchen Schutz in allen Gebieten (mit Ausnahme der südlichen Neustadt) aufgehoben hatten, hat der SPD-Senat dieses Instrument wieder eingeführt."

– Zitatende.

Das ist eine bewusst falsche und verzerrte Darstellung, um sich zulasten anderer ins rechte Licht zu rücken.

(Beifall bei der CDU – Jan Quast SPD: Herr Roock, Sie haben es doch gestrichen, da war ich doch dabei!)

Dabei vergisst die SPD bewusst zu sagen, lieber Herr Quast, dass in den von ihr genannten Stadtteilen unabhängige Gutachten – keine Senatsgutachten, keine Gefälligkeitsgutachten – feststellten, dass gerade dort die Soziale Erhaltungsverordnung keinen Sinn gemacht hat. Andererseits aber wurden von den CDU-Senaten andere Gebiete geprüft. Sie haben letztlich welche eingeführt oder wollen welche einführen, denn so weit sind wir noch gar nicht. Pech für Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass ich schon etwas länger dabei bin und Ihren Unsinn richtigstellen kann; also bleiben Sie hier bei der Wahrheit.

(Beifall bei der CDU – Jan Quast SPD: Da war ich auch dabei!)

(Hans-Detlef Roock)

Es ist wieder einmal ein durchschaubarer PR-Gag in der Wohnungsbaupolitik, zumal bislang nur dieser eine Fall bekannt ist, bei dem die Gesetzeslücke genutzt werden soll. Wenn ich mir beide Beschlussvorlagen ansehe,

(Dirk Kienscherf SPD: Unsere ist die ausgewogenere!)

dann ist das nur ein unkonkretes Rumgeeiere ohne klare Zielvorgabe. Nach meinem laienhaften juristischen Verständnis wäre bei einer Streichung des vorletzten Halbsatzes und des letzten Satzes des Paragraphen 172 Absatz 4 Satz 3 Nummer 6 Baugesetzbuch die Gesetzeslücke geschlossen und das hochgepuschte Verfahren erledigt. Ich gehe davon aus, dass der Senat dieses bereits erkannt hat, Frau Senatorin, und entsprechend vorgehen wird.

Wir würden gerne beide Anträge im Stadtentwicklungsausschuss beraten, damit wir eine Klarstellung vom Senat in dieser Frage bekommen. Sollte das abgelehnt werden, werden wir heute dem kleineren Übel, und das ist nun einmal der SPD-Antrag, zustimmen. Den Antrag der GRÜNEN werden wir ablehnen. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Duge von der GRÜNEN Fraktion hat jetzt das Wort.

(Dirk Kienscherf SPD: Den hat Herr Duge geklaut!)

Olaf Duge GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kienscherf, ich kann mir vorstellen, dass den Bewohnerinnen und Bewohnern in der Erichstraße doch ziemlich der Unterkiefer heruntergefallen ist, als sie erfahren haben, dass ein Antrag zur Begründung von Wohnungseigentum im Gebiet der Sozialen Erhaltungsverordnung St. Pauli eingereicht worden ist. Das bedeutet, dass die Mietwohnungen, wenn sie sieben Jahre lang den Mietern zum Kauf angeboten werden, aber nicht gekauft werden – und das wird der Regelfall sein –, als Eigentumswohnungen verkauft werden können, ohne dass wir dort die Genehmigung versagen können. Das ist in der Tat ein Schlupfloch, das im Baugesetzbuch vorhanden ist und auch im Rahmen der Sozialen Erhaltungsverordnung nicht gestopft worden ist.

Ich möchte dazu noch eine Ergänzung anbringen. Diese Sozialen Erhaltungsverordnungen sind nicht so ganz neu und nicht erst von der SPD erfunden worden, sondern es gibt sie schon viel länger. Beispielsweise haben wir Anfang 2000 gefordert, in St. Georg eine solche Verordnung zu erlassen. Das ist dann auch in Hamburg-Mitte mit Rot-Grün beschlossen und unter Schwarz-Grün umgesetzt worden,

(Dr. Martin Schäfer SPD: In den Neunzigerjahren haben wir es eingeführt!)

und wir haben weitere mit angeschoben, dazu gehört die Schanze und auch St. Pauli. Das nur einmal so nebenbei, Frau de Libero. Man sollte doch nicht zu sehr mit Steinen werfen, wenn man im Glashaus sitzt, und dann auch noch den Wohnraumschutz hervorheben, der mehr Makulatur ist, als dass er in Wirklichkeit wirkt, weil das Personal in den Bezirken fehlt.

Aber ich möchte noch einmal auf diese Situation zurückkommen, die natürlich dazu führt, dass im Zuge des Verdrängungsprozesses dort einige Mieter, die schon eine Verdrängung aus dem Bernhard-Nocht-Quartier erlebt haben, einer weiteren Verdrängung ausgesetzt sind. Das betrifft zum Teil ältere Menschen, für die das natürlich auch eine entsprechende soziale Härte und Zumutung bedeutet. Wir unterstützen – deswegen haben wir auch einen entsprechenden Antrag eingereicht –, dass hier in die richtige Richtung gegangen wird, dieses Schlupfloch zu schließen, und der Absicht, Mietwohnraum zu vergolden, ein Riegel vorgehoben wird, denn das wollen wir nicht. Wir wollen diese sozialen Strukturen erhalten, und wir wollen, so gut es geht, diese Verdrängungsprozesse dort aufhalten.

Es ist richtig, Herr Kienscherf, dass Sie diesmal mit Ihrem Antrag etwas schneller waren, und zwar wurde er um vier Nummern früher eingereicht. Ihr Antrag enthält einen umfangreichen Vorspann über eine ganze Seite, der dann in vier Zeilen Petition mündet,

(Dirk Kienscherf SPD: Ja!)

in die geniale Idee, Ihren Senat aufzufordern, sich einzusetzen – wirklich fatal. Das ist eine Idee, auf die sonst keiner gekommen wäre. Da hätten Sie ein bisschen mehr Schmalz reinstecken müssen, und der Vorspann hätte gerne etwas kürzer sein können.

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist die Herleitung!)

Man kann sich an fünf Fingern ausrechnen, was da zu tun ist, und Herr Mathe aus dem Bezirksamt Hamburg-Mitte kann rechnen. Er hat nämlich ganz deutlich formuliert, dass eine Änderung respektive Abschaffung dieses Regelungsvorbehaltes im besonderen Städtebaurecht nur durch eine Anpassung der gesetzlichen Grundlagen im Baugesetzbuch durch eine Bundesratsinitiative möglich sei; recht hat er. Das hätte man dann auch entsprechend deutlich hier formulieren sollen und nicht in einer etwas verwaschenen Aufforderung an den Senat.

(Dirk Kienscherf SPD: Man kann es auch anders machen! Sie können auch auf Bun-

(Olaf Duge)

desebene ohne Bundesratsinitiative tätig werden!)

Das haben wir auch in unserem Antrag vorgeschlagen, der da sehr viel deutlicher ist. Ich kann eigentlich nicht verstehen, warum die SPD den Senat auffordert, sich für den verbesserten Schutz einzusetzen, man ihm dann aber bis Ende des Jahres Zeit lässt – man höre jetzt genau hin, Herr Kienscherf –, über erste Ergebnisse zu berichten. Eine bessere Aufforderung kann es nicht geben, und so eilig scheinen Sie es auch nicht zu haben. Aber immerhin lassen Sie Ihrem Senat die Chance, dass er es nicht erst am Ende der Frist machen muss, und vielleicht schafft er es auch schon ein paar Monate früher, denn das haben Sie ihm wenigstens nicht verboten. Ich bin gespannt, wie Sie das dann hinbekommen. Sie müssen natürlich auf Bundesebene aktiv werden, und ich bin gespannt, wie die CDU sich dann dazu verhält. Wir werden es sehen und freuen uns auf eine Diskussion im Ausschuss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Duwe von der FDP-Fraktion hat jetzt das Wort.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, in dieses ideologische Scheingefecht einzutreten.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Sehr gut! – *Jens Kerstan GRÜNE:* Prima!)

Soziale Erhaltungsverordnungen sind kein Wundermittel, sondern zu einem großen Teil sogar hinderlich für die Entwicklung dieser Stadt.

Die SPD hat natürlich einen sehr schönen Antrag vorgelegt, und Frau de Libero hat jetzt den Klassenkampf ein bisschen in den Vordergrund gestellt. Aber wenn man sich das Petitum anschaut, dann sieht man, dass Sie gar nicht so positiv sind und eigentlich nicht meinen, dass eine Initiative auf Bundesebene zum Erfolg führen werde. Wir haben eine GroKo, und Sie können sich vorstellen, was dann dabei herauskommen wird. Deshalb ist auch dieses Petitum sehr lau, um es einmal so auszudrücken. Aber die GRÜNEN sitzen Ihnen natürlich immer im Nacken, und da müssen Sie dagegenhalten. Das ist einfach nur ein PR-Gag und weiter nichts.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Wir sind Vorreiter!)

– Vorreiter ist gut, Sie reiten hinterher.

(Beifall bei der FDP)

Aber ich kann Ihnen versichern, dass Sie auch in die falsche Richtung reiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Im Gegensatz zu einigen meiner Vorrednerinnen – Vorredner waren es auch – kenne ich in Hamburg sehr viele Mieter und Mieterinnen, die gerade davon bedroht sind, dass ihre Mietwohnung zur Eigentumswohnung umgewandelt werden soll. Deswegen wäre es richtig, wenn es jetzt ein "klares Signal gegen Spekulanten" – Zitat aus dem SPD-Antrag – gebe. Jetzt frage ich mich, liebe SPD: Warum tut ihr das denn nicht?

(Beifall bei der LINKEN – *Dirk Kienscherf SPD:* Tun wir doch!)

Das haben die SPD und der Senat nicht gemacht. Ich will Ihnen einmal sagen, was das Tragische daran ist und weswegen ich in diesem Fall sogar der CDU und der FDP Recht geben muss. Sie haben hier einen Show-Antrag gestellt, weil dieses Haus in der Erichstraße auf St. Pauli erst vor anderthalb Jahren verkauft worden ist, aber damals schon in dem Gebiet der Sozialen Erhaltungsverordnung lag. Und, liebe SPD, was greift dann? Dann hat die Stadt ein Vorkaufsrecht. Und was hat der Senat gemacht? Nichts hat er gemacht. Ganz im Gegenteil hat er ein Schreiben aufgesetzt, wahrscheinlich in der Finanzbehörde, und gesagt, man übe das Vorkaufsrecht nicht aus. Das ist ungeheuerlich und wissen Sie, warum? Wenn man sein Vorkaufsrecht nicht ausübt, dann kann man eine Abwendungsvereinbarung treffen. Ich zitiere einmal, was die BSU selbst dazu sagt:

"Darin muss der Erwerber weitgehende Zugeständnisse machen, damit die Bewohnerstruktur des Grundstücks erhalten bleibt. Wesentliche Bestandteile dieser Vereinbarung können sein: Verzicht auf Geltendmachung von Eigenbedarf; Verzicht, Druck auf Mieter auszuüben, die Wohnung frei zu machen oder zu erwerben; Neuvermietung nur an Haushalte, deren Einkommen innerhalb bestimmter Grenzen liegen [...]".

Das sind doch Maßnahmen, die Sie hätten ergreifen müssen. Das haben Sie nicht gemacht, und das ist eine Riesen... – ich darf es nicht sagen –, das ist schlecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Frau de Libero sagt, mit Ihrem Antrag wollten Sie einen dicken Riegel vorschieben, dann finde ich, dass Sie Ihren Riegel auf der falschen Seite ansetzen.

(Beifall bei *Christiane Schneider* DIE LINKE)

Sie schieben den Riegel vor die Mieter und Mieterinnen. Sie haben nicht die Mieter und Mieterinnen geschützt, Sie haben dem Menschen, der dieses Haus gekauft hat, ermöglicht, das Haus zu kaufen.

(Heike Sudmann)

Wir haben eine Anfrage an den Senat gestellt, und ich bin gespannt, wie denn die Prüfung ausgesehen hat. Wenn es nicht eine zufällige Namensgleichheit ist, dann hat dieser Erwerber auch schon in St. Georg mindestens ein Haus gekauft und die Mieter und Mieterinnen vertrieben. Und da sagt der Senat, er stimme zu, man könne das verkaufen. Das kann doch nicht wahr sein. Ihr seid gefälligst so klein mit Hut, weil ihr nichts für die Mieter und Mieterinnen macht.

(Beifall bei der LINKEN – Karin Timmermann SPD: Das ist eine Unverschämtheit!)

– Nein, es ist wirklich ärgerlich.

Wir haben zu Recht die Soziale Erhaltungsverordnung. Sie bietet keinen hundertprozentigen Schutz, das wissen wir alle, aber sie gibt die Möglichkeit zu schützen. Diese Möglichkeit müssen alle, die die Mieter und Mieterinnen schützen wollen, bis zum Anschlag ausnutzen, und das haben Sie nicht gemacht.

Jetzt kommen die GRÜNEN und reden von einer Gesetzeslücke. Es gibt keine Gesetzeslücke, das Gesetz ist schlecht, weil es diese Siebenjahresregelung vorsieht. Das muss weg, da haben Sie recht, aber reden Sie nicht von einem Schlupfloch. Wahrscheinlich haben damals CDU und FDP oder vielleicht sogar Rot-Grün dieses Gesetz verändert, und Sie haben es nicht gut verändert. Dieses Gesetz muss auf Bundesebene so sein, dass die Mieter und Mieterinnen so lange wie irgend möglich geschützt werden.

Ich bin noch nicht fertig mit der SPD und komme noch einmal zu Ihnen. Es gibt ein Grundproblem, und das können Sie in den Haushaltsberatungen jetzt vielleicht lösen. Das Grundproblem ist, dass es kein ausreichendes Personal gibt, das diese ganzen Vorgänge überwachen kann. Wenn das Bezirksamt Hamburg-Mitte auf der Mieterinnen- und Mieterversammlung Anfang Juni sagen muss, als zuständiges Bezirksamt habe man nicht gewusst, dass es einen Eigentümerwechsel gegeben habe, was sagen Sie dann? Dann werden Sie doch alle ganz ruhig und sagen, das könne doch nicht sein. Wie kann es sein, dass die Liegenschaft weiß, dass es einen Eigentümerwechsel gibt und es ein Gebiet der Sozialen Erhaltungsverordnung betrifft, aber nicht das Bezirksamt informiert? Ganz im Gegenteil sagt sie noch: ja, verkauft. Das geht nicht, und deswegen bin ich auch so empört. Deswegen habe ich Sie jetzt so angegriffen und auch zu Recht angegriffen. Da müssten Sie doch sagen, es sei etwas schiefgegangen und Sie müssten einmal schauen, wieso das passiert sei und wie das vor allem jetzt verbessert werden könne.

Und wenn Sie von Riegel sprechen, dann möchte ich es noch einmal anders ausdrücken: SPD und Senat sind wie die Hunde, von denen man sagt, dass sie nur spielen wollen, aber nicht beißen.

Was die Mieter und Mieterinnen in dieser Stadt aber brauchen, das sind scharfe Hunde, die sie schützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/12186 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer möchte dem SPD-Antrag aus Drucksache 20/12186 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der SPD-Antrag angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 59 auf, Drucksache 20/12177, Antrag der CDU-Fraktion: Gewerbsmäßige Bettelei in Hamburgs Innenstadt endlich unterbinden.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Gewerbsmäßige Bettelei in Hamburgs Innenstadt endlich unterbinden
– Drs 20/12177 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr de Vries von der CDU-Fraktion, Sie haben es.

Christoph de Vries CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es geht um eine Entwicklung, die jedem präsent ist, der sich regelmäßig in der Hamburger Innenstadt aufhält. Die Zahl der Bettler, die gewerbsmäßig organisiert sind und überwiegend aus Osteuropa stammen, hat in den vergangenen Monaten wieder stark zugenommen und prägt das alltägliche Bild in unserer City. Ob man die Mönckebergstraße oder die Spitalerstraße entlanggeht oder sich zwischen Gänsemarkt und Rathaus bewegt – regelmäßig werden die Hamburgerinnen und Hamburger sowie auch die Gäste unserer Stadt zum Teil aggressiv von den Mitgliedern dieser gewerbsmäßig organisierten Bettlerbanden angebettelt, und sie fühlen sich auch belästigt. Das geht bis dahin, dass Menschen, die an den Ständen in der Innenstadt zu Mittag essen oder sich an den Treppen zum Jungfernstieg niederlassen, regelmäßig belästigt werden und sich deshalb auch beschweren. Das Betteln geschieht auf eine Art und Weise, die die Grenze des Üblichen und auch des Akzeptablen längst überschritten hat. Das ist eine Entwicklung, der endlich Einhalt geboten werden muss.

Es ist von mehreren Medien beobachtet und auch beschrieben worden, dass Hintermänner dahinter-

(Christoph de Vries)

stecken, die mit dem Vorsatz hierherkommen, in der Hansestadt in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Geld zu verdienen. Da sagen wir ganz klar: Organisierte Bettelerei widerspricht der Menschenwürde, denn hier werden arme Menschen durch diese Hintermänner gezielt ausgenutzt.

(Beifall bei der CDU)

Man kann feststellen, dass diese Menschen vielfach gezielt körperliche Missbildungen zur Schau stellen, indem sie ihre Gliedmaßen frei machen und sich auch mit Gehhilfen bewegen. Es ist auch mehrfach festgestellt worden, dass teilweise Gehhilfen verwendet werden, obwohl keine Behinderungen vorliegen. Diese werden dann tatsächlich erst benutzt, wenn die Menschen von ihren Hintermännern an den Zielort gebracht werden, und sie werden gezielt eingesetzt, um mit dieser Mitleidsmasche die Betteleinkünfte zu verbessern. Bei allem Verständnis für die Armut der Menschen ist auch hier die Grenze des Akzeptablen weit überschritten, denn hier werden die Gutmütigkeit der Menschen und auch die Bereitschaft, zu spenden und eine milde Gabe zu geben, schamlos ausgenutzt; auch das sollte nicht tatenlos hingenommen werden.

Deswegen sagen wir, dass diese Form der gewerbsmäßig organisierten Bettelerei endlich unterbunden werden muss, vor allen Dingen auch, damit die Hilfs- und Spendenbereitschaft der Menschen für die wirklich bedürftigen Obdachlosen und Bettler nicht leidet, denn es ist ein großes Ärgernis und birgt, wie gesagt, die Gefahr, dass in Zukunft dann denjenigen nicht geholfen wird, die es wirklich brauchen.

Über ein wirkliches Unding an dieser Stelle ist auch geschrieben worden. Im letzten Winternotprogramm haben diese Menschen auf Steuerzahlerkosten städtische Unterkünfte genutzt, die für andere Zwecke vorgesehen sind, aber damit nicht genug. Die Stadt hat für die Unterkunft Weddestraße in Horn sogar noch einen täglichen Shuttleservice organisiert, mit dem diese gewerbsmäßig organisierten Bettler in die Innenstadt gefahren wurden, um dort ihrem Erwerb nachzugehen. Auch das ist ein Unding und muss schleunigst beendet werden.

(Beifall bei der CDU – *Arno Münster SPD*: Das ist eine Verdrehung der Tatsachen!)

– Das ist eine Tatsache. Ich habe eine Schriftliche Kleine Anfrage dazu gestellt, sie ist beantwortet worden und dem ist auch nicht widersprochen worden, Herr Münster. Ich gebe Ihnen diese Anfrage gerne mit.

Fakt ist, dass die Machenschaften dieser Bettlerbanden auf jeden Fall nicht noch mit Steuergeldern durch den Staat unterstützt werden dürfen, Herr Münster. Da sind wir uns, glaube ich, einig.

(Beifall bei der CDU)

Die Lösung ist nicht ganz einfach. Polizeilich kommt man dem nicht nach, aber es gibt eine Handhabe, die das Hamburgische Wegegesetz bietet. Demnach handelt es sich bei gewerbsmäßiger Bettelerei um eine gebührenpflichtige Sondernutzung im Sinne des Paragraphen 19 des Hamburgischen Wegegesetzes. Das heißt, dass eine solche Sondernutzung der Erlaubnis bedarf. Und wenn diese Genehmigung nicht erteilt wird, kann man das Betteln untersagen. Die Personen bekommen dann eine entsprechende Verfügung. Herr Münster, das haben nicht wir uns ausgedacht, sondern das geht zurück auf eine Initiative des früheren Bezirksamtsleiters Markus Schreiber Mitte 2007.

(*Arno Münster SPD*: Ein Anruf hätte gelangt!)

Er wird Ihnen bekannt sein – ich glaube, er wird vielleicht auch diesem Hause bald wieder angehören –, und er hat diese Maßnahmen 2007 eingeleitet, auch mit Zustimmung des damaligen Fraktionsvorsitzenden Neumann, der ebenfalls aus der SPD in Hamburg-Mitte kommt. Es ist also eine bewährte Maßnahme, die auf Ihrem Mist gewachsen ist, aber durchaus sehr effektiv war. Ich will kurz die Zahlen nennen: 2001 gab es einen Platzverweis für diese gewerbsmäßigen Bettler, 2008 27, 2009 35 und dann war das Problem innerhalb relativ kurzer Zeit wieder beendet. Leider ist das ein Zustand, den wir heute nicht mehr haben. Die Kontrollen haben nachgelassen, die gewerbsmäßigen Bettler sind zurückgekehrt, und das muss sich wieder ändern.

Was wir dafür brauchen, ist natürlich eine vernünftige Personalausstattung. Früher hat das der BOD gemacht, jetzt macht es das sogenannte Ordnungswidrigkeitenmanagement im Bezirksamt Hamburg-Mitte, das zuständig, aber unterausgestattet ist. Ende 2013 waren noch vier bis zwölf Außendienstmitarbeiter je Schicht in Hamburg-Mitte zuständig, und heute gibt es in dieser Abteilung insgesamt nur noch 13 Vollkräfte einschließlich des Hundekontrolldienstes. Deswegen muss der Senat dafür Sorge tragen, dass die Bezirksverwaltung personell ausreichend ausgestattet ist, damit sie ihren Aufgaben ordentlich nachgehen kann; dann kann dieses Problem behoben werden. Wir hatten das Problem, und es gibt eine vernünftige Lösung dafür. Sie stammte damals von der SPD, und es gibt eigentlich keinen Grund, warum man heute nicht wieder so verfahren sollte. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Fock von der SPD-Fraktion hat jetzt das Wort.

Jan-Hinrich Fock SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die CDU spricht hier ein sehr schwieriges Thema an – schwierig deshalb, weil wir es mit der öffentlichen Zurschaustellung von menschlichem Elend zu tun haben, was möglicherweise dann auch noch gewerblich ausgenutzt wird. Ein widerliches Geschäft, da sind wir uns einig. Aber wenn man einen solchen Antrag stellt, Herr de Vries, dann muss man auch belastbare Fakten und Zahlen haben, und die haben Sie nicht.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN – Finn-Ole Ritter FDP: Die gibt's ja nicht!)

Sowohl in Ihrer Kleinen Anfrage vom April dieses Jahres als auch in Ihrem Antrag sprechen Sie davon, dass dieses Betteln kontinuierlich zugenommen habe, und berufen sich auf Medienbeobachtungen und -berichte. Das ist ein bisschen dünn.

(Dr. Roland Heintze CDU: Realitätsverlust!)

Ich habe mir mit meinen Mitarbeitern einmal die Mühe gemacht, die einschlägigen Einrichtungen durchzutelefonieren, ob sie bestätigen könnten, dass es zu einer Zunahme von Bettlei gekommen sei. Keine einzige dieser Organisationen konnte das bestätigen. Ich will Ihnen nur einmal "Hinz&Kunzt" nennen, eine unabhängige Organisation, die mir sagte, es sei nicht zu beobachten, dass es zu einer Zunahme kam und kommt, die Polizei gehe im Gegenteil rigoros gegen gewalttätige Bettler und auch Rosenverkäufer vor. Das heißt also, dass die Faktenlage sehr dünn ist, wenn Sie hier zum Großangriff gegen die Bettlei aufrufen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Aber wie geht man jetzt mit dem Thema um? Dazu ist mir am Wochenende in der "Harburger Rundschau" ein Artikel des ehemaligen Michel-Pastors Helge Adolphsen in die Hände gefallen, der sich mit dem ganzen Thema, auch mit Ihrem Antrag auseinandersetzt. Er geht zunächst einmal von seinen persönlichen Erfahrungen aus, die er mit Bettlern hatte. Auch vor dem Hauptportal des Michels gab es Bettler – keine gewalttätigen, aber betrunkene und pöbelnde – und er hat sie dort gelassen, auch in der Auseinandersetzung mit Mitgliedern seiner Gemeinde. Er ließ den Platz nicht räumen und hat es nachher einigermaßen in den Griff bekommen. Er hatte leider Gottes auch mit gewerblichen Bettlern zu tun, insbesondere um Heiligabend herum, und konnte es nicht in den Griff bekommen, das sagt er selbst. Er hat aber über "Hinz&Kunzt" die Information bekommen, dass man dort anders vorgeht. "Hinz&Kunzt" haben für osteuropäische Bettler gerade aus diesem Milieu 50 Verkäuferplätze eingerichtet, und "Hinz&Kunzt" betreut diese Menschen sehr intensiv. Das heißt, es gibt neben der Repression, die Sie wollen und die aufgrund dieser Faktenlage außerordentlich fraglich ist, auch eine soziale Komponente, und ich

glaube, dass dies an und für sich die Lösung ist. Schon aus dem Grunde, dass Sie die soziale Komponente völlig auslassen, muss dieser Antrag eigentlich abgelehnt werden.

(Beifall bei der SPD)

Aber ich will noch etwas zu Ihrem Petitem sagen. Allein im ersten Punkt haben Sie in einem Satz mindestens drei Problematiken drin, die einfach so nicht stimmen. Es solle sichergestellt werden,

"dass die zuständigen Stellen auf Basis des Hamburgischen Wegegesetzes entschlossen gegen mutmaßlich gewerbsmäßig organisierte Bettler in der [...] Innenstadt vorgehen."

Wenn wir auf Basis des Hamburgischen Wegegesetzes vorgehen, dann muss vorher eine Sondernutzungsgenehmigung vorliegen, die dann widerrufen wird. Diese Sondernutzungsgenehmigung kann nur auf Antrag erteilt werden. Und welcher osteuropäische Mafiaboss der Bettler wird hier einen Antrag stellen? Ich glaube, dass wir das schon einmal vergessen können.

(Dennis Gladiator CDU: Fragen Sie mal einen Juristen!)

Tatsächlich ist es so, dass nicht auf Basis des Hamburgischen Wegegesetzes, sondern polizeilich gegen aggressives Betteln vorgegangen wird, und dies ist im Übrigen auch sehr erfolgreich, wie man mir bei "Hinz&Kunzt" sagte.

Zweitens geht es um mutmaßlich gewerbsmäßig organisierte Bettler. Nun sagen Sie mir, wie ein Mensch mutmaßlich gewerblich organisierte Bettler definieren soll. Er sieht dort jemanden liegen, und der ist mutmaßlich organisiert? Ich weiß nicht, wie das geht. Das ist ein unbestimmter Rechtsbegriff, und wenn wir schon mit Platzverweisen arbeiten und dort staatlich eingreifen, dann muss das rechtssicher sein. In diesem Fall sehe ich überhaupt keine Rechtssicherheit. Und im Übrigen: Wieso soll man nur in der Hamburger Innenstadt vorgehen? Warum ist es nicht möglich, in Gesamt-Hamburg vorzugehen?

(Glocke)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Herr Fock, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Jan-Hinrich Fock SPD (fortfahrend): Nein, danke schön, ich möchte das nicht. Ich habe hier noch einiges zu sagen, das wird sonst zu lang.

(Finn-Ole Ritter FDP: Das ist jetzt schon zu lang!)

– Das glaube ich gerne, Herr Ritter. Für Sie wäre es vielleicht auch ganz gut, wenn Sie sich einmal vor Ort umsehen würden.

(Jan-Hinrich Fock)

(Beifall bei der SPD – *Finn-Ole Ritter FDP*: Ich?)

– Ja, ja.

Die personelle Ausstattung in dem Bereich wollen Sie reflexhaft wieder einmal erhöhen entsprechend der Doppelstrategie, mal zu sparen, aber hier im Kleinen auch wieder zu erhöhen. Das ist unglaublich. Wie Sie wissen, greift diese Neuorganisation des BOD ab 1. Januar. Bestimmte polizeiliche Aufgaben wie etwa die Parkraumbewirtschaftung werden jetzt von der Innenbehörde übernommen. Das Bezirksamt selbst hat, wie ich eben schon deutlich gemacht habe, dort kaum Eingriffsmöglichkeiten nach dem Wegegesetz, sondern es ist eine polizeiliche Arbeit, und die wird auch sehr erfolgreich umgesetzt.

Beim dritten Petitionspunkt fasst man sich an den Kopf: Es solle sichergestellt werden, dass diese mutmaßlichen, gewerbsmäßigen Bettler nicht mehr in das Winternotprogramm transportiert werden. Herr Gott noch mal, was wollen Sie denn? Wollen Sie tatsächlich, dass die Leute dann erfrieren? Wollen Sie sie dort lassen? Stellen Sie sich einmal vor, wir haben Minusgrade oder es ist um null Grad, dann kommen Mitarbeiter des Transportbuses an und sagen, du bist gewerbsmäßig organisiert, dich nehmen wir nicht mit. Das ist doch völlig unmöglich. Ich frage mich wirklich, was dahinter steht. Wenn Sie sich tatsächlich profilieren wollen in Law and Order, dann nehmen Sie doch bitte schön andere Bereiche und nicht immer den Rand der Gesellschaft.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Das ist ein Angebot!)

Ich finde diese Haltung völlig unmöglich.

(Beifall bei der SPD)

Aber Sie haben auch noch ein Recht zu erfahren, wie meine Fraktion darüber denkt.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Das wird ja noch schöner!)

Es gibt immer diese zwei Möglichkeiten: Repression und soziale Fürsorge. Repression ist nur dann sinnvoll, wenn es wirklich zu erheblichen Übergriffen kommt. Da hat Markus Schreiber sicherlich vor sieben oder acht Jahren richtig gehandelt, das war auch in Ordnung. Aber jetzt ist die Sachlage nicht gegeben, außer, dass wir demnächst Wahlkampf haben.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Die Verhältnismäßigkeit!)

Ich halte davon nichts. Ich halte sehr viel davon, dass man sich kümmert und versucht, die Bettler zu betreuen, wie "Hinz&Kunzt" es macht. Es gibt im Übrigen auch von der Sozialbehörde bezahlte Menschen, die die Personen in ihren Heimatsprachen ansprechen können.

Insgesamt gesehen ist Ihr Antrag überhaupt nicht zustimmungsfähig. Repression allein kann das Problem nicht lösen. Wenn wir etwas tun wollen, dann müssen wir in beide Richtungen fahren. Wir werden Ihren Antrag deshalb ablehnen. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Möller von der GRÜNEN Fraktion hat jetzt das Wort.

Antje Möller GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Fock, Sie haben vieles gesagt, was mich gefreut hat zu hören. Der CDU-Antrag zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass aus Schriftlichen Kleinen Anfragen und Pressemitteilungen Textbausteine recycelt worden sind und Stereotypen wiederholt werden. In einer unappetitlichen Art und Weise werden hier Menschen und Situationen diffamiert, ohne dass an einem einzigen konkreten Punkt auch nur ein Nachweis oder Beweis oder durch Zahlen eine tatsächliche Beschreibung der Situation erfolgt. Das ist unerträglich.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Ihre Überschrift macht deutlich, wohin Sie eigentlich wollen: "Gewerbsmäßige Bettelei in Hamburgs Innenstadt endlich unterbinden". Sie sagen damit schlicht und einfach, dass Sie diese Menschen nicht mehr sehen wollen. Sie wollen sie nicht mehr in der Innenstadt sehen, und Sie wollen, dass sie verschwinden. Das ist aber ein aus sachlich-fachlichen Gründen völlig

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Unerfüllbarer Wunsch!)

– danke schön – unerfüllbarer Wunsch. Und es ist ein nicht umsetzbarer Antrag, das wissen Sie genau. Deswegen bleiben das Entwickeln von Stereotypen und der populistische, wahlkampftaugliche Ansatz an dieser Stelle völlig unangemessen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Die Situation – immerhin kam in Ihrer Rede einmal das Wort sozial und einmal arm vor, in der Lyrik findet man das nicht – stellt sich doch schlicht und einfach dar. Wer auf Hamburgs Straßen wie auch auf anderen Straßen bettelt, ist arm. Und wer dann noch durch Schlepper oder durch so etwas wie Zuhälter dazu angehalten und abkassiert wird, ist im Prinzip noch ärmer. Das ist nicht jemand, der sich bereichert, der verfolgt werden muss, der uns aus den Augen, aus dem Sinn kommen muss, sondern es ist jemand, bei dem man klären muss, wie man diese Situation für diese Person beenden kann, sprich, wie kann man helfen. Wie kann man zugehen auf die Betroffenen, wie kann man mit Hilfe von sozialer Arbeit oder Initiativen, von denen Herr

(Antje Möller)

Fock einige beschrieben hat, hier auf die einzelnen Personen, die nicht nur arm sind, sondern auch ausgebeutet werden, zugehen und ihnen aus ihrer Situation heraus helfen. Das ist doch die entscheidende Fragestellung bei diesem Thema.

Die Strukturen der Schlepperei und Schleuserei, die möglicherweise OK-ähnliche Strukturen sind, zu bekämpfen, zu durchschauen und aufzulösen, ist polizeiliche Aufgabe, wenn sie denn wirklich so dramatisch sind, wie Sie hier und auch in Ihren Schriftlichen Kleinen Anfragen immer wieder suggerieren. Das weiß die Polizei sicherlich besser als wir alle. Man kann aber auch aus den immer wieder erfolgenden Antworten durch die Polizei, nämlich dass es keine Erkenntnisse über gewerbsmäßiges oder organisiertes Betteln gibt – das kann man auch aus Ihren Schriftlichen Kleinen Anfragen herauslesen –, ganz deutlich erkennen, dass die innenpolitische Dimension dieses Themas mitnichten so ist, wie Sie uns hier suggerieren wollen.

Ich komme zur Frage, was denn die Allgemeinverfügung von Herrn Schreiber damals bewirkt hat. Es gab Platzverweise, die Zahl der Menschen, die in der Innenstadt, wo Sie hingeschaut haben, gebettelt haben, ist zurückgegangen. Aber deswegen sind die Menschen doch nicht verschwunden, sondern sie werden wie immer, wenn es Platzverweise gibt, von dem konkreten Ort entfernt. Aber es ändert sich doch nichts an der Situation für die Menschen.

Ich sage es noch einmal in aller Deutlichkeit: Uns muss die Situation der Menschen interessieren. Wir werden durch viele Dinge im Leben, im Alltag, in der Öffentlichkeit und in unserem eigenen Leben gestört, vielleicht belästigt, vielleicht fühlt man sich belästigt, das ist immer eine subjektive Entscheidung. Es ist im Übrigen auch eine sehr subjektive Entscheidung, ob man jemandem, den Sie in einer Anfrage als Demutsbettler bezeichnen, etwas geben möchte, ob man jemandem aus ganz anderen Gründen und mit völlig eigener Motivation etwas gibt, oder ob man sagt, nein, ich gebe nichts. Das wird in den meisten Fällen so erfolgen, und das steht einem frei, auch wenn jemand sehr nah an einen herankommt.

Im Übrigen – das wissen Sie auch – ist aggressives Betteln schlicht nicht erlaubt und wird auch verfolgt. Genauso wird auch ein Auge auf das Kindeswohl bei den Kindern, die sich teilweise stundenlang mit auf der Straße aufhalten, geworfen. Darüber bin ich sehr froh.

Es gab schon einmal einen ähnlichen CDU-Antrag, die musizierenden Bettler in U-Bahnen schlicht zu verbieten, also das Musikmachen in der Bahn mit dem Ziel, dann vielleicht mit einem Beutel herumzugehen. Wir werden nicht an der Fragestellung vorbeikommen, was wir den Menschen als Hilfe anbieten können, und da ist das Unterbringen im Winter das Mindeste und Wenigste.

Herr Fock ist eben schon darauf eingegangen, dass die Shuttle-Busse sogar mit Zustimmung der Mehrheit des Parlaments eingerichtet wurden, weil Teile des Winternotprogramms nur sehr weit außerhalb des Zentrums realisiert werden konnten. Weil es in der Innenstadt aus vielerlei Gründen immer einen Sammelpunkt für Menschen gibt, die obdachlos sind, haben wir alle diesen Shuttle-Bussen zugestimmt. Dass Sie jetzt sagen, wer eine Krücke dabei hat oder wer irgendwie gewerbsmäßig aussehe, dürfe nicht mitfahren, ist nicht nur eine naive Vorstellung von dem, was um das Winternotprogramm und um die Not der Menschen herum eigentlich passiert, sondern es ist auch – ich wiederhole es noch einmal – eine unappetitliche Formulierung. Sie bedienen Stereotype, und Sie machen nicht einen einzigen inhaltlichen, fachlich-sachlichen Vorschlag, um den Menschen zu helfen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Jarchow von der FDP-Fraktion bekommt das Wort.

Carl-Edgar Jarchow FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Antrag der CDU weist sicherlich auf ein Problem hin, das es gibt; das ist unstrittig. Allerdings sind wir der Meinung, dass dieses Problem eigentlich eher auf der Bezirksebene zu lösen sein würde.

(Beifall bei der FDP – *Dirk Kienscherf SPD:* Sehr gut! – Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Was Sie fordern, entspricht auch unserer Meinung nach nicht dem geltenden Recht. Das Betteln an sich ist keine Sondernutzung, sondern Gemeingebrauch, das ist unsere Meinung. Die Gewerbsmäßigkeit, die von Ihnen genannt wird und die es sicherlich auch gibt – nicht nur, aber es gibt sie teilweise –, ist schwer nachweisbar, zumal angesichts der Personalsituation bei dem von Ihnen erwähnten Ordnungswidrigkeitenmanagement in den Bezirken.

Ihr Petition 2 lässt jegliche Art der Finanzierung vermissen. Sollen denn die Bezirksmitarbeiter jeden Bettler fragen, ob er sein Geld an einen Hintermann abliefert? Oder sagen Sie, jeder, der eine Krücke hat – Frau Möller hat es schon erwähnt –, bettele gewerbsmäßig? Oder jeder, der einen Hund dabei hat? Oder jeder, der nicht ausreichend deutsch spricht? Da landen Sie ganz schnell in einer Ecke, in der Sie sicherlich nicht sein möchten.

(Beifall bei der FDP)

Die Gewerbsmäßigkeit des Bettelns führt auch nicht zu einer Sondernutzung, denn gewerbliches Handeln für die Erfüllung des Sondernutzungstatbestands ist vor allem solches, das als Beruf angesehen werden kann. Und dies wird durch die Ge-

(Carl-Edgar Jarchow)

werbeordnung geregelt. Betteln ist jedoch kein Beruf und auch kein Gewerbe, da sind wir uns wohl einig.

Im Betteln äußert sich ganz überwiegend die Not der Menschen, die gerade keiner Arbeit nachgehen können, sicherlich vereinzelt auch nicht wollen. Selbstverständlich sollte in einem Land wie Deutschland, das im weltweiten Vergleich gesehen im Überfluss lebt, niemand aus der Not heraus betteln müssen. Wir müssen uns aber auch bewusst werden, dass Deutschland nicht isoliert außerhalb dieser Welt liegt. Wir sind von direkten wie auch weiter entfernten europäischen Nachbarn, besonders im Osten, umgeben, in denen das soziale Sicherungssystem nicht wie bei uns vorhanden ist. Und für diese Menschen gibt es nur die Möglichkeit des Bettelns. Dass sie dies auf Hamburgs Straßen tun, ist aus deren Sicht sicher nachvollziehbar. Ein Euro hier ist den Nehmenden ein Vielfaches mehr wert als für die Gebenden. Die Not treibt diese Menschen aus ihren Heimatländern auf unsere Straßen.

Und das, was Sie im Petition 3 äußern, ist auch aus unserer Sicht keine Lösung dieses Problems, denn zu unterscheiden zwischen Gewerksmäßigen oder nicht, die man mitnimmt, kann nicht die Lösung sein. Sie mögen von Passanten unerwünscht sein, aber nicht jedes auch nur ansatzweise missliebige Verhalten darf durch das Wegerecht unterbunden werden. Wir werden perspektivisch dieses Problem nur dann verändern, wenn sich auch die Zustände im Heimatland dieser Menschen, die hier zum Betteln sind, verbessern. Bevor dies nicht geschehen ist, werden wir dieses Problem nicht endgültig in den Griff bekommen.

Erst wenn die Menschen keinen Grund mehr haben, mit ihren Schleppern zu kommen, werden diesen die Handlanger ausgehen. Das kann lange Zeit dauern, daran müssen wir arbeiten. Sicherlich müssen wir in der Zwischenzeit auch Dinge wie die von Herrn Fock erwähnten Maßnahmen treffen. Das findet unsere Unterstützung. Der Antrag der CDU findet diese Unterstützung nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Özdemir von der Fraktion DIE LINKE.

Cansu Özdemir DIE LINKE:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr de Vries, Sie müssen es endlich unterlassen, weiter Ihren Populismus auf dem Rücken der Ärmsten zu betreiben.

(Beifall bei der LINKEN)

In Ihrem Antrag stellen Sie die Menschen als böse, aggressive Bettler dar, die nicht in Ihr Stadtbild passen, das ist uns schon klar. Aber ich finde es

wirklich sehr kritisch, dass Sie die Situation dieser Menschen nicht beleuchten, sprich, sich nicht die Frage stellen, warum die Menschen überhaupt nach Hamburg kommen.

(Olaf Ohlsen CDU: Ja, genau! Warum?)

Was treibt sie dazu, ihre Heimatländer zu verlassen, eine lange Reise auf sich zu nehmen und auf Hamburgs Straßen größtenteils auch obdachlos zu sein?

(David Erkalp CDU: Wieso obdachlos?)

– Viele von ihnen sind obdachlos.

Sie müssten wissen, dass Betteln keinen Spaß macht, sondern dass die Menschen das aus Not tun.

Ich kann Ihnen einmal etwas zum Hintergrund sagen. Vielleicht erinnern Sie sich noch an die Finanzkrise 2008. Bulgarien und Rumänien sind Länder, die krisengeschüttelt sind. Und eine Gruppe hat es in diesen Ländern besonders schwer, nämlich die Gruppe der Roma. Aufgrund von Diskriminierung haben sie kaum Möglichkeiten, an der Gesellschaft zu partizipieren, sie haben kaum Chancen auf dem Wohnungsmarkt, sie haben kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt und sind deshalb sehr stark von Armut betroffen.

Ich kann Ihnen auch etwas zur Situation in Hamburg erzählen. Damit haben Sie sich anscheinend nicht befasst.

(Christoph de Vries CDU: Erzählen Sie doch mal!)

– Ich erzähle Ihnen einmal etwas zur Lebenssituation in Hamburg, dann müssen Sie jetzt auch zuhören.

Die Menschen arbeiten in Arbeitsbranchen wie zum Beispiel im Baugewerbe, in Subunternehmen, im Hafen,

(Olaf Ohlsen CDU: Nee, nicht im Hafen!)

in der Gastronomie und so weiter. Sie werden ausgebeutet für ein paar Euro oder um den Lohn geprellt, wie es das aktuelle Beispiel gezeigt hat. Bei der Fabrik Schwarz Craz in Neu Wulmstorf hat man gesehen, dass die Menschen um ihren Lohn geprellt wurden. Zwar wurde noch eine Lösung gefunden, aber es ist ein Beispiel dafür, dass hier etwas schief läuft.

Die Situation ist jedoch nicht nur auf dem Arbeitsmarkt für diese Menschen prekär, sondern auch auf dem Wohnungsmarkt. Sie kennen das Beispiel Nobistor, wo die Menschen gezeltet haben mit ihren Kindern, mit hochschwangeren Frauen. Manche schlafen auch in Autos, manche in Schrottmobilien, die zu Wucherpreisen vermietet werden. Ich frage mich, wo hier der Aufschrei der CDU bleibt und wo Ihre Empörung bleibt? Eigentlich müsste hier die Forderung nach ordnungspoliti-

(Cansu Özdemir)

schen Maßnahmen gestellt werden. Es wundert mich, ehrlich gesagt, dass Sie hier ruhig bleiben.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Menschen haben wirklich kaum Chancen in Hamburg. Sie haben zwar soziale Rechte, sie kommen als Arbeitsuchende nach Hamburg, aber es werden keine Maßnahmen zur Integration getroffen.

(Zuruf von *Nikolaus Hauffler CDU*)

– Herr Hauffler, es werden keine Maßnahmen zur Integration unternommen. Sie sprechen doch ständig von Integration und vom Fachkräftemangel. Warum denn nicht bei diesen Menschen? Das wundert mich auch.

(Beifall bei der LINKEN)

Die EU-Freizügigkeit ist nun einmal seit dem 1. Januar da, und Hamburg hat nun einmal die Aufgabe, diese EU-Freizügigkeit auch hier zu gestalten. Und wir haben hier sinnvolle Maßnahmen.

Ehrlich gesagt, verstehe ich nicht, warum die CDU immer so unruhig ist, wenn ich hier vorne stehe.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

– Ich höre Ihnen jedes Mal zu, aber die Herren der CDU können sich irgendwie nicht zusammenreißen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Martin Schäfer SPD*)

Wenn Sie jetzt zuhören, würde ich Ihnen gern einige Maßnahmen vorschlagen, vielleicht lernen Sie etwas daraus. Die eine betrifft den Arbeitsmarkt. Es wäre wichtig, dass arbeitsrechtliche Normen wirklich eingehalten werden, und zwar für alle Menschen, die in Hamburg arbeiten.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Wenn sie arbeiten würden, müssten sie nicht betteln!)

Das andere Problem ist die Wohnsituation. Hier wäre es wichtig, Herr Ohlsen, dass kurzfristig Notunterkünfte für die obdachlosen Menschen bereitgestellt werden und langfristig die Perspektive auf gesicherte Wohnverhältnisse ermöglicht wird. Außerdem brauchen wir aufsuchende Straßensozialarbeit.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Das ist hier zu laut! Ich kann sie nicht verstehen!)

Die muss in Hamburg ausgebaut und gefördert werden, und das gilt auch für die Beratungsstellen, an die sich die Menschen wenden können, damit sie hier Fuß fassen können.

Herr Fock, Sie haben "Hinz&Kunzt" als Beispiel genannt, aber eigentlich ist es nicht die Aufgabe von "Hinz&Kunzt", sondern es ist die Aufgabe der Stadt, den Menschen dies zu ermöglichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine andere Frage ist der Schulbesuch der Kinder und Jugendlichen. Ich wundere mich, warum die Schulpolitiker hier nicht aufschreien, denn anscheinend sind dort Kinder, die nicht zur Schule gehen, obwohl sie schulpflichtig sind. Dazu hat auch keiner etwas gesagt. Und wenn wieder das Argument kommt, wie soll das bezahlt werden...

(*Nikolaus Hauffler CDU*: Ja, wie soll das denn bezahlt werden?)

– Das sage ich Ihnen jetzt, Sie hätten da ein bisschen recherchieren sollen.

Es gibt den Topf "Soziale Stadt", und das Geld wurde doch erhöht, damit die Integration dieser Menschen in Hamburg durchgeführt werden kann. Ich frage mich, wo dieses Geld ist, denn das Geld muss konsequent und transparent dafür eingesetzt werden, dass die Menschen sich hier integrieren können.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Fock sagte noch einmal, dass die soziale Komponente wichtig sei. Es wundert mich aber, dass die Maßnahmen des Senats sind: nichts gesehen, nichts gehört.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Die Stadt gibt sehr viel Geld für Flüchtlinge aus!)

Und wenn doch etwas gesehen wird oder es Beschwerden gibt, dann wird einfach geräumt, und dann weiß man nicht, wo die Kinder und Jugendlichen sich aufhalten. So ist es doch, Herr Kienscherf, oder nicht?

(Beifall bei der LINKEN)

Dieser Populismus der CDU erinnert mich auch an den Bundestagswahlkampf, nämlich an Herrn Seehofer, der durch Bayern marschierte mit der Parole "Wer betrügt, der fliegt". Das bezog er natürlich gerade auf diese Menschen. Mich hat es, ehrlich gesagt, gewundert, dass im SPD/CDU-Koalitionsvertrag stand – das möchte ich zitieren –:

"Wir wollen die Akzeptanz für die Freizügigkeit in der EU erhalten."

Und weiter:

"Wir werden deshalb der ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch EU-Bürger entgegenwirken."

Im ersten Satz also Akzeptanz der EU-Freizügigkeit, und im zweiten Satz kommt dann auch gleich die Ablehnung.

(*Wolfgang Rose SPD*: Das ist doch keine Ablehnung!)

– Sie sprechen von einer ungerechtfertigten Inanspruchnahme, und das ist hier nicht der Fall. Die

(Cansu Özdemir)

Statistiken haben doch ergeben, dass das völliger Unsinn ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich kann der CDU nur sagen, hören Sie auf, Ihren Konkurrenzwahlkampf mit der AfD auf dem Rücken der Ärmsten dieser Stadt auszutragen. Und hören Sie bitte auch auf mit diesen Anträgen.

(Zurufe von der CDU – Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Ich habe mir das nun lange angehört, aber es ist deutlich zu laut.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Zu lange!)

Cansu Özdemir DIE LINKE (fortfahrend): Ich möchte wirklich nicht, dass in der Stadt, in der ich lebe, solche populistischen Debatten geführt werden. Das wird der Stadt auf jeden Fall schaden und auch der Integration in dieser Stadt. Ich denke, dass Ihnen gar nicht bewusst ist, was Sie mit dieser Schiene tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr de Vries von der CDU-Fraktion.

Christoph de Vries CDU:* Es ist sehr viel gesagt worden, das man nicht unkommentiert stehen lassen kann. Zunächst einmal stelle ich fest, Herr Kollege Fock, was Sie heute vertreten haben, ist eine hundertprozentige Kehrtwende der SPD im Umgang mit diesem Problem im Vergleich zu dem, was Sie selbst praktiziert haben.

(*Jan-Hinrich Fock SPD*: Falsch! – *Wolfgang Rose SPD*: Das möchten Sie gern!)

Wenn Sie heute diese Maßnahmen kritisieren, dann ist das Ihr gutes Recht, aber die Wirksamkeit infrage zu stellen, obwohl das mit Ihrer Stimme damals in der Bezirksversammlung Markus Schreiber durchgeführt hat, ist unredlich und dieser Sache auch nicht angemessen; Herr Fock, das will ich Ihnen ganz offen sagen.

(Beifall bei der CDU)

Hinsichtlich der Frage der Wirksamkeit ist es natürlich nicht Aufgabe des Parlaments, im Einzelnen nachzuweisen, dass es sich um gewerbsmäßige Bettelei handelt, das ist Aufgabe der Sicherheitsbehörden, des Ordnungsamts. Diesen Nachweis hat aber das Bezirksamt Hamburg-Mitte damals erbracht. Es gab die Platzverweise, und, Frau Möller, es ist auch nicht richtig, dass die Menschen einfach woanders waren. Das ist doch der Unterschied, denn es geht nicht nur um arme Menschen, es geht um Bettlerbanden. Weil diese Menschen jeden Tag abkassiert werden – 30 bis 40 Euro werden ihnen täglich abgenommen –, ha-

ben sie noch nicht einmal einen Nutzen von dieser Bettelei. Aufgrund der Platzverweise haben diese Hintermänner ihre Aktivitäten beendet und sich aus Hamburg zurückgezogen. Das ist ein Unterschied, und das heißt, die Maßnahme ist durchaus wirksam, das hat die Vergangenheit gezeigt.

Sie ist scheinbar auch gerichtsfest, denn nach meiner Kenntnis hat es nicht ein einziges Gerichtsurteil gegeben, das dieses Vorgehen infrage gestellt oder verboten hätte. An dieser Stelle, Herr Fock, muss man also ehrlich und redlich sein. Ich finde, das hätte Ihnen ganz gut zu Gesicht gestanden.

(Beifall bei der CDU)

Wichtig ist mir eine zweite Klarstellung, weil da ein Vorwurf mitschwingt. Natürlich sind Bettler Bestandteil unserer Gesellschaft, und sie gehören zu unserer Stadt und zu ihrem Alltagsbild. Sie haben genauso ein Recht, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten. Deswegen kann Verdrängung auch keine Lösung sein und darf auch nicht stattfinden. Es geht aber hier um eine ganz spezielle Gruppe. Herr Fock, Sie wohnen ja mit Markus Schreiber in Finkenwerder zusammen.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Was? – *Dirk Kienscherf SPD*: Das sind Gerüchte! Das ist keine Männer-WG!)

Wenn Sie sich schon meine Anfragen durchlesen, dann hätten Sie doch wenigstens Ihren alten Parteifreund befragen können, dann wären Sie heute etwas faktensicherer gewesen. Das hätte Ihnen auch ganz gut zu Gesicht gestanden.

Ich komme noch einmal zum Transport, weil da auch mit einer Unterstellung gearbeitet wurde. Es geht doch nicht darum, diesen Menschen Hilfe zu verweigern. Selbstverständlich sollen sie die Unterkünfte nutzen können und nicht frieren, wie Sie das gesagt haben. Es geht darum, die Menschen nicht tagtäglich noch von der Unterkunft auf Kosten der Steuerzahler mit dem Bus in die Stadt zu kutschieren, um dieses Gebaren der Hintermänner auch noch zu unterstützen. Das darf nun wirklich nicht sein, Herr Fock.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wenn gesagt wird, arme Menschen hätten ein Recht auf Unterstützung, dann ist das sicherlich richtig. Und wenn es dort engagierte Leute von "Hinz&Kunzt" gibt, die sich dem Problem annehmen, ist das ohne Zweifel gut und richtig, das ist keine Frage. Aber es gibt auch ein Recht von Menschen, sich im öffentlichen Raum unbehelligt aufzuhalten. Wenn die Frage gestellt wird, wo denn unser Nachweis sei, dann kann ich Ihnen nur sagen, gehen Sie doch einmal durch die Innenstadt, ich mache das tagtäglich. Sie essen beispielsweise eine Currywurst am Stand, und dann kommen diese Menschen. Es ist nicht so, dass sie Sie nur nach Geld fragen. Wenn Sie das ablehnen, wer-

(Christoph de Vries)

den Sie beschimpft und das in einer hartnäckigen Art und Weise, die nicht mehr akzeptabel ist. Ich denke, darüber sind wir uns einig, dass dann die Grenze überschritten ist. Zumindest in der Vergangenheit waren wir uns darüber einig.

(Beifall bei der CDU)

Ich will das kurz zum Abschluss bringen.

(*Dirk Kienscherf SPD: Sehr gut!*)

Das Problem ist da, aber ich habe keinen Lösungsvorschlag gehört, wie Sie damit umgehen wollen. Die SPD hofft darauf, dass "Hinz&Kunzt" etwas macht. Andere sagen, das Problem existiere nicht. Die FDP sagt, es gäbe ein Problem, aber das Wegegesetz sei kein Mittel, obwohl man es damit schon einmal gemacht hat. Das ist, ehrlich gesagt, keine Lösung und auch für eine Debatte etwas dürftig.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Möller von der GRÜNEN Fraktion.

Antje Möller GRÜNE:* Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch in der Bürgerschaft gibt es natürlich nicht das Recht, irgendwie unbehelligt zu bleiben. Ich wollte noch einmal darauf hinweisen, dass es kein Recht gibt, in der Öffentlichkeit unbehelligt zu sein. Das ist schlicht der Blick, den die CDU möglicherweise auf die Öffentlichkeit hat. Es gibt aber natürlich die Pflicht von uns Parlamentarierinnen und Parlamentariern, sich Problemen, die sich im öffentlichen Raum ergeben, zu stellen. Dann aber bitte auf eine Art und Weise, die dem Problem tatsächlich gerecht wird.

(Zuruf von *Nikolaus Haufler CDU*)

Sie haben auch mit Ihrem zweiten Beitrag – auch wenn Sie von Herrn Haufler Unterstützung haben – nicht an einer einzigen Stelle losgelassen von den Stereotypen, sondern noch einmal eins draufgesetzt. Sie sagen schlicht und einfach, dass es so sei. In Ihren Schriftlichen Kleinen Anfragen wird Ihnen das Gegenteil belegt. Die Kollegin von der LINKEN hat noch einmal ausführlich die Situation geschildert, die sich insgesamt aus der Einwanderung von Menschen aus Rumänien oder Bulgarien ergibt. Sie verlieren jedoch diese Debatte, weil Sie nur bei den Bildern bleiben, die sich Ihnen darstellen. Sie wiederholen sie immer, und Sie nehmen die Realität nicht wahr.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer den Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 20/12177 annehmen möchte, den bitte ich

um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 22, Drucksache 20/12058, Senatsmitteilung: Konzepte für die musikalische Bildung an Hamburger Schulen und Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 13. Dezember 2012, Musikförderung als Schlüssel zum Bildungserfolg.

**[Senatsmitteilung:
Konzepte für die musikalische Bildung an Hamburger Schulen und Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 13. Dezember 2012 "Hamburg 2020: Musikförderung als Schlüssel zum Bildungserfolg" (Drucksache 20/6159)
– Drs 20/12058 –]**

Hier sind die Fraktionen übereingekommen, dass die Debatte gestrichen wird. Ich komme dann sofort zur Abstimmung.

Wer einer Überweisung der Drucksache 20/12058 an den Schulausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren angenommen.

Wer diese Drucksache darüber hinaus mitberatend an den Kulturausschuss überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren an den Kulturausschuss ist mit Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen zu Punkt 42, Drucksache 20/12131, Bericht des Haushaltsausschusses: Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Hamburgischen Personalvertretungsrechts.

Hierzu liegen Ihnen als Drucksachen 20/12321 und 20/12325 Anträge der Fraktionen der CDU und der SPD vor.

**[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/10838:
Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Hamburgischen Personalvertretungsrechts (Senatsantrag)
– Drs 20/12131 –]**

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Hamburgischen Personalvertretungsrechts
– Drs 20/12321 –]**

[Antrag der SPD-Fraktion:

(Vizepräsidentin Barbara Duden)**Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Hamburgischen Personalvertretungsrechts – Drs 20/12325 –]**

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Rose von der SPD-Fraktion.

Wolfgang Rose SPD: * Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gern meinen Redebeitrag beginnen mit einem Dankeschön nach drei Jahren Verhandlungen zwischen Senat und DGB über diesen Novellierungsentwurf. Diesen Dank richte ich zum einen an die Verhandlungskommission des DGB und stellvertretend an denjenigen, der die Verhandlungen dort geführt hat, den Kollegen Carlos Sievers, der heute gemeinsam mit der DGB-Vorsitzenden Katja Karger diesem Tagesordnungspunkt hier folgen wird. Aber ich richte den Dank gleichzeitig auch an den Senat, an Staatsrat Christoph Krupp, der auch in intensiven Verhandlungen mit dazu beigetragen hat, dass dieses Ergebnis jetzt vorliegt. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der SPD)

Da wir heute zum zweiten Mal über unsere Gesetzesnovelle beraten und zwischendurch auch intensive Beratungen und Anhörungen in den zuständigen Ausschüssen stattgefunden haben, will ich nicht erneut unsere Reform im Einzelnen erläutern, sondern abschließend den grundsätzlichen Charakter und den weitreichenden Paradigmenwechsel dieser Reform hervorheben, denn dieses Gesetz ist nicht irgendein Gesetz. Es geht um Verwaltung, das stimmt, aber es geht in erster Linie um den politischen Geist in unserer Stadt und das politische Selbstverständnis dieser Stadt auch als Arbeitgeber ihrer Bürgerinnen und Bürger, ihrer Beschäftigten, ihrer gewählten Abgeordneten und ihrer Parteien. Man soll solche Begriffe nicht inflationär gebrauchen, aber diese Entscheidung heute ist aus meiner Sicht in der Tat für Hamburg eine historische Entscheidung. Wir beschließen heute nicht weniger, als unserer Stadt und unserer Verwaltung wieder jene demokratische Verfasstheit, jenen demokratischen Geist zurückzugeben, der ihr gebührt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Wir geben den rund 94 000 Beschäftigten im Dienste unserer Stadt wieder die Rechte zurück, in ihren ureigensten Angelegenheiten mitbestimmen zu können, die sie bis vor neun Jahren bereits schon einmal hatten. Und wir gehen noch weiter. Wir bauen die Mitbestimmungsrechte der Personalvertretungen weiter aus, wir schaffen ein zutiefst demokratisches und zugleich hochmodernes Mitbestimmungsrecht für Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Wir schaffen heute mehr Demokratie in Hamburg – übrigens ist bei uns, wenn "mehr Demokratie" draufsteht, auch mehr Demokratie drin.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich das sage, dann knüpfe ich ganz bewusst an das berühmte Leitmotiv von Willy Brandt an, denn das war damals nicht nur ein Slogan, sondern der pointierte Ausdruck der fundamentalen Veränderung der deutschen Gesellschaft, die damals nicht nur, aber ganz entscheidend auch von Sozialdemokraten und Gewerkschaften durchgesetzt wurde. Es war nämlich der Abschied vom alten, obrigkeitstaatlichen Denken, vom elitären Dünkel, der Beginn der zweiten tiefgreifenden Demokratisierung der Bundesrepublik Deutschland mit ihrem Kernelement der innerbetrieblichen und innerbehördlichen Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(*Finn-Ole Ritter* FDP: Wir sind in den Siebzigern momentan!)

Heute spricht eine deutsche Kanzlerin und CDU-Vorsitzende wieder von der marktkonformen Demokratie und meint damit Beschleunigung, Deregulierung und Privatisierung, auch bei der Mitbestimmung. Diese Haltung prägt auch den Zusatzantrag der CDU-Fraktion. Das war und ist nicht unsere sozialdemokratische Grundauffassung vom Charakter unserer Gesellschaft einschließlich der Mitbestimmung. Wir wollen keine marktkonforme Demokratie, sondern eine demokratische Regulierung der Marktwirtschaft, auch im Bereich der Mitbestimmung.

(Beifall bei der SPD)

Darum wollen wir auch keine Beschneidung demokratischer Mitbestimmungsrechte in Hamburg, wie sie in der letzten Novelle des Personalvertretungsrechts von 2005 ihren Ausdruck fand. Diese beruhte nämlich auf einem fundamentalen Irrtum, dem Irrtum, dass die Entscheidungen weniger Führungskräfte besser oder auch nur effizienter seien als Entscheidungen unter Einbeziehung und Partizipation der Betroffenen selbst. Wir wollen stattdessen mit der Demokratie nicht an der Behördentür haltmachen, denn wir wissen, dass notwendige Modernisierungen und Veränderungen nicht gegen, sondern nur mit den Beschäftigten durchgesetzt werden können. Die Beschäftigten sind die Experten ihrer eigenen Arbeit und Zusammenarbeit, und als solche werden wir sie ab heute auch gesetzlich wieder ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Weil in den Debatten der letzten Monate in manchen Äußerungen von außen und vonseiten der Opposition, wie auch heute im Zusatzantrag der CDU, immer wieder dieses Misstrauen mitgeschwankt, dass eine starke Mitbestimmung ein Bremsklotz für eine effiziente Verwaltung sei,

(Wolfgang Rose)

(Dietrich Wersich CDU: Das ist doch Quatsch!)

will ich noch einmal betonen, was auch die Hamburger DGB-Vorsitzende in ihrer Pressemitteilung schon wunderbar deutlich gemacht hat. Es ist genau anders herum, es gibt keinen größeren Bremsklotz für innovative und nachhaltige Entwicklungsprozesse als kritikresistente Eliten einerseits und demotivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter andererseits. Und es gibt auf der anderen Seite keinen größeren Schatz, kein größeres produktives und innovatives Potenzial als motivierte Mitarbeiter,

(Beifall bei Heike Sudmann DIE LINKE)

deren Kompetenzen wertgeschätzt werden, die ernst genommen und einbezogen werden.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich wird es zwischen Beschäftigten und ihren Personalräten einerseits und den Leitungsebenen andererseits auch immer wieder Konflikte geben, denn natürlich gibt es Interessenunterschiede, die sich aus dem jeweiligen Status und der jeweiligen Situation ergeben. Diese Interessengegensätze und Konflikte werden auch nicht einfach verschwinden, aber sie können im Rahmen einer entwickelten Mitbestimmung und Beteiligungskultur konstruktiv und auf Augenhöhe bearbeitet werden. Das macht den großen Unterschied, und daraus entsteht die Partnerschaft, die wir mit unserem Zusatzantrag

(Finn-Ole Ritter FDP: Erzwingen wollen!)

als Gebot in das Gesetz aufnehmen wollen, daraus entstehen gemeinsame Problemlösungen im Interesse aller.

(Beifall bei der SPD)

Ich fasse zusammen: Unsere Hamburger Beschäftigten in Behörden, Ämtern, Schulen, Landesbetrieben, Körperschaften und Stiftungen leisten Tag für Tag eine hervorragende Arbeit für uns alle unter manchmal schwierigen Bedingungen und oft neuen Herausforderungen. Sie haben es verdient, dass wir sie ernst nehmen, dass wir ihrer Kompetenz, ihrer Verantwortlichkeit und ihrer konstruktiven Bereitschaft zur Mitgestaltung vertrauen. Sie haben es verdient, mitreden und mitentscheiden zu können. Deshalb bitte ich Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, stimmen Sie diesem Gesetz zu. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Niedmers von der CDU-Fraktion.

Ralf Niedmers CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Rose, das war heute schon ein Fortschritt, nämlich etwas weniger Klassenkampf in Ihrer Rede.

(Dr. Martin Schäfer SPD: Haben Sie nicht zugehört, oder was? – Robert Bläsing FDP: Was? Haben Sie nicht zugehört?)

– Etwas weniger Klassenkampf, habe ich gesagt. Man muss auf die semantischen Feinheiten achten. Für die CDU-Fraktion kann ich schon einmal feststellen, dass Sie auf einem guten Weg sind – damit meine ich Herrn Rose, wir wollen nichts wechseln.

Ich kann heute nahtlos an das anknüpfen, was ich bereits in meiner Rede am 26. März zu diesem Gesetzentwurf feststellte. Wir diskutieren hier nicht über die Frage, wie viel Mitbestimmung wir in der öffentlichen Verwaltung wollen, denn es ist unstrittig, dass es die geben muss, sondern vielmehr über die Frage, wie gut ein Mitbestimmungsgesetz sein muss. Oder anders herum, in diesem Fall eher, wie schlecht ein Mitbestimmungsgesetz sein darf.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Aus wessen Sicht denn?)

Nach der Einbringungsdebatte in der Bürgerschaft haben wir am 26. Mai eine Expertenanhörung zu dem hier vorliegenden Gesetzentwurf durchgeführt. Die Anhörung war übrigens sehr spannend und sehr konstruktiv, sie dauerte über fünfeinhalb Stunden. Das zeigt, dass sich alle Parlamentarier, die Interesse an diesen Lebenssachverhalten haben, intensiv mit der Thematik beschäftigt haben. Dabei wurde von einigen anwesenden Experten auch deutliche Kritik an der Ausarbeitung des Gesetzentwurfs geübt. Es spricht Bände über das Selbstverständnis des Senats,

(Zuruf von Heike Sudmann DIE LINKE)

dass die SPD trotz dieser zutage getretenen Unzulänglichkeiten bisher jegliche Nachbesserung an ihrem Entwurf ablehnt.

Und auch die SPD tut das, denn alles, was die SPD bis zum heutigen Tag geboren hat, ist ein Antrag mit extrem viel Buchstaben, aber völliger Inhaltsleere. Das ist sehr schade. Nach wie vor sind deshalb die faktischen Auswirkungen der Neuregelung nicht klar zu entnehmen. Der Entwurf beinhaltet aus Sicht der CDU-Fraktion weiterhin handwerkliche Fehler, Ungenauigkeiten und irreführende Begrifflichkeiten, von denen ich einige einmal beispielhaft anführen möchte.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wir haben übrigens zwei Anträge! Einen im Ausschuss und einen zweiten heute hier!)

Erstens: Der zentrale Maßnahmenbegriff als Anknüpfungspunkt der Allzuständigkeit ist leider immer noch unscharf konturiert.

Zweitens: Die Definitionen der Erheblichkeit der Maßnahme, die der Mitbestimmung unterliegen soll, widersprechen sich.

(Ralf Niedmers)

Drittens: Die Paragraphen zur Einschränkung der Allzuständigkeit sind irreführend formuliert.

Viertens: Die Dauer der Schlichtungs- und Einigungsverfahren ist weiterhin unbestimmt. Verfahren können beliebig in die Länge gezogen werden.

(Zuruf von *Heike Sudmann DIE LINKE*)

– Bleiben Sie ganz ruhig, Frau Sudmann.

Fünftens: Die Letztentscheidung des Senats im Einigungsstellenverfahren führt in einigen Fällen zu verfassungs- und europarechtlichen Konflikten. Ohne Nachbesserungen sind mit diesem Entwurf Rechtsstreitigkeiten gleichsam vorprogrammiert.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Niedmers, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Sudmann?

Ralf Niedmers CDU (fortfahrend): – Es ist super, dass Frau Sudmann für mich aufgestanden ist, aber später vielleicht.

Dieser Umstand ist auch dem Senat bekannt. In der Antwort auf eine meiner Schriftlichen Kleinen Anfragen zu dem Gesetzentwurf heißt es dann auch:

"Fragen zur Auslegung eines Gesetzentwurfs

[...] werden erforderlichenfalls im Vollzug nach Inkrafttreten der Neuregelungen zu klären sein. Die verbindliche Auslegung des dann geltenden Rechts obliegt im Übrigen der Judikative."

Na toll, viel klarer kann der Senat nicht mehr schreiben, dass auch er mit Rechtsstreitigkeiten über die Auslegung dieses Gesetzes, wenn es denn heute so beschlossen wird, nach seinem Inkrafttreten rechnet.

Dennoch scheint der vorliegende Gesetzentwurf dem Anspruch des Senats zu genügen. Die CDU-Fraktion ist hier allerdings anderer Meinung. Fast 100 000 Arbeitnehmer sind von dem neuen Personalvertretungsgesetz betroffen. Das ist für uns Grund genug, höchste qualitative Ansprüche an den Gesetzentwurf und das spätere Gesetz zu stellen.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Das ist ja ganz was Neues!)

Von daher haben wir uns heute auch die Mühe gemacht, einen schwergewichtigen Änderungsantrag einzureichen, der drei grundsätzliche Ziele verfolgt.

Erstens: Klarstellung der irreführenden Definitionen und Begrifflichkeiten. Insbesondere die Definition des Begriffs der Maßnahme in Paragraph 80 ist in

der von uns vorgelegten Form viel eindeutiger als im Entwurf der SPD beziehungsweise des Senats.

Zweitens: Streichungen von verfassungsrechtlich bedenklichen Vorschriften. Die Unabhängigkeit des Rechnungshofs und des hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit werden in unserer Fassung explizit in Paragraph 82 verankert. Die Originalfassung tut dieses nicht und wirft somit verfassungsrechtliche Fragen auf.

Drittens: Straffungen von Verfahrensabläufen und Beschleunigungen von Verwaltungshandeln. Insbesondere bei den Vorschriften zu den Schlichtungs- und Einigungsstellen in den Paragraphen 81 und 82 haben wir zum einen eine Angleichung an das Bundespersonalvertretungsgesetz vorgenommen und zum anderen für eine Beschleunigung der Verfahren gesorgt. Das macht aus Sicht der CDU-Fraktion einen tiefen Sinn.

Wir bitten Sie also, noch einmal in sich zu gehen – es kommen nachher noch ein paar andere Redner, die vortragen werden, Sie können also die Zeit sinnvoll nutzen – und noch einmal darüber nachzudenken, ob Sie nicht doch den Änderungsantrag der CDU-Fraktion heute unterstützen. In der derzeitigen Form kann nämlich der Gesetzentwurf zu einer Belastungsprobe für eine effektive Personalratsbeteiligung werden. Ohne diese Änderungen, das muss ich für die CDU-Fraktion sagen, ohne die in dem Antrag der CDU-Fraktion perpetuierten Änderungen kann und wird die CDU-Fraktion dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht ihre Zustimmung erteilen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Bill von der GRÜNEN Fraktion.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Jetzt haben Sie ganz vergessen, Ihre Beweise vorzulegen!)

Martin Bill GRÜNE: * Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben zu diesem Thema bereits die dritte Debatte, und es gab in kurzen Abständen zwei Debatten, die letzte war am 26. März. Das ist noch gar nicht so lange her, aber die Politik lebt von Wiederholungen, also wiederhole ich auch noch einmal die Position der GRÜNEN.

Es ist nach wie vor so, dass wir den vorliegenden Gesetzentwurf unterstützen. Ich hatte damals schon gesagt, dass es richtig ist, dass die Änderungen, die 2005 von der CDU eingeführt wurden, wieder rückgängig gemacht werden und das gesamte Verfahren zu mehr Mitbestimmung geht.

(Beifall bei *Dr. Till Steffen GRÜNE* und der SPD)

(Martin Bill)

Wir werden daher auch den Änderungsantrag der CDU, der jetzt recht kurzfristig eingegangen ist, ablehnen. Das, finden wir, ist ein Rückschritt in die falsche Richtung. Dem Änderungsantrag der SPD werden wir zustimmen.

Ich will noch einmal zwei Aspekte betonen, die ich auch im Ausschuss schon betont hatte. Ich finde, das Verfahren, wie dieses Gesetz zustande kam, ist ein sehr gutes. Eingerahmt von dem Beschluss der Bürgerschaft – quasi die Spielregeln und die Zielrichtung – haben Senat und Gewerkschaften erst einmal selbstständig ausgehandelt, in welchem Rahmen sie sich miteinander verständigen wollen. Ab und zu gab es anscheinend von der SPD-Fraktion kleine Hinweise, wie eigentlich der Beschluss der Bürgerschaft gemeint war. Aber dass die Beteiligten miteinander ausverhandeln, mit welchen Spielregeln sie zusammenarbeiten wollen, finde ich erst einmal einen guten Weg.

Auch gut finde ich den Grundsatz der Beteiligung, der in dem Gesetz verankert ist. Dem Grunde nach ist es jetzt so, dass in den Behörden durch Beteiligung bestimmte Prozesse arrangiert werden sollen und bestimmte Entscheidungen gefunden werden sollen. Der gesamte Bereich der Beteiligung ist bei uns zurzeit primär in der Stadtentwicklung immer wieder Thema. Und diese ganzen Beteiligungsprozesse müssen auch diejenigen machen, die in den Behörden arbeiten. Wenn diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden durch das neue Gesetz, durch die Beteiligungsform merken, dass solche Beteiligungen auch etwas Gutes sein können und diesen Prozess schon einmal selbst lernen, dann kommen wir auch in den Beteiligungsprozessen, die wir in anderen Städten haben, mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen sehr viel weiter. Gerade im Bereich der Beteiligung ist es doch so, dass man im Grunde dadurch lernt, dass man es lebt.

(Beifall bei *Dr. Till Steffen GRÜNE* und der SPD)

Ich möchte allerdings noch einen kleinen Schluck Wasser in den Wein gießen. Wir hatten eine Expertenanhörung mit sofortiger Senatsbefassung. Es wurde eben schon gesagt, dass sie recht lange dauerte, und die Fraktionen haben dann auch diverse Änderungsanträge mit einigen guten Ansätzen eingebracht. Da hat es mich schon ein bisschen gewundert, dass die Diskussion im Haushaltsausschuss doch recht schnell abgebrochen wurde. Ich hatte am Anfang die Vermutung geäußert, dass das Gesetz wahrscheinlich das Parlament so erreicht und so verlässt, wie es hineingekommen ist. Da hatten Sie groß protestiert, und Sie haben in der Tat auch noch einen Änderungsantrag gestellt. Das Gesetz tritt jetzt primär zwei Monate später in Kraft, und heute gibt es noch einmal einen Änderungsantrag. Trotzdem hätte die

Fülle der Änderungsanträge ein bisschen mehr Debatte im Ausschuss verdient.

Es waren zum Beispiel Vorschläge dabei zum Kumulieren und Panaschieren, zu offenen Listen oder Vorschläge von uns zum wissenschaftlichen Personal in den Hochschulen,

(*Wolfgang Rose SPD*: Herr Kerstan hatte vorgeschlagen, die Debatte zu machen!)

zu denen durchaus ein bisschen mehr Debatte sinnvoll gewesen wäre; dies nur am Rande. Wir werden zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Bläsing von der FDP-Fraktion.

Robert Bläsing FDP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein längerer Prozess. Wir hatten vor mehr als drei Jahren diesen Antrag, der den Senat aufgefordert hatte, kurzfristig einen entsprechenden Entwurf vorzulegen. Dann hat es drei Jahre Gezänke und Gezerre hinter den Kulissen mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften gegeben,

(*Wolfgang Rose SPD*: Gezänke! Wo hast du das denn her?)

bis es irgendwann dann doch diesen Entwurf gab. Ich weiß nicht, ob man jetzt noch einen großen Dank und ein Riesenlob für diese Leistung von drei Jahren aussprechen muss.

(*Jan Quast SPD*: Das erwarten wir gar nicht von Ihnen, Herr Bläsing!)

Ich habe da wirklich meine Zweifel.

Wir haben das Thema neulich erst debattiert, die Drucksache wurde vorweg an den Haushaltsausschuss überwiesen. Gleichwohl haben wir es hier noch einmal debattiert und dann eine Expertenanhörung im Unterausschuss durchgeführt. Die FDP-Fraktion hat, wie sonst natürlich auch immer, den Prozess konstruktiv begleitet, ebenso wie alle anderen Fraktionen. Wir haben dann Änderungsanträge, fußend auf den Aussagen der sehr instruktiven Expertenanhörung, aufgenommen, formuliert und zur Abstimmung gestellt – die anderen Fraktionen haben das auch getan –, und die SPD hat alles niedergebügelt. Das Struck'sche Gesetz, nichts kommt aus dem Parlament so heraus, wie es hineinkommt, haben Sie wirklich ad absurdum geführt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das stimmt doch nicht! Ein Antrag im Ausschuss, hier nicht!)

– Sie haben im Wesentlichen die Schlampereien des Personalamts an der Stelle ausgebügelt.

(Robert Bläsing)

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das Personalamt arbeitet nicht schlampig!)

So richtig viel ist da nun wirklich nicht bei rumgekommen.

(Beifall bei der FDP)

Und Herr Rose hält heute noch einmal eine 1.-Mai-Rede auf die ganze Geschichte. Ich habe manchmal den Eindruck, Ihr Vorname sei "Profilneu", Herr Rose. Ich kann jedenfalls als jemand, der schon seit vielen Jahren stellvertretendes Personalratsmitglied ist, der sich schon im Nachwuchs-Personalrat engagiert hat, nur sagen...

(Wolfgang Rose SPD: Was?)

– Ja, das ist so, Herr Rose, glauben Sie es oder glauben Sie es nicht. Ich bin nun mal jemand, der sich gern vielfältig für die Kolleginnen und Kollegen einsetzt.

Vieles von dem, was Sie vorhin formuliert haben, ist wirklich kilometerweit von dem entfernt, was in der Praxis tagtäglich die Mühen der unterschiedlichen Ebenen sind. Da würde ich mir manchmal etwas mehr Erdung auch der Kolleginnen und Kollegen vom Besenbinderhof wünschen. Es ist manchmal wirklich ein bisschen sehr abstrakt und weit entfernt von dem, was die Kollegen vor Ort tatsächlich bewegt.

(Beifall bei der FDP und bei Ralf Niedmers CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Schön, dass der DBB alles besser weiß!)

Insofern stelle ich fest, dass diese Debatte, so, wie sie moralisch aufgedonnert und aufgebläht ist, es in keiner Weise trifft. Ich sage nicht, der Untergang des Abendlandes stehe bevor, wenn man das heute so beschließt. Wir haben dazu eine andere Meinung, aber es sind auch keine chaotischen Zustände. Sie haben es immerhin drei Jahre lang so gelassen, wie es war. So akut kann es dann doch nicht gewesen sein, und so schlimm kann der Handlungsbedarf dann auch nicht gewesen sein. Kochen Sie das doch wirklich einmal ein bisschen runter.

Wir haben heute noch einmal einen Zusatzantrag der CDU-Fraktion vorgelegt bekommen. Viele Punkte werden da aufgegriffen, die auch in unserem Änderungsantrag im Ausschuss bereits aufgegriffen worden sind. Wir werden dem an der Stelle zustimmen.

Beim Zusatzantrag der SPD-Fraktion – vertrauensvoll, partnerschaftlich, wir können auch noch kooperativ sagen – können wir die Wortgirlande gern noch fortsetzen. Aber das ist an der Stelle wirklich nur weiße Salbe, die in der Sache überhaupt nichts bringt, nur, damit Sie sagen können, Sie hätten doch irgendwie noch etwas geändert. Aber mit so einem Wortgeklügel Redundanz zu erzeu-

gen, ist wirklich nicht sehr zielführend, und daher werden wir das auch konsequent ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Artus von der Fraktion DIE LINKE.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Herr Niedmers, wenn es ein schlechtes Personalvertretungsrecht gegeben hat in Hamburg, dann war es das der CDU, das 2005 implementiert wurde.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Und es ist gut, dass das endlich ein Ende hat.

Es kommt spät. Nach Meinung der LINKEN in der Hamburgischen Bürgerschaft kommt es viel zu spät, aber es kommt. Heute verabschieden wir endlich die Novelle des Hamburgischen Personalvertretungsrechts. Im Arbeitsprogramm des SPD-Senats steht die Reform der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst ganz vorn, auf Seite 4. Dafür hat sich der Senat leider eine Menge Zeit gelassen, denn die Umkehr der damals von der CDU gekappten Mitsprache und damit Entdemokratisierung des öffentlichen Dienstes hatte eine wirkliche Dringlichkeit. Nun musste die Beteiligung der Bürgerschaft am Ende der Wahlperiode noch durchgezogen werden.

Die Expertinnen- und Expertenanhörung – es waren nur Experten – fand erst am 26. Mai statt, und es war augenscheinlich klar, dass seitens der SPD keinerlei Option mehr gegeben war, daraufhin noch Änderungen herbeizuführen, da das Gesetz noch vor der parlamentarischen Sommerpause verabschiedet werden sollte. Das ist kein guter Umgang mit den Experten gewesen, sehr geehrte SPD-Fraktion. Das macht Anhörungen zu Alibi-Veranstaltungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es waren Personen eingeladen worden, die sich wirklich viel, viel Mühe gegeben haben, den Gesetzentwurf noch einmal zu prüfen, und zwar aus sehr verschiedenen Richtungen. Sie können sicher sein, wenn es sich herumspricht, dass es eigentlich egal ist, ob man als Experte oder Expertin von der Bürgerschaft eingeladen wird, dann wird es künftig schwer werden, überhaupt noch qualifizierte Auskunftspersonen zu bekommen.

Herr Dr. Dressel, Sie haben in der abschließenden Befassung im Haushaltsausschuss am 10. Juni gesagt, dass der Gesetzentwurf insgesamt gute Noten bekommen hätte.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Hat er ja auch!)

(Kersten Artus)

Aber geht es denn bei einer Anhörung darum, dass die Regierungsfraktion sich Noten erteilen lässt?

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ab und zu auch mal!)

Der Sinn einer Anhörung ist doch, dass sich die Abgeordneten das nötige Wissen verschaffen, um Vorlagen der Regierung zu kritisieren und Alternativvorschläge erarbeiten zu können. Das ist der verfassungsgemäße Auftrag der Opposition.

(Beifall bei der LINKEN)

Es kann doch nicht angehen, dass ausgerechnet beim Thema Mitbestimmung die Beteiligung der Volksvertretung ad absurdum geführt wird. Damit haben Sie leider kein gutes Zeugnis guten Regierens abgelegt, das war wirklich undemokratisch.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist jetzt echt peinlich, was Sie da sagen!)

Es hat von fast allen Fraktionen – bis auf die CDU, die vorgestern noch etwas vorgelegt hat – Änderungsanträge gegeben. Alle fußten auf den Aussagen der Anhörung. Auch DIE LINKE hatte noch viele wichtige Hinweise gegeben, beispielsweise eine Mitbestimmung für Personalräte bei bevorstehenden Privatisierungen oder die Streichung der völlig überflüssigen Passage, die die Personalräte nochmals auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung einschwören sollte.

Doch jetzt liegt das Gesetz zur Abstimmung vor. Wir haben bereits signalisiert, dass wir ihm zustimmen.

(Dirk Kienscherf SPD: Sehr gut!)

Es ist nicht perfekt, aber es merzt die schlimmen Fehler des damaligen CDU-Senats aus.

Dass die Personalräte an Hochschulen keine Wirtschaftsausschüsse erwirken können, ist wirklich schlimm. Lassen Sie sich das an der Stelle noch einmal sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Und ebenso schlimm ist – das kommt noch dazu –, dass Wirtschaftsausschüsse nur im Einvernehmen mit der Leitung eingerichtet werden können. Aber darüber verliert die SPD beziehungsweise der Kollege Rose kein einziges selbstkritisches Wort, auch wenn seine eigene Gewerkschaft ganz andere Meinung ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Weltfremd finde ich zudem, dass Personal- und Managementmethoden nicht Bestandteil der Mitbestimmung sind beziehungsweise nicht der Mitbestimmung unterliegen sollen.

Es gibt noch zwei Zusatzanträge. In den der SPD soll noch hineinkommen, wie Personalvertretungen und Dienststellen künftig zusammenarbeiten sol-

len. Es hieß vorher schon "vertrauensvoll", das kenne ich aus der Betriebsverfassung, jetzt sollen sie auch noch partnerschaftlich zusammenarbeiten.

(Finn-Ole Ritter FDP: Kooperativ!)

Das ist okay, es ist nur amüsant. Der DGB hatte als Formulierung vorgeschlagen "eng und gleichberechtigt", und nun soll es "partnerschaftlich" heißen. Jetzt müssen Sie mir noch einmal beim Kaffee erklären, Kollege Rose, wo da der Unterschied liegt, warum hier die Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht übernommen wurde. Was ist eigentlich der Unterschied zwischen "partnerschaftlich" und "eng und gleichberechtigt"? Dass Sie da noch einmal eine Unterscheidung machen, gibt mir zu denken.

Zum Antrag der CDU: Das macht man nicht, das wissen Sie auch, Herr Niedmers. Man macht das nicht zwei Tage vor der Plenarberatung, und einen Tag nach den Fraktionssitzungen bringt man einen mehrseitigen Antrag ein und erwartet ernsthaft, dass der hier abgestimmt wird. Dann nennen Sie den auch noch schwergewichtig. Ich sage Ihnen, dieser Antrag ist ein Klops.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Sehr geehrte Abgeordnete! Die Annahme unseres Petitions hätte sichergestellt, dass Hamburg eine wirklich moderne und auch fortschrittliche Mitbestimmung bekommt. Das ist nun nicht der Fall. Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen sind besser. Warum haben Sie da keine Zeichen gesetzt, warum waren Sie da kein Vorbild?

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wir sind besser als NRW!)

Das zeigt natürlich auch, dass die SPD in Hamburg nicht bei allen Themen Vorreiterin sein möchte. Dass ausgerechnet die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst nicht zu den Schmuckstücken sozialdemokratischer Regierungsarbeit gehören wird, werden sich die Wählerinnen und Wähler am 15. Februar 2015 sicherlich merken. Und wenn nicht, dann werden wir sie daran erinnern.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, dann können wir zu den Abstimmungen kommen. Es wäre nett, wenn es etwas leiser wäre, dann können Sie mich auch viel besser verstehen.

Zunächst zum Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 20/12321.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

(Vizepräsidentin Barbara Duden)

Weiter mit dem SPD-Antrag aus der Drucksache 20/12325.

Wer diesen Antrag beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der ist mit großer Mehrheit angenommen.

Dann kommen wir zum Bericht des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 20/12131.

Wer hier der Ausschussempfehlung folgen möchte und das Gesetz zur Neuregelung des Hamburgischen Personalvertretungsrechts aus Drucksache 20/10838 mit den vom Ausschuss empfohlenen Änderungen sowie den soeben mit Drucksache 20/12325 beschlossenen Änderungen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Gesetz ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zu Punkt 36 der Tagesordnung, Bericht des Haushaltsausschusses, Drucksache 20/12070: Inhaltliche und finanzielle Rahmenbedingungen eines Maßnahmenkonzeptes zur Optimierung der Ausstattung und Stärkung des Polizeivollzugsdienstes.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/11719:**Inhaltliche und finanzielle Rahmenbedingungen eines Maßnahmenkonzeptes zur Optimierung der Ausstattung und Stärkung des Polizeivollzugsdienstes (Senatsantrag)****– Drs 20/12070 –]**

Hier sind die Fraktionen übereingekommen, dass die Debatte gestrichen wird. Wir können dann unverzüglich zu den Abstimmungen kommen.

Wer sich der Ausschussempfehlung anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit angenommen.

Es bedarf auch hier einer zweiten Lesung.

Es wäre deshalb ganz gut, wenn sich der Senat jetzt auf die zweite Lesung konzentrieren könnte und die Abgeordneten vielleicht ein bisschen aufpassen.

Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist erkennbar der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir sind mit dem ersten Sitzungstag zu Ende und sehen uns morgen.

Ende: 21.03 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Klaus-Peter Hesse, Dr. Melanie Leonhard, Hei- drun Schmitt, Hjalmar Stemmann, Katharina Wolff und Mehmet Yildiz